Monitoring

Rechtsextremismus in der Wetterau

zusammengestellt von Helge von Horn im November 2014

Inhalt

Einleitung ... 3

Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) I ... 5

Rechtsextreme Strukturen I: Butzbach ... 9

Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) II ... 12

Exkurs: Strafverfahren gegen Marcel Wöll ... 24

Aktivitäten der NPD im Kreistag ... 42

Juristische Auseinandersetzungen: Klagen von Seiten der NPD ... 47

Junge Nationaldemokraten (JN) ... 52

Die NPD und die neuen Medien ... 53

Die Rechte ... 57

Rechtsextreme Strukturen II: Der „Schlitzer“ ... 58

In die Mitte der Gesellschaft ... 68

Chronologie weiterer Vorkommnisse ... 70

Literaturverzeichnis ... 74

Einleitung

Die Wetterau gilt neben dem Lahn-Dill-Kreis aktuell als eine Hochburg der NPD in Hessen. Bei den Kommunalwahlen 2011 erreichte sie 2,5%, bei der Bundestagswahl 2009 2,3% und ist mit 2 Sitzen im Kreistag vertreten. Mehrere Funktionäre der NPD sind in der Wetterau ansässig, als eine der wenigen Regionen ist die Partei hier noch in der Lage, Ortsverbände – auch wenn sie kaum aktiv sind – personell am Leben zu erhalten.

Im Jahr 2006 machte die Wetterau darüber hinaus Schlagzeilen, weil der spätere NPD-Landesvorsitzende Marcel Wöll in Butzbach Hoch-Weisel ein „Nationales Wohnprojekt“ begründete, das auch zu einem Zentrum der Kameradschaftsszene Hessens avancierte.

In den darauffolgenden Jahren rückte die Mittlere Wetterau, vor allem der Ort Echzell, in das Blickfeld der Öffentlichkeit. Hier hatte sich ein seit langem bekannter und aktiver Rechtsextremist niedergelassen und seine erworbene Hofreite zu einem Anlaufpunkt für die Rechtsextreme Szene ausgebaut. Mit den sogenannten Gaskammerparties, aber auch mit der Verhaftung des Besitzes wegen Drogenhandels machte dieses Zentrum Schlagzeilen.

Dieser Monitoring-Bericht soll beleuchten, welche Aktivitäten es in Gesamtbereich der Rechtsextremen Szene in den letzten Jahren in der Wetterau gegeben hat. Welche Strukturen waren aktiv, wie lagen ihre Agitationsschwerpunkte, welche Veranstaltungen und Aktionen fanden statt?

Bei weiten Teilen der Arbeit ist die gesamte Wetterau als beobachtungsgebiert gewählt worden, da eine Begrenzung auf den Bereich der mittleren Wetterau das Bild unnötig verfälscht hätte. Zu eng verflochten ist die Szene im gesamten Landkreis, als das es sinnvoll gewesen wäre, einzelne Teile auszuklammern.

Betrachtet wurden die Aktivitäten der Parteien NPD und die Rechte. Dies vor allem über die vollständige Auswertung deren Internetpräsenzen und der Tagespresse. Letztere war auch die wichtigste Quelle für die beiden anderen Erscheinungsformen, denen Raum gegeben werden konnte: Das nationale Wohnprojekt in Butzbach Hoch-Weisel und der Fall des sogenannten „Schlitzers“ und seiner Organisation „Old Brothers“ in Echzell.

Der Beobachtungszeitraum ist für die Komplexe Butzbach Hoch-Weisel und Echzell jeweils die Dauer der Existenz der Gruppen/Zentren. Bei der Partei die Rechte deren Existenz als eigenständiger Hessischer Landesverband. Bei der NPD die Zeit seit eines beginnenden Generationenwechsels und dem Schrittweisen Rückzug der alten Aktivisten zugunsten von sich modern gebenden und subkulturell an neue Erscheinungsformen angepassten Rechtsextremisten.

Die Arbeit hat, vor allem im nicht in Parteien Organisierten Spektrum des Rechtsextremismus, keinen Anspruch auf Vollständigkeit und kann nur einen groben Abriss über die vielfältigen Aktivitäten geben die beobachtet werden konnten.

Anzumerken ist, dass die Mehrzahl der Aktivitäten nicht unwidersprochen geblieben ist. Stets war auch zivilgesellschaftlicher Protest der Demokratisch eingestellten Mehrheit der Gesellschaft zu finden. Ist er nicht immer erwähnt, liegt es vor allem am Fokus der hier vorgelegten Arbeit.

Ein besonderer Dank geht an die Antifaschistische Bildungsinitiative e.V. für die Unterstützung und die Möglichkeit, deren umfassendes Pressearchiv zu nutzen.

Kassel im November 2014,

Helge von Horn

Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) I

bis zur Kommunalwahl 2006

Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (Kurzbezeichnung: NPD) ist eine 1964 gegründete rechtsextreme Kleinpartei. Sie vertritt eine nationalistische, völkische und revanchistische Ideologie. Nach Einschätzung von zahlreichen Politikwissenschaftlern und Historikern weist sie eine programmatische und sprachliche Nähe zur NSDAP auf.

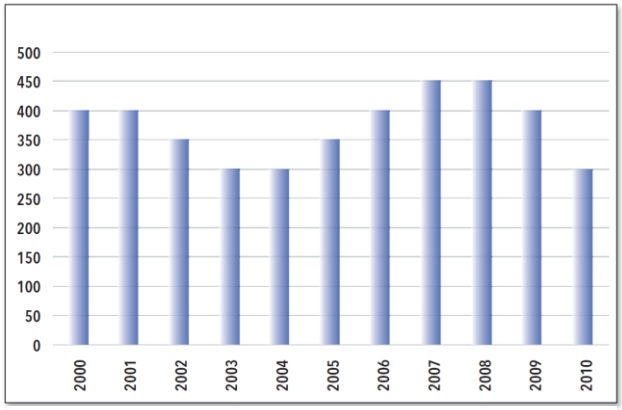
Während sie bei mehreren Landtagswahlen in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre die Fünf-Prozent-Hürde überspringen konnte und für jeweils eine Legislaturperiode mit Mandaten in bis zu sieben westdeutschen Landesparlamenten vertreten war, wurde sie danach über drei Jahrzehnte hinweg eine parlamentarisch unbedeutende Kleinpartei. Seit der deutschen Wiedervereinigung ab Anfang der 1990er Jahre nahm ihre Verankerung lokal, regional und in einigen wirtschaftlich schlechter gestellten Gebieten, insbesondere im Osten Deutschlands, wieder zu. Derzeit ist die NPD als Oppositionspartei im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern sowie mit einem Abgeordneten im Europaparlament vertreten. [1]

Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) konnte in den vergangenen Jahrzehnten die Wetterau oder zumindest bestimmte Teilen des Kreises immer als eine ihrer Hochburgen ansehen. Zwar spiegelte sich auch die Gesamtsituation der Bundes-Partei in der Wetterau wieder, meist jedoch auf deutlich höherem Niveau. Besonders herausragend sind hier die Wahlergebnisse der Partei in der Gemeinde Wölfersheim, wie etwa bei den Kommunalwahlen 1989 mit 17,5% oder bei den Kommunalwahlen 1992 mit sogar 22% der Stimmen.[2]

Wie in vielen Regionen mit einer starken Verankerung von rechtsextremen Vereinigungen und Parteien, ist diese auch in der Wetterau von einer überschaubaren Anzahl von Personen getragen, die eine feste Größe in der Region darstellen und mit deren Existenz häufig der Erfolg der Partei steht oder fällt. Sie schaffen es, das latent vorhandene Potential von rechtsaffinen Wählern zu mobilisieren und die Stimmen für die extreme Rechte zu sammeln.

Gegen solche starken Akteure hatten es demokratische Gegenbewegungen oftmals schwer, die nötige Akzeptanz zu finden und die Bevölkerung für das Problem zu sensibilisieren und zu mobilisieren. Inzwischen haben sich aber starke regionale Gegenbündnisse etablieren können.

Abbildung 1: Mitgliederentwicklung der hessischen NPD in den letzten 10 Jahren



(Quelle: LfV 2011, S. 91)

[1] http://de.wikipedia.org/wiki/Nationaldemokratische_Partei_Deutschlands, zuletzt eingesehen am 05.10.2014

[2] Historie des Vereins "Bürger für Wölfersheim", www.afka.de/WöBü_Chronik.pdf

Aber auch in einer traditionell starken Region wie der Wetterau, kann sich die NPD dem bundesweiten Trend nicht vollständig entziehen. So sind in den letzten Jahren abnehmende Aktivitäten zu beobachten, begleitet von sinkenden Wählerzahlen.

Aktivitäten der NPD in der Wetterau bis 2006

War die NPD bereits in den 1980er und 1990er Jahren in einigen Teilen in der Wetterau stark verankert, ist sie seit **März 2001** auch im Wetterauer Kreistag vertreten. Es war es eine Wahlrechtsreform, der ihr den Einzug in den Kreistag ermöglichte. Mit einer Stimmenzahl, nur leicht höher als bei der vorausgegangenen Kommunalwahl, gelang es ihr bei dieser Wahl, drei Sitze zu besetzen. Diese leichte Erhöhung der Stimmenzahl geschah jedoch zu einer Zeit, in der die Öffentlichkeit breit über ein Verbot der NPD diskutierte, die offensichtlichen Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit also jedem bekannt sein mussten.

Ein solches Ergebnis war gestützt durch die langjährige Bekanntheit der Kandidaten und eine regionale Verwurzelung. Auch fand die NPD immer regionale Themen, derer sie sich bemächtigen und die sie für sich instrumentalisieren konnte. Solche Themen waren vermischt mit anderen mit bundesweitem Bezug. Auch nach dem Einzug in den Kreistag gab es diese Themenmischung.

So fand beispielsweise am **07. Oktober 2001** eine Demonstration in Friedberg „gegen den angloamerikanischen Angriffskrieg“[3] statt, an der nach Parteiangaben 25 Personen teilnahmen. „Zahlreiche Passanten nahmen den Aufruf ´Solidarisieren – mitmarschieren´ wörtlich und schlossen sich spontan dem Protestmarsch an“, berichtet die NPD später wenig glaubwürdig auf ihrer Homepage.[4]

Am **20. Oktober 2001** stand die NPD wieder auf der Straße, diesmal mit regionalem Bezug. An einem Infostand in Büdingen, wollte man sich „den Fragen der Büdinger Bürger“ stellen. Im Anschluss wurden Flugblätter verteilt.[5]

Aber auch die parteiinternen Aktivitäten wurden nach außen kommuniziert um den Eindruck von Transparenz zu erwecken. So fand noch im Dezember 2001 eine Weihnachtsfeier der NPD Wetterau in Bad Nauheim-Wisselsheim statt. „In dem festlich geschmückten Saal konnte der stellvertretende Kreisvorsitzende Steve Scheufler neben dem NPD-Landesvorsitzenden Thomas Hantusch auch dessen Vorgänger, Hans Schmidt, Abordnungen der Republikaner und freier Kameradschaften begrüßen.“ Sehr schnell wollte man als Partei das damals noch nicht selbstverständliche Medium Internet für die Öffentlichkeitsarbeit nutzen. Die neue Seite wurde durch eine angeblich „imposante Präsentation“ vorgestellt.[6]

Im **Februar 2002** fand die jährliche Kreismitgliederversammlung der Wetterauer NPD in Wölfersheim statt. Neben der Wahl von drei Delegierten zum Bundesparteitag Mitte März, sprach das

[3] gemeint ist die Militärintervention in Afghanistan

[4] Homepage der NPD-Wetterau vom 10.10.2001: „Demonstration in Friedberg“

[5] Homepage der NPD- Wetterau vom 24.10.2001: „Infostand in Büdingen“

[6] Homepage der NPD- Wetterau vom 22.12.2001: „Weihnachtsfeier der Wetterauer Nationaldemokraten“

Bundesvorstandsmitglied des Nationaldemokratischen Hochschulbundes Arne Schimmer zum Thema „Entwurf einer zukünftigen Volkswirtschaft“.[7]

Vermeintliche Bürgernähe und eine regionale Verankerung wollte man auch durch spezielle „Angebote“ dokumentieren, die unter dem Motto „Kultur im Wetteraukreis erleben“ durchgeführt werden sollten. Als eine erste Aktion wurde am **18. Mai 2002** eine Reisegruppe zum „größten Keltenfest Deutschlands“ auf dem Glauberg von der Partei organisiert.[8]

Wenn sich diese bemühte Bürgernähe nicht in Besucherzahlen bei Veranstaltungen niederschlug, fand man meist eine Begründung, die „dem System“ die Schuld gab. So nahmen an der NPD-Kundgebung am **29. August 2002** auf dem Friedberger Bahnhofsvorplatz nach Parteiangaben 150 Menschen teil, Redner war der Parteivorsitzende Udo Voigt. Offenbar hatte man mehr erwartet, versuchte man doch, das fehlende mehr an Bevölkerung dadurch zu erklären, dass die Veranstaltung durch die Polizei um eine Stunde, auf 17:00 Uhr, vorverlegt worden, für die NPD allein aus dem Grund, um zu verhindern, dass „sich noch mehr interessierte Bürger auf dem Platz einfinden“.[9]

Einen personellen Einschnitt gab es im Jahr 2004, als der langjährige Kreisvorsitzende Volker Sachs aus Altersgründen nicht mehr für den Vorsitz kandidierte und damit den Weg frei machte für eine neue Generation des rechtsextremen Nachwuchses, der bis heute das Bild der NPD in der Wetterau bestimmt.

Am **10. April 2004** wurde ein neuer NPD-Kreisvorstand gewählt. Daniel Lachmann wurde dabei Vorsitzender des siebenköpfigen Gremiums. Stellvertretender Kreisvorsitzender und auch weiterhin Kassenführer wurde der Butzbacher Wilfried Stratmann.[10]

Bei der Europawahl am **13. Juni 2004** konnte die NPD das Wahlergebnis im Wetteraukreis von 1,1% im Jahre 1999, auf 2,2% verdoppeln (bundesweit 0,9%). Die höchsten Zustimmungsraten erhielt sie in Wölfersheim mit 11,0 % (+ 4,7%), Büdingen 3,7% (+ 3,1%), Reichelsheim 3,6% (+ 0,3), Gedern 3,5 (+ 2,8%), Glauburg 3,5% (+ 2,3%), Nidda 2,7% (+ 0,9%), Altenstadt 2,9% (+ 2,0%) und Limeshain 2,7 (+ 2,0%). In Wölfersheim wurde die NPD drittstärkste Partei.[11]

Eine weitere Dokumentation ihrer vermeintlichen Bürgernähe aber auch über die scheinbar weitgehende Akzeptanz von Rechtsextremsten in der Öffentlichkeit und ihre Wahrnehmung als „ganz normale Partei“ gelang der NPD im **März 2005**. Bei der Hauptversammlung der Feuerwehr Wölfersheim-Berstadt war unter anderem NPD-Kreistagsabgeordneter Sachs anwesend. „Nach seiner Grußbotschaft überreichte Volker Sachs unter Anerkennung der Leistungen der Freiwilligen Feuerwehren in Wölfersheim eine Spende der Kreistags- und Gemeindefraktionsmitglieder der NPD“ [12]. Dies feiert die Partei als propagandistischen Erfolg.

Mitte Juni 2005 fand „im Herzen der Wetterau“ ein Sommerfest der NPD statt. Angeblich versammelten sich beinahe 140 Mitglieder und Sympathisanten der NPD, darunter auch „ehemalige

[7] Homepage der NPD- Wetterau vom 17.02.2002: „NPD wählt Delegierte für den Bundesparteitag“

[8] Homepage der NPD- Wetterau vom 28.05.2002: „NPD - Jugend besucht Keltenfest auf dem Glauberg“

[9] Homepage der NPD- Wetterau vom 03.09.2002: „NPD-Kundgebung am Bahnhofsvorplatz in Friedberg“

[10] Homepage der NPD- Wetterau vom 13.04.2004: „Wetterauer NPD unter neuer Führung“ und vom 17.04.2004: „Lachmann für Sachs“

[11] Homepage der NPD- Wetterau vom 05.08.2003: „NPD-Wahlergebnis zur Europawahl verdoppelt“

[12] auf einen „ausführlicher Bericht“ in der Wetterauer Zeitung (vom 04.03.2005) über diesen Vorfall wird dabei natürlich gern hingewiesen. Homepage der NPD- Wetterau vom 04.03.2005: „Ehrung langjähriger Mitglieder“

Mitglieder der Republikaner, DVU-Mitglieder, Freie Nationalisten, sowie Mitglieder und Anhänger verschiedenster politischer Gruppierungen".[13]

Bei der Bürgermeisterwahl in Gedern im **Juni 2005** entfielen auf den Kandidaten der NPD, Carsten von Waffenstein, 4,4% und somit 164 Stimmen. Im Ortsteil Steinberg waren es sogar 7,0%. Im Wahlkampf hatte die NPD nach eigenen Angaben fünf Infostände durchgeführt 250 Plakate gehängt und 12.000 Flugblätter verteilt.[14] Als Reaktion auf das Wahlergebnis ließ man verlauten, nach der Bundestagswahl im Herbst in Gedern und Hirzenhain einen Ortsverband gründen zu wollen.[15]

Bei der Bundestagswahl am **18. September 2005 erhielt die** NPD im Wetteraukreis - wie bereits 2002 - ihr hessenweit bestes Ergebnis.[16] Sie konnte diesmal jedoch mit 3.695 oder 2,0% der abgegebenen Zweitstimmen ihr Ergebnis in Vergleich zu 2002 beinahe verdoppeln.[17]

Im **November 2005** gab die NPD-Wetterau schließlich bekannt, dass auch in Kefenrod ein Ortsverband gegründet worden sei. Zum Vorsitzenden sei der 31jährige Pierre Levien, gewählt worden.[18] Levien war später Kreisvorsitzender im Main-Kinzig-Kreis und später Landesvorsitzender der Partei „Die Rechte".

Zu einer erneut unverhofften Plattform für ihre Agitation kam die NPD bei einer Diskussionsrunde in der Gederner Gesamtschule im **März 2006**, die dort im Vorfeld der anstehenden Kommunalwahl stattgefunden hat. Noch im Jahr zuvor war der Kandidat zur Bürgermeisterwahl in Gedern, Carsten von Waffenstein bei einer solchen Veranstaltung nicht eingeladen worden, doch diesmal durfte die Spitzenkandidatin der NPD auf der Liste zur Kommunalwahl 2006, Josephine Fröhlich zu einer Diskussionsrunde zum Thema „Jugend und Schule" teilnehmen.

So konnte sie den zahlreich erschienenen Schülerinnen und Schülern erklären, das für die Schüler, Ausflüge, Jugendräume und sonstige Einrichtungen der Jugendpflege keine finanziellen Mittel mehr vorhanden wären weil es „schier unglaublich hohen Bereitstellung finanzieller Mittel durch den Wetteraukreis für Asylbewerber" gäbe.

Parallel erhielten allerdings einige Besucher aus den Reihen der Rechtsextremisten Hausverbot. Die NPD zog trotzdem eine positive Bilanz: Die Nachfrage bei den Schülerinnen und Schülern sei groß gewesen, behauptet die NPD in einer späteren Erklärung.[19]

---

[13] Homepage der NPD- Wetterau vom 20.06.2005: „Sommerfest der NPD-Wetterau ein voller Erfolg"
[14] Homepage der NPD- Wetterau vom 28.06.2005: „NPD-Bürgermeisterkandidat von Waffenstein erhält 4,4%"
[15] Homepage der NPD- Wetterau vom 28.06.2005: „NPD-Bürgermeisterkandidat von Waffenstein erhält 4,4%"
[16] LfV 2006, S. 69
[17] http://de.wikipedia.org/wiki/Bundestagswahlkreis_Wetterau_I, zuletzt eingesehen am 26.09.2014
[18] Homepage der NPD- Wetterau vom 20.11.2005: „NPD-Ortsverband in Kefenrod gegründet"
[19] Homepage der NPD- Wetterau vom 20.03.2006: „Diskussionsrunde in Gederner Gesamtschule"

Rechtsextreme Strukturen I: Butzbach

Ein rechtsextremes Wohnprojekt in Butzbach Hoch-Weisel

Im März 2005 gründete sich eine neue Wohngemeinschaft im Butzbacher Ortsteil Hoch-Weisel. Mehrere junge Menschen waren aus Nidderau-Heldenbergen zugezogenen und hatten ein Haus in dem 1.400 Einwohner Ort in der Wetterau gekauft. Dieser Umzug hatte für die Gemeinde und den Kreis eine besondere Brisanz, denn bei den Neubürgern handelte es sich um keine Unbekannten: Die Erwerber des Hauses waren Aktivisten der extremen Rechten, darunter die Anführer der Gruppierung „Freie Nationalisten Rhein- Main“.

Bereits an ihrem alten Wohnort hatte die Gruppe für Aufsehen gesorgt, waren unter ihnen Personen, wie beispielsweise der im Vorfeld mehrfach einschlägig in Erscheinung getretene Marcell Wöll. Im April 2004 beispielsweise hatte die Polizei in dem damals von den Rechtsextremisten gemieteten Haus 43 Personen festgenommen, sie waren durch Ruhestörung aufgefallen. Bei einer anschließenden Hausdurchsuchung stellten die Beamten rechtsextreme Schriften, CDs und Fahnen sicher. Größere Treffen der Szene fanden in der braunen Wohngemeinschaft beinahe Monatlich statt. Wahrscheinlich wegen des größer werdenden öffentlichen Drucks und der zunehmenden Proteste aus der Zivilgesellschaft hatte sich die Gruppe nun eine neue Bleibe gesucht. Diese nicht nur gemietet, sondern diesmal gleich käuflich erworben.[20]

Da die Räumlichkeiten nicht nur Wohnraum für mehrere Personen bot, sondern auch die Möglichkeit bestand, auf dem Gelände Konzerte, Partys und Schulungs-veranstaltungen abzuhalten, befürchteten Beobachter die Errichtung eines so genannten „Nationalen Zentrums“ von überregionaler Bedeutung.

Die „Freien Nationalisten Rhein-Main“ auf einer Demonstration 2001 (Quelle: privat)

Eine sich gründende Bürgerinitiative stand unter Beobachtung der Rechtsextremisten, wollte man doch nicht die gleich Erfahrung machen, wie in Heldenbergen. So kamen bereits bei der ersten Informationsveranstaltung in Hoch-Weisel, am 21. Juli 2005, 15 Anhänger der „Freie Nationalisten Rhein- Main“ um Präsenz zu zeigen und die Bürger einzuschüchtern. Sie wurden vom Veranstalter des Saales verwiesen.[21]

Als im Nachklang der Veranstaltung der neu gegründete „Arbeitskreis Demokratisches Hoch-Weisel“ seine Arbeit aufnahm, wurden von den Rechtsextremisten mehrfach Flugblätter in der Nachbarschaft verteilt, in denen sie unter dem Namen „Freie Nationalisten“ gegen die demokratischen Aktivisten

[20] Frankfurter Rundschau vom 06.05.2005
[21] Frankfurter Rundschau vom 23.07.2005

Hetzten und versuchten, sich selbst als die „netten, hilfsbereiten Nachbarn“ zu präsentieren, was ihnen teilweise auch gelang.[22]

Einen Kratzer in diesem Image verursachte die Polizei, die im Oktober 2005 mit ca. 30 Beamten bei der Wohngemeinschaft vor der Tür stand, zur Hausdurchsuchung. Gleichzeitig machte dies auch vielen deutlich, was für eine Gruppierung es tatsächlich war, der die Bewohner zugerechnet wurden: Grund der Hausdurchsuchung war ein Ermittlungsverfahren wegen der „Bildung einer kriminellen Vereinigung“. Im Rhein-Main Gebiet wurden an diesem Tag insgesamt fünf Objekte durchsucht. Neben dem Haus in Hoch-Weisel noch Wohnungen in Frankfurt, Bad Homburg, Hattersheim und Flörsheim. Kistenweise schriftliche Materialien seien dabei sichergestellt worden, erklärte später eine Polizeisprecherin. So habe man Einblick in die Struktur und Arbeitsweise der mittlerweile seit 2001 bestehenden Gruppierung gewinnen können.[23]

Diese indes ließen sich von dem Verfahren offensichtlich wenig beeindrucken. So erschien einer der WG-Bewohner in Begleitung mehrerer anderer Rechtsextremisten bei einer Infoveranstaltung Ende Oktober in der Hoch-Weiseler Hausberghalle. Sie verfolgten die Diskussion zwar „schweigend aber feixend“, wie die Frankfurter Rundschau später berichtete, sorgten so für Unmut und ein Gefühl der Bedrohung bei einigen Teilnehmern der Veranstaltung.[24]

Ein Gefühl, das so mancher Einwohner Hoch-Weisels zu dem Zeitpunkt noch nicht zu teilen schien. Viele störten sich eher an den Protesten und Demonstrationen, die im Ort nun stattfanden. Die Rechtsextremisten verhielten sich dagegen unauffällig und seien „ganz normale Menschen“, so der Tenor bei vielen.[25] Die Strategie, sich ein bürgerliches unauffälliges Image zu geben, war vorerst aufgegangen.

Insgesamt war es ein längerer Prozess, einen angemessenen Umgang mit den Rechtsextremisten im Ort zu finden. Vor allem, als aus ihren Reihen, die Kandidaten für die NPD bei den Kommunalwahlen 2006 gestellt wurden[26] und nun neben der Kameradschaftsszene auch der in Parteien organisierte Rechtsextremismus eine neue regionale Präsenz zeigte. Die Unsicherheiten im Umgang zeigt beispielsweise eine Podiumsdiskussion, die vom Kinder- und Jugendbeirat der Stadt Butzbach Anfang März 2006 initiiert worden war. Eine Einladung ging an „alle Butzbacher Parteien“, damit auch an die NPD um „demokratisch zu sein“. Die Parteien, die daraufhin die Diskussion abgesagt haben, wurden von anderen als „kindlich“ bezeichnet. Das Argument, dem organisierten Rechtsextremismus nicht auch noch eine öffentliche Bühne schaffen zu wollen, wurde nicht ernst genommen.[27]

Nach den Kommunalwahlen 2006 saß mit Marcel Wöll ein Vetreter der braunen WG für die NPD im Butzbacher Stadtparlament… (siehe Kapitel „Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) II“)

Der Umgang mit den Rechtsextremisten vor Ort veränderte sich allerdings im Laufe der Zeit. Durch die gewonnenen Erfahrungen konnten Aktionen besser eingeschätzt und erfolgreiche Gegenstrategien entwickelt werden. So wurde beispielsweise für die nächste Veranstaltung des „Arbeitskreis Demokratisches Hoch-Weisel“ im Oktober 2006 eine Ausschlussklausel formuliert, die

[22] Frankfurter Rundschau vom 14.09.2005
[23] Frankfurter Rundschau vom 26.10.2005
[24] Frankfurter Rundschau vom 31.10.2005
[25] Frankfurter Rundschau vom 30.01.2006
[26] Frankfurter Rundschau vom 27.01.2006
[27] Frankfurter Rundschau vom 11.03.2006

den Rechtsextremisten den Zugang verwehren sollte. Das Resultat: Es gab keine Störungen mehr, der Austausch fand in einer nicht-bedrohlichen Atmosphäre statt.[28]

Letztendlich haben diese vom Bündnis und der gesamten Zivilgesellschaft entwickelten Gegenstrategien einen erheblichen Anteil daran gehabt, dass sich die Rechtsextreme Wohngemeinschaft in Butzbach Hoch-Weisel nach etwa drei Jahren Existenz wieder aufgelöst hat. Das Haus stand 2008 wieder zum Verkauf…

[28] Frankfurter Rundschau vom 07.10.2006

Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) II

von der Kommunalwahl 2006 bis heute

Kommunalwahl 2006

Bei der Kommunalwahl am **26.März 2006** trat die NPD mit einer 55 Kandidaten umfassenden Liste an. Bei dieser Wahl konnte sie das landesweite Ergebnis von 0,2 % in 2001 auf 0,4 % und die Zahl der Stimmen von 5529 auf 7270 steigern.[29]

Außerdem trat die NPD in neun Städten und Gemeinden für die dortigen Gemeinde und Stadtparlamente an (Büdingen, Gedern, Kefenrod, Hirzenhain, Ober-Mörlen, Butzbach, Nidda und Altenstadt).[30] Wobei sie mit jeweils einem Mandat in die Gemeindeparlamente von Gedern, Butzbach, Büdingen und Hirzenhain einziehen konnte.[31] In Bad Nauheim, Karben und Reichelsheim war die NPD im Gegensatz zur Kommunalwahl 2001 nicht mehr angetreten.[32]

In Wölfersheim trat die NPD mit einer Liste aus 17 Kandidaten, angeführt von Volker Sachs, an. Auf dieser Liste befanden sich neben Anhängern der NPD auch Mitglieder der Deutschen Volksunion (DVU), der Republikaner sowie Parteilose.[33] Hier schafften drei Kandidaten den Sprung in das Parlament.[34]

Kreisangehörige Städte und Gemeinden				
Orte	%		Sitze	
	2006	2001	2006	2001
Wölfersheim	10,4	12,1	3	4
Leun	6,2	8,9	2	3
Hirzenhain	5,8	—	1	—
Ehringshausen	4,9	7,1	2	2
Kelkheim	2,6	3,0	1	1
Butzbach	2,5	—	1	—
Büdingen	1,8	—	1	—
Öber-Mörlen	1,8	—	0	—
Kefenrod	1,7	—	0	—
Gedern	1,5	—	1	—
Nidda	0,9	0,9	0	0
Altenstadt	0,8	—	0	—
Kreiswahlen				
Landkreise	%		Sitze	
	2006	2001	2006	2001
Wetterau	3,6	3,3	3	3
Lahn-Dill	2,0	1,8	2	1

Wahlergebnisse im statistischen Vergleich, LfV 2007, S. 72

In Altenstadt trat für die NPD als Bewerber um das Bürgermeisteramt der Rechtsanwalt Dirk Waldschmidt an.[35]

In Butzbach hatte es vor der Wahl Irritationen gegeben, da vier Personen ihre Unterschriften von den Unterstützerlisten zurückgezogen hatten. Damit hatte die NPD in diesem Ort nur noch 72 der benötigten 74 Unterschriften. Der Wahlausschuss war zuerst der Meinung, dass die NPD nun nicht mehr zur Wahl zugelassen werden könnte. Nach Rücksprache mit dem hessischen Innenministerium kam man jedoch zu dem Schluss, dass einmal abgegebene Unterschriften nicht mehr rückgängig gemacht werden könnten, der Zulassung zur Wahl somit nichts im Wege stehe. Zu den in Butzbach

[29] LfV 2007, S. 71
[30] Homepage der NPD-Wetterau vom 15.02.2006: „NPD wählt Listen für Kommunalwahl“
[31] LfV 2007, S. 71
[32] LfV 2007, S. 71
[33] Homepage der NPD-Wetterau vom 14.02.2006: „17 Kandidaten für die NPD“
[34] LfV 2007, S. 71
[35] Homepage der NPD-Wetterau vom 15.02.2006: „NPD wählt Listen für Kommunalwahl“

angetretenen Kandidaten gehörten neben Marcel Wöll auch drei andere Bewohner der rechtsextremen WG in Butzbach Hoch-Weisel.[36]

Im **März 2006** wurde auf dem Kreisparteitag der NPD der Vorstand neu gewählt. Der Vorsitzende Daniel Lachmann wurde in seinem Amt bestätigt. Lachmann zog auf der Sitzung ein positives Resümee für die Entwicklung der Partei im Kreis. Nach Wölfersheim waren auch in Büdingen, Kefenrod, Gedern-Hirzenhain und Nidda-Ranstadt neue Ortsverbände gegründet worden, in der Woche nach der Sitzung sollte Butzbach hinzukommen.[37] Den Abschluss des Wahlkampfes bildete die Veranstaltung des Kreisverbands Wetterau am **17.03.2006.** Redner war neben dem Fraktionsvorsitzenden der NPD im Sächsischen Landtag und späteren Bundesvorsitzenden der Partei Holger Apfel der Butzbacher Marcel Wöll.[38]

In der konstituierenden Sitzung der NPD-Kreistagsfraktion wurde Volker Sachs erneut als Fraktionsvorsitzender bestimmt, Stellvertreter wurde Carsten von Waffenstein, Fraktionsschatzmeister Daniel Lachmann.[39]

Aktivität nach der Kandidatur von Marcel Wöll

Nach der Kommunalwahl und der zunehmend aktiveren Rolle von Marcel Wöll in der Partei war auch eine deutliche Zunahme von öffentlichkeitswirksamen Aktionen der Partei in der Wetterau zu beobachten. Erleichtert wurde dies durch den Umstand, dass mit Wöll eine enge Verknüpfung und Mobilisierung des Spektrums des „Freien Nationalisten“ – also der Kameradschaften – einher ging. Diese Aktionen waren vielfach deutlich mehr auf Provokation und Konfrontation ausgerichtet, als noch in den Jahren davor. Auch dies ist zu einem nicht unbeträchtlichen Teil auf die Rolle Wölls und seiner Herkunft in den deutlich aktions- und gewaltaffineren Kameradschaften zurückzuführen:

- So besuchten sie im **Mai 2006** eine Ausstellung über die einstigen Jugendstraflager in Moringen und der Uckermarck, die im Rathaus der Stadt Gedern gezeigt wurde. Dies geschah, als offensichtliche Provokation, gleich „am ersten Tage ihrer Eröffnung“ (sic).[40]

- Bei dem Besuch der Abgeordnete des israelischen Parlaments Gila Finkelstein am **05.09.2006** in der jüdischen Gemeinde in Bad Nauheim veranstaltete die NPD eine Kundgebung vor der Tür des Buber-Rosenzweig-Hauses. Dazu wurde ein Banner mit der Aufschrift „Stoppt Israels töten von Frauen und Kindern im Libanon“ entrollt und Flugblätter verteilt. Die Polizei sprach gegen die Rechtsextremisten Platzverweise aus.[41]

[36] Frankfurter Rundschau vom 01.02.2006
[37] Homepage der NPD-Wetterau vom 12.03.2006: „NPD bestätigt Lachmann als Kreisvorsitzenden“
[38] Homepage der NPD-Wetterau vom 17.03.2006: „Wahlkampfabschluss-Veranstaltung“
[39] Homepage der NPD-Wetterau vom 17.04.2006: „Volker Sachs weiter Fraktionschef“
[40] Homepage der NPD-Wetterau vom 12.05.2006: „Bilder einer Ausstellung“
[41] Homepage der NPD-Wetterau vom 08.09.2006: „Aktivisten der Wetterauer NPD protestieren gegen Knesset-Abgeordnete“

- Mitglieder der NPD aus Altenstadt, Büdingen und Limeshain beteiligten sich nach eigenen Angaben unter dem Slogan „Umweltschutz ist Heimatschutz!“ an einer Demonstration im **September 2006** in Limeshain-Hainchen gegen eine geplante Hochspannungs-Freileitung. „Der Erholungs- und Freizeitwert für die deutschen Bewohner und den Tourismus würden gemindert.“[42]

Bericht von der antiisraelischen Kundgebung am 5. September 2006 auf der Internetseite der NPD-Wetterau

- In einer Erklärung vom **09.11.2006** berichtet die NPD auf ihrer Homepage von der Rede des SPD-Bürgermeister von Altenstadt, Norbert Syguda, auf einer Gedenkveranstaltung zur Reichspogromnacht vor Neonazis. In dieser habe er gesagt, dass es erschreckend sei festzustellen, dass Neonazis in manchen Orten den öffentlichen Raum erobert haben und rechte Parolen, oftmals vermittelt über Skinhead-Musik, gerade Jugendliche von heute ansprechen können. Stolz berichtet die NPD in Anknüpfung daran, dass sie selbst am 20. November (sic!) vor der Limesschule in Altenstadt über 50 NPD-Schulhof CD’s verteilt hätten.[43]

- Schließlich will die NPD **Ende 2006** im Wetteraukreis unter dem Motto „Zukunft statt Globalisierung“ über 40.000 Flugblätter verteilt haben. In dem Flugblatt sei auf „die Gefahren der Globalisierung aufmerksam“ gemacht worden.[44]

Aber auch bei Wahlen trat die NPD weiter an, selbst wenn die Chanchen von Beginn an aussichtslos waren. Beispielsweise stellte der Butzbacher Ortsverband für die Bürgermeisterwahl im **Januar 2007** den stellv. NPD-Landesvorsitzenden Dirk Waldschmidt als Kandidat auf.[45] Zu Beginn des Jahres hatte er bereits für das Amt des Bürgermeisters in Altenstadt kandidiert. Er unterlag auch bei dieser Wahl.[46]

---

[42] Homepage der NPD-Wetterau vom 29.09.2006: „NPD-Aktivisten beteiligen sich an Demo“; „Das Projekt Schulhof-CD war eine Werbeaktion deutscher Rechtsextremisten aus dem Lager der militanten Freien Kameradschaften im Jahr 2004, bei der kostenlose Musik-CDs in der Nähe von Schulen und Jugendtreffs im gesamten Bundesgebiet verteilt werden sollten, um damit Jugendliche für die rechtsextreme Szene zu interessieren. (…) Nach dem Pilotprojekt der Freien Kameradschaften griff die NPD das Konzept des Werbemittels Schulhof-CD auf und produzierte ab 2004 eigene Schulhof-CDs.“ http://de.wikipedia.org/wiki/Projekt_Schulhof-CD, zuletzt eingesehen am 30.09.2014

[43] Homepage der NPD-Wetterau vom 09.11.2006: „Bürgermeister von Altenstadt warnt vor Neonazis“

[44] Homepage der NPD-Wetterau vom 22.12.2006: „Zukunft statt Globalisierung“

[45] Homepage der NPD-Wetterau vom 05.12.2006: „NPD wählt Kandidaten zur Bürgermeisterwahl in Butzbach“

[46] LfV 2007, S. 73

Zuvor, am **13. Januar 2007**, hatte man nach eigenen Angaben bereits zwei Informationsstände im Kreisgebiet durchgeführt. „Ein Informationstand zeigte für die Bürgermeisterwahl in Butzbach Präsenz, der andere Informationsstand wurde unter dem Motto: ´Perspektiven für die Jugend - Stoppt linke Gewalt und Intoleranz!´ in Bad Nauheim durchgeführt.“ In Butzbach beteiligte sich auch der NPD Bürgermeisterkandidat Dirk Waldschmidt um mit „interessierten Bürgern (…) über ihre Fragen [zu] diskutieren“. In einer anschließenden Erklärung wird wie immer eine positive Bilanz gezogen: „Man war von der Freundlichkeit und dem steigenden Interesse der Bevölkerung an der nationalen Opposition beeindruckt.“[47]

Ende **Januar 2007** wählte der Kreisverband Wetterau der NPD einen neuen Kreisvorstand. Angeblich 50 „Mitglieder und Gäste“ waren anwesend, Daniel Lachmann wurde erneut als Vorsitzender gewählt. Seine Stellvertreter wurde diesmal der inzwischen zum hessischen Landesvorsitzenden der NPD aufgestiegene Marcel Wöll, der damit seine Position in der NPD ausbaute. Fraktionsvorsitzender der Kreistagsfraktion blieb weiterhin Volker Sachs.[48]

Kurz nach seiner Wahl zum stellvertretenden Kreisvorsitzenden wurde NPD Landeschef Marcel Wöll im **Januar 2007** auch noch Kreistagsabgeordneter in der Wetterau. Nachdem Carsten von Waffenstein sein Mandat „aus persönlichen Gründen“ abgegeben hatte, verzichtete die Hirzenhainer Gemeindevertreterin Josephine Fröhlich als nächste Nachrückerin zugunsten von Marcel Wöll auf ihr Kreistagmandat. Wöll erklärte, durch den Rückzug von von Waffenstein würde „die NPD-Fraktion nicht geschwächt, sondern gestärkt“. Wöll wurde zum stellvertretender Fraktionsvorsitzenden gewählt und sollte die NPD zukünftig auch im Denkmal- und Behinderten-Beirat vertreten.[49]

Auch bei der Bürgermeisterwahl im **Februar 2007** in Nidda trat die NPD mit einem eigenen Kandidaten an. Diesmal war es der Kreisvorsitzende Daniel Lachmann aus Büdingen. Er erreichte insgesamt 2,8% (185 Stimmen).[50]

Agitation gegen zivilgesellschaftlichen Protest

In den Monaten nach der Kommunalwahl zeichnete sich eine Schwerpunktverschiebung in der Agitation der NPD ab. Offenbar setzten die Proteste und die zivilgesellschaftliche Gegenwehr, die Partei stärker unter Druck, dass nun diese Gegenbewegung selbst in den Fokus rechtsextremer Propaganda rückte.

So stellte der Rechtsanwalt Dirk Waldschmidt gleich zu Beginn des Jahres **2007** dar, wie er zu den zugezogenen Rechtsextremisten in Butzbach Hoch-Weisel stand, die inzwischen für immer mehr öffentliches Aufsehen sorgten. In seiner Funktion als Butzbacher Bürgermeisterkandidat wurde er auf der Homepage der NPD Wetterau „interviewt“. Auf die Frage, wie er „der rechten Szene im Stadtteil Hoch-Weisel begegnen“ wolle, stellt er klar: „Die nationale Familie im Stadtteil Hoch-Weisel hat der

[47] Homepage der NPD-Wetterau vom 14.01.2007: „Aktionstag“

[48] Homepage der NPD-Wetterau vom 22.01.2007: „NPD- Wetterau mit neuem Kreisvorstand“

[49] Homepage der NPD-Wetterau vom 24.01.2007: „NPD-Landesvorsitzender Marcel Wöll ist neuer Kreistagsabgeordneter“; Homepage der NPD-Wetterau vom 02.02.2007: „Marcel Wöll zieht für die NPD in den Kreistag“

[50] Homepage der NPD-Wetterau vom 21.01.2007: „Kreisvorsitzender wird NPD-Bürgermeisterkandidat in Nidda“; Homepage der NPD-Wetterau vom 26.02.2007: „NPD-Kandidat Lachmann kommt in Nidda auf 2,8%!“

Stadt Butzbach keinen Schaden zugefügt. Das Problem sind vielmehr „Antifa“-Chaoten (…). Auf diese werden wir ein Auge werfen.“[51]

So waren es auch vermeintliche „vermehrte Gewalttaten von Linksextremisten und Ausländern“[52], die als Grund für eine Kundgebung auf dem Marktplatz in Butzbach am **10.02.2007** herhalten mussten.

An diesem Tag hatten sich nach Augenzeugenberichten gegen 13.00 Uhr „etwa 20 Personen, weitgehend schwarz gekleidet mit rot-weißen Fahnen, zum Teil mit NPD Aufdruck“[53] versammelt.[54] Nach einem Demonstrationszug von Hoch-Weisel nach Butzbach, traten Marcel Wöll und ein „betroffener Jugendlicher“[55] als Redner auf.[56]

In der Hessentagsstadt Butzbach tummeln sich die Neonazis

Die Hessentagsstadt Butzbach wird zum Tummelplatz für Neonazis. Unser Bild zeigt die 20 bis 30 Teilnehmer der NPD-Demonstration am Samstag auf dem Marktplatz. Ein Anwohner beschwerte sich aus seinem Fenster heraus. Weitere Proteste waren laut Polizei bei der Kundgebung am Marktplatz ausgeblieben. Gerne hätte die Frankfurter Rundschau dem neuen Butzbacher Bürgermeister Michael Merle (SPD) gestern einige Fragen gestellt. Zum Beispiel ob die Stadt die Demonstration hätte verbieten können. Oder ob sie die Versammlung hätte auflösen können, weil die Teilnehmer schon gegen 13 Uhr zum Marktplatz zogen, die Demonstration aber erst von 14 bis 16 Uhr angemeldet war. Für die Zukunft interessant ist auch die Frage, ob die Stadt künftig alle Demonstrationen rechtsextremer Gruppen und Parteien genehmigen will. Der Bürgermeister war bis Redaktionsschluss leider nicht zu erreichen. PZ/BILD: HARALD JÖHREN

Die Frankfurter Rundschau berichtete in ihrer Ausgabe vom 13. Februar 2007 von der Kundgebung der NPD-Wetterau

Am Ende des Monats, dem **24. Februar 2007**, fand ein Informationsstand zum gleichen Thema statt. Das Motto lautete diesmal „Schluss mit linker Gewalt und Vandalismus“ und bezog sich nach Angaben der NPD auf einen Vorfall Anfang Februar. Damals hätten „vermummte linke Chaoten“ (…) „mit Vorschlaghämmern 17 Glasscheiben im Rathaus“ zerstört.[57] Die Anwesenheit des knappen Dutzend Rechtsextremisten wurde diesmal von Protesten begleitet.[58]

---

[51] Homepage der NPD-Wetterau vom 20.01.2007: „Interview mit RA Dirk Waldschmidt - in Butzbach“

[52] Homepage der NPD-Wetterau vom 13.02.2007: „Kundgebung der NPD und freie Kameradschaften gegen Gewalt in Butzbach“

[53] Frankfurter Rundschau vom 12.02.2007

[54] Die NPD sprach später von 35 Teilnehmern; Homepage der NPD-Wetterau vom 13.02.2007: „Kundgebung der NPD und freie Kameradschaften gegen Gewalt in Butzbach“

[55] Homepage der NPD-Wetterau vom 13.02.2007: „Kundgebung der NPD und freie Kameradschaften gegen Gewalt in Butzbach“

[56] Frankfurter Rundschau vom 12.02.2007

[57] Homepage der NPD-Wetterau vom 19.02.2007: „Erneut schlugen Antifaschisten in Bad Nauheim zu!“

[58] Wetterauer Zeitung vom 26.02.2007

Am **24. März 2007** fand in der Gaststätte „Zur Linde“ in Wölfersheim-Wohnbach der Landeslisten-Parteitag der NPD zur Landtagswahl am 27. Januar 2008 statt. Anwesend waren nach NPD Angaben ca. 50 Delegierte, um eine 15 Kandidaten/innen umfassende Landesliste zu wählen. Dabei wurde Rechtsanwalt Dirk Waldschmidt auf Platz zwei, Marcel Wöll auf Platz drei, Daniel Lachmann auf Platz fünf gewählt. Hauptredner war der stellvertretende NPD-Parteivorsitzende Sascha Roßmüller.[59] Am Abend folgte ein sogenannter „Kameradschaftsabend“, bei dem auch Vertreter der „Freien Kameradschaften“ mitfeierten.[60]

Der Veranstaltungsort war schon des Öfteren von der NPD für Veranstaltungen genutzt worden. „Einmal im Jahr, manchmal auch zweimal“ würde der Betreiber der Partei die Räume vermieten. Es war ihm zwar bekannt, um wen es sich bei den Anmeldern handelte, er sähe aber „keinen Grund, eine eventuelle nächste Anfrage abzulehnen.“ Schließlich würde ja keine „Skinheads oder ähnliche Gruppen bei ihm Veranstaltungen abhalten.[61]

Antiamerikanische Proteste

Im Anschluss an die Kampagne gegen den politischen Gegner wurde als neues Thema die Agitation gegen die vermeintlichen „Besatzer“, gemeint sind hier vor allem die in der Region stationierten US-Amerikanischen Soldaten, aufgegriffen.

So führte die NPD Wetterau zum Jahrestag der Befreiung vom Nationalsozialistischen Regime einen „Aktionstag“ durch. Er fand allerdings nicht direkt am 8. Mai, sondern am Samstag davor, dem **5. Mai 2007** statt.

Vormittags wurde ein Info-Stand in Büdingen aufgebaut, am Nachmittag protestierte man mit einem Transparent am Rande der Abschiedsveranstaltung für die dort stationierten amerikanischen Militäreinheiten. Am Rande eines Umzugs, an dem nach einer Erklärung der NPD auch „mehrere amerikahörige Politiker, darunter auch der Büdinger Bürgermeister und der zweite Kreisbeigeordnete“ teilnahmen, wurde ein Transparent mit den Aufschriften „USA-Internationale Völkermordzentrale“ gezeigt und Flugblätter „gegen die US Besatzer und deren Kriegsverbrechen an unserem Volk während und nach dem 2. Weltkrieg“ verteilt.[62]

Am **8. Mai 2007** fand in Büdigen eine Veranstaltung mit dem Thema „08. Mai - Tag der Befreiung“ statt, veranstaltet vom Wetteraukreis, der Stadt Büdingen und dem Büdinger Geschichtsverein. In deren Verlauf kam es zu Störungen durch einige Rechtsextremisten aus dem Umfeld der NPD. Sie zeigten Fahnen der Siegermächte und Plakate, auf denen unter anderem zu lesen war „Ich bin ein Englischer Bomber Pilot und habe über 300.000 deutsche Frauen, Kinder und Alte zerbombt“. Durch den Bürgermeister wurden die Störer der Veranstaltung des Raumes verwiesen und Anzeige wegen Hausfriedensbruch gestellt.

[59] Homepage der NPD-Wetterau vom 30.03.2007: „Hessische NPD wählt Landesliste - Doris Zutt Spitzenkandidatin“
[60] Frankfurter Rundschau vom 07.03.2007
[61] Wetterauer Zeitung vom 06.03.2007
[62] Homepage der NPD-Wetterau vom 05.05.2007: „Aktionstag“

Im daraus folgenden Gerichtsprozess wurde im März 2008 das Verfahren gegen zwei Rechtsextremisten gegen Ableistung von Arbeitsstunden und Zahlung einer Geldstrafe eingestellt.[63]

Einen Monat später, am **16.06.2007**, war von der NPD eine Kundgebung in Butzbach angekündigt worden. Eine „Mahnwache“ gegen die Amerikaner wurde in unmittelbarer Nähe zu den Unterkünften der Soldaten angemeldet. Nach einem Verbot der Stadt Butzbach erlaubte das Verwaltungsgericht in Gießen die Kundgebung, verlegte den Ort jedoch etwas weiter weg.[64]

An der „Mahnwache“ nahmen ca. 20 Rechtsextremisten teil, angeführt von Marcel Wöll. Sie führten Transparente mit der eindeutigen Losung „Die USA sind unser Unglück“ mit sich. Ihnen standen etwa 200 Gegendemonstranten gegenüber.[65]

Schulhof CDs in Wölfersheim

Im Frühjahr 2007 wurde die sogenannte „Schulhof-CD“ der NPD an der Singbergschule Schule in Wölfersheim verteilt.[66]

Die sogenannte „Schulhof-CD“ der NPD. Sie wurde unter anderem an der Singbergschule Schule in Wölfersheim verteilt

Nachdem die Schulleitung versucht hatte, die Verteilung der Propaganda-CD mittels Polizei zu unterbinden, verteidigte sich die NPD damit, dass die CD schließlich „strafrechtlich nicht zu beanstanden“ sei. Dass die Polizei gerufen wurde, um das weitere Verteilen zu verhindern wurde ebenfalls kritisiert, die NPD mache schließlich durch das „Verteilen von Werbematerial und auch von CDs nur das, was andere Parteien auch machen“.

Die daraufhin geplanten Projekte zur politischen Bildung und Demokratieförderung seien eine „Indoktrination von Schulkindern“, da man „bestimmt nicht vorhat, im Rahmen der politischen Bildung und Demokratieförderung NPD-Vertreter mit einzubinden“.[67]

- Am **26. Juli 2007** fand in Büdingen eine Informationsveranstaltung über Rechtsextremismus statt, zu der die örtlichen Jusos eingeladen hatten. Die NPD berichtet später, dass jedoch lediglich „die

[63] Homepage der NPD-Wetterau vom 13.03.2008: „Freispruch für drei Nationale Aktivisten“

[64] Wetterauer Zeitung vom 16.06.2007

[65] Frankfurter Rundschau vom 18.06.2007; http://antinazi.wordpress.com/2007/06/16/marcel-woell-bei-butzbacher-kundgebung-von-der-bevolkerung-ausgepfiffen-und-heimgeschickt/ (zuletzt eingesehen am 30.09.2014); Die Parole „Die USA sind unser Unglück“ spielt offensichtlich auf die im Nationalsozialismus gebräuchliche Parole „Die Juden sind unser Unglück“ an.

[66] „Das Projekt Schulhof-CD war eine Werbeaktion deutscher Rechtsextremisten aus dem Lager der militanten Freien Kameradschaften im Jahr 2004, bei der kostenlose Musik-CDs in der Nähe von Schulen und Jugendtreffs im gesamten Bundesgebiet verteilt werden sollten, um damit Jugendliche für die rechtsextreme Szene zu interessieren. (…) Nach dem Pilotprojekt der Freien Kameradschaften griff die NPD das Konzept des Werbemittels Schulhof-CD auf und produzierte ab 2004 eigene Schulhof-CDs.“ http://de.wikipedia.org/wiki/Projekt_Schulhof-CD, zuletzt eingesehen am 30.09.2014

[67] Homepage der NPD-Wetterau vom 03.06.2007: „Arnold demonstriert mangelhaftes Demokratieverständnis“

Veranstalter und sechs Aktivisten der NPD erschienen“ wären. Die NPD will daraufhin Flugblätter über „die Doppelmoral der Jusos“ vor dem Veranstaltungsort verteilt haben.[68]

- Anfang August 2007 fand eine Mitgliederversammlung der NPD-Wetterau statt. Im Anschluss gab es ein Referat über „Nationale Ethik im Zeitalter des Kapitalismuses“ (sic!).[69]

- Mitte August 2007 berichtet die Wetterauer NPD von einem stattgefundenen Informationsstand in Büdingen. Dieser sei von „aggressiven Linksextremisten“ gestört worden, erklärte man im Hinblick auf die demokratischen Gegenproteste. Zudem wären Passanten „von den Biertrinkenden Jugendlichen oftmals angepöbelt“ (sic!) worden. Zwei der Passanten seien daraufhin in die NPD eingetreten.[70]

Mit der darauf folgenden Presseberichterstattung war man allerdings nicht zufrieden. So versuchte die NPD eine Gegendarstellung im Kreis-Anzeiger zu erwirken. Insbesondere die Überschrift „Keine Zwischenfälle bei Wahlkampfaktion“ wollte man im Hinblick auf die Proteste nicht akzeptieren. Schließlich sollten „von Seiten der NPD mehrere Anzeigen gegen die Personen aus der linken Szene eingeleitet werden“. Diese wären aber nicht aufgenommen worden. Außerdem seien es nicht „rund 70 Gegendemonstranten“ sondern „lediglich 35-40 Personen“ gewesen.[71]

Der Kreis-Anzeiger druckte die Gegendarstellung nicht ab, da sie formal nicht den üblichen Vorgaben entspräche und sachlich erhebliche Unzulänglichkeiten zu verzeichnen seien, wie die Redaktionsleitung der NPD später mitteilte.

- Ebenfalls **Mitte August 2007** versuchten Mitglieder der NPD bei einer Wahlkampfveranstaltung des damaligen hessischen Ministerpräsidenten Koch auf dem Niddaer Marktplatz Flugblätter zu verteilen um dort „ihre Ansichten zu der derzeitigen asozialen und volksfeindlichen Politik der herrschenden Parteien in Flugblättern unter die Leute zu bringen.“ Nach einer Personalienkontrolle durch die Polizei wurden gegen zwei NPDler Platzverweise ausgesprochen.[72]

Demonstration „gegen Moscheebau“ in Nidda am 8. Dezember 2007

Im Rahmen einer hessenweiten Kampagne „gegen die schleichende Islamisierung“ wurde für den 8. Dezember 2007 eine Demonstration in Nidda unter dem Motto „Stoppt die Islamisierung Deutschlands - Keine Moschee in Nidda“ angemeldet.[73]

---

[68] Homepage der NPD-Wetterau vom 31.07.2007: „Juso Veranstaltung gegen Rechts mit der NPD“

[69] Homepage der NPD-Wetterau vom 06.08.2007: „NPD-Wetterau wählt Delegierte für Bundesparteitag“

[70] Homepage der NPD-Wetterau vom 13.08.2007: „Antifaschisten verhelfen NPD in Büdingen zu neuen Mitgliedern“

[71] Homepage der NPD-Wetterau vom 14.08.2007: „Gegendarstellung bezüglich NPD Infostand in Büdingen“

[72] Homepage der NPD-Wetterau vom 14.08.2007: „NPD-Wetterau besucht Veranstaltung des Ministerpräsidenten“

[73] Vorherige Veranstaltungen hatten in Wiesbaden-Gräselberg und Frankfurt-Hausen stattgefunden; Homepage der NPD-Wetterau vom 18.11.2007: „Hessen-NPD meldet Demonstration gegen Moscheebau in Nidda an“

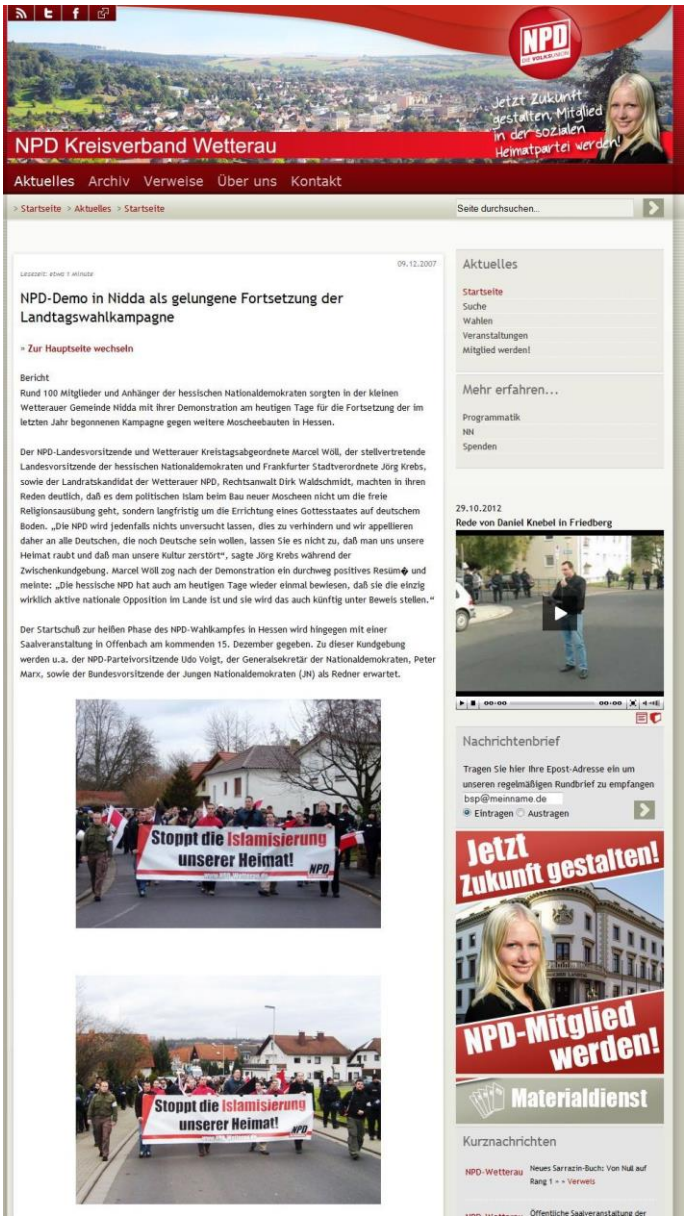
Als Redner waren angekündigt: der hessische NPD-Landesvorsitzende und Wetterauer Kreistagsabgeordnete Marcel Wöll, der Frankfurter NPD-Stadtverordnete Jörg Krebs, der Kreisvorsitzende der NPD Mainz-Bingen, Mario Matthes und der NPD-Kandidat für die Landratswahl im Wetteraukreis, Rechtsanwalt Dirk Waldschmidt.[74]

Nach Berichten von Beobachtern nahmen ca. 80 Personen an der Demonstration teil, die NPD sprach von „rund 100“ Personen.[75]

Auf der Anfahrt kam es zu einem Übergriff auf Gegendemonstranten der wahrscheinlich von Rechtsextremisten verübt wurde:

„Ein Demonstrationsteilnehmer musste auf der Anfahrt verkehrsbedingt anhalten. Hinter ihm stoppte ein Siegener PKW. Dessen Fahrer stieg aus, lief um das Fahrzeug des Vordermanns und trat gegen dessen Fahrzeugseiten. Dann fuhr der Siegener wieder davon. (…)

Den 20-jährigen aus Siegen und seinen 26-jährigen Beifahrer nahm die Polizei später vorübergehend fest, als beide zu Fuß in die Innenstadt unterwegs waren. Sie hatten Sturmhauben dabei, Flyer und CDs bei denen der Verdacht auf rechtsextremen Inhalt besteht.“[76]



Die NPD-Wetterau berichtet auf ihrer „Weltnetzseite“ von der Kundgebung in Nidda

Landtagswahl 2008

Bei der insgesamt für die NPD enttäuschenden Landtagswahl am **27. Januar 2008** (0,9%) konnte sie ihre besten Ergebnisse bei den Zweitstimmen u.a. in den Wahlkreisen Wetterau II mit 3,0 % (Erststimmen: 2,8 %) und Wetterau III mit 2,0 % (Erststimmen: 2,3 %) erzielen. Der auf Platz 3 der

[74] Frankfurter Rundschau vom 07.12.2007; Homepage der NPD-Wetterau vom 06.12.2007: „NPD demonstriert am Samstag gegen Moscheebau in Nidda“

[75] Homepage der NPD-Wetterau vom 09.12.2007: „NPD-Demo in Nidda als gelungene Fortsetzung der Landtagswahlkampagne“

[76] Wetterauer Zeitung vom 10.12.2007

Landesliste nominierte NPD-Landesvorsitzende Marcel Wöll hingegen musste ein enttäuschendes Ergebnis hinnehmen. Nur 1,1 % (Erststimmen: 1,1 %) der wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger gaben ihm im Wahlkreis Wetterau I ihre Stimme.[77]

Im Vorfeld der Wahlen wollte die NPD am **11. Januar 2008** einen Infostand vor dem VDO-Continentalwerk in Karben durchführen. Da die Partei beabsichtigte, auch Stühle und Bistrotische bei ihrer Aktion aufzustellen, verbot die Stadt Karben die Veranstaltung, da es sich um eine Beeinträchtigung des öffentlichen Verkehrsraumes handelte. Die NPD legte gegen das Verbot keine Beschwerde ein, so dass es bestand hatte.[78]

Auf der Jahreshauptversammlung der Wetterauer NPD im Jahr **2008** wurde Daniel Lachmann in seinem Amt als Kreisvorsitzender bestätigt. Stellvertreter wurden das Altenstädter Ortsbeiratsmitglied Stefan Jagsch und die Hirzenhainer Gemeindevertreterin Josephine Fröhlich.

Redner war der „Landesvorsitzende der NPD Hessen und Wetterauer Kreistagsabgeordnete Marcel Wöll", er leitete auch die Versammlung. Der Kreisvorsitzende hätte „stolz berichten" können, das im zurückliegenden Jahr 40 Infostände durchgeführt und 350.000 Flugblätter verteilt worden seien. Auch von der Verteilung der so genannten Schulhof-CDs an mehreren Wetterauer Schulen wurde berichtet.[79]

Bürgermeisterwahl in Wölfersheim 2008

Auch bei der Bürgermeisterwahl in Wölfersheim **2008** trat die NPD wiederum mit einem eigenen Kandidaten an. Diesmal war es Daniel Lachmann, der bei einer Mitgliederversammlung des Ortsverbandes im März 2008 nominiert wurde.[80] Er erhielt bei der Wahl im Mai jedoch lediglich 1,8% oder 78 Stimmen.

Ungewöhnlich für Verlautbarungen der NPD war diesmal nicht von einem – wie immer zu begründenden – Erfolg die Rede, sondern es wurde festgestellt, dass es sich bei 1,8% um „kein zufrieden stellendes Ergebnis" handelt. Der Vergleich zur Landtagswahl im Januar, bei der in Wölfersheim mit 5,1% hessenweit noch das beste Ergebnis erzielt wurde, machte das tatsächliche Debakel deutlich. Noch deutlicher wird es bei einem Blick in die Geschichte. So galt Wölfersheim über viele Jahre als eine der Hochburgen der NPD. Bei der Kommunalwahl 2006 hatte sie in dieser Gemeinde noch einen Anteil von 10,4 Prozent der Stimmen erreichen können (2001: 12,1%, 1997: 22,7%). Der deutliche Rückgang zeigt, dass die NPD immer mehr Schwierigkeiten bei der Wählermobilisierung hatte und diesem Trend auch in der Wetterau nichts entgegensetzen konnte.[81]

Schuld an der Misere war auch diesmal die „Medienhetze" und angebliche „Einschüchterungsversuche gegen die Wölfersheimer Bevölkerung". Einziger Lichtblick für die NPD: „Kandidat Lachmann belegte Platz vier von fünf Kandidaten."[82]

---

[77] LfV 2008, 105f
[78] Wetterauer Zeitung vom 11.01.2008
[79] Homepage der NPD-Wetterau vom 07.03.2008: „Lachmann als Kreisvorsitzender im Amt bestätigt"
[80] Homepage der NPD-Wetterau vom 28.03.2008: „NPD - Wölfersheim wählt Lachmann zum Bürgermeisterkandidaten"
[81] LfV 2009, S. 87
[82] Homepage der NPD-Wetterau vom 26.05.2008: „NPD-Kandidat Lachmann erhält in Wölfersheim 1,8 Prozent"

Neugründung von Ortsverbänden und wohlwollende Presse

Nachdem bereits im **April 2008** die Gründung von Ortsverbänden in Friedberg / Bad Nauheim und Altenstadt / Limeshain vom Kreisvorstand beschlossen wurde da „vor allem der Mitgliederanstieg in den Städten Friedberg und Bad Nauheim (…) beachtlich“ sei wurde die Gründung dann im Sommer 2008 vollzogen.[83]

Im **Juni** berichtete die NPD über die Gründung des Ortsverbandes Altenstadt/Limeshain. Gewählt wurden Stefan Jagsch als Vorsitzender und „eine Kameradin aus Altenstadt“ als Stellvertreterin. Jagsch wurde in er Verlautbarung als jemand bezeichnet, „der in zahlreichen Vereinen seiner Heimatstadt Mitglied ist, (…) keine Ausgegrenzte Persönlichkeit, sondern ein Mensch aus der Mitte des Volkes“ beschrieben.[84] Die über die Gründung des Ortsverbandes wurde in der lokalen Presse ausführlich berichtet. So räumte ein in einer lokalen Zeitung am 10. Juni 2008 erschienener Artikel der NPD den Raum ein, sich kommentarlos als „einzig wählbare Partei“ zu bezeichnen und die Ankündigung der Verteilung weiterer Werbe-CDs angekündigt. Kritik über die Programmatik der NPD, laufenden Ermittlungsverfahren gegen führende Mitglieder oder die allgemeine Einschätzung als verfassungsfeindlich sucht man in dieser Veröffentlichung vergeblich.

Dass dies kein Einzelfall war, zeigt die Berichterstattung zur Gründung des Ortsverbandes in Friedberg/Bad Nauheim. Als Vorsitzender gewählt wurde Björn Einig, Leiter des „hessischen Ordnerdienstes der NPD“. Dieser kündigte bereits auf der Gründungsversammlung an, „Aktionen gegen die Islamisierung der beiden Städte“ und ein „Flugblatt gegen den Moscheebau und gegen die schleichende Überfremdung“ zu entwickeln.[85] Die regionale Zeitung berichtet über die geplanten Aktivitäten „Einig kündigte für die nächsten Monate Infostände und Flugblatt-Aktionen an. Ein Ziel der Rechtsextremen ist es nach eigener Auskunft das >> Volk wieder zur Volksgemeinschaft<< zurückzubringen.“

NPD gründet neuen Ortsverband

Altenstadt/Limeshain (dab). Die NPD hat einen Ortsverband Altenstadt/Limeshain gegründet. Vorsitzender ist Stefan Jagsch, der Vize-Kreisvorsitzende. Der Wetterauer Kreisvorsitzende Daniel Lachmann teilte weiter mit, dass im Sommer der Ortsverband Friedberg/Bad Nauheim ins Leben gerufen werden soll.

Die »zahlreichen Schmierereien von Antifaschisten in Altenstadt und Ortsteilen« hätten der NPD deutlich mehr Aufmerksamkeit verschafft, als dies »von den linken Schmierfinken« gewollt gewesen sei, sagte Jagsch in der Versammlung. Mit Schmierereien wie »Stoppt die NPD« könne man die Menschen nicht davon abbringen, »die einzige noch wählbare Partei zu wählen«. So habe sich gezeigt, dass sich viele Bürger über die Schmierereien aufregten und dann erst recht das Gespräch mit den Nationaldemokraten vor Ort suchten. Namentlich nicht benannt werden in der Pressemitteilung Jagschs Stellvertreter: »In den Wahlgängen zum Vorstand wurde ... eine Kameradin aus Altenstadt als Stellvertreterin und ein Parteiaktivist aus Limeshain zu dessen Beisitzer (gewählt)«, heißt es.

Jagsch kündigte an, dass künftig noch häufiger CDs der NPD vor Schulen verteilt würden und im Sommer die Zeitung »Jetzt reicht's« mit etwa 7500 Exemplare verteilt werde. Auch strebe er den Wiedereinzug in den Ortsbeirat sowie den Einzug ins Altenstädter Gemeindeparlament an.

NPD gründet Ortsverband

Friedberg/Bad Nauheim (jw). Die rechtsextreme NPD hat einen Ortsverband für Friedberg und Bad Nauheim gegründet. Dadurch soll die Arbeit in den beiden Städten besser koordiniert werden, teilt der Kreisvorsitzende Daniel Lachmann mit. Vorsitzender ist der 22-jährige Bad Nauheimer Björn Einig, der auch Leiter des hessischen Ordnerdienstes der NPD ist. Zu seinem Stellvertreter wurde laut Lachmann ein ebenfalls aus Bad Nauheim stammender »22-jähriger nationaler Aktivist« gewählt. Einig kündigte für die nächsten Monate Infostände und Flugblatt-Aktionen an. Ein Ziel der Rechtsextremen ist es nach eigener Auskunft, das »Volk wieder zur Volksgemeinschaft« zurückzubringen.

Berichterstattung über die Gründung von NPD Ortsverbänden in einer regionalen Zeitung (10.06.2008 und 18.06.2008)

[83] Homepage der NPD-Wetterau vom 24.04.2008: „Wetterauer NPD-Vorstand beschließt Gründung von weiteren Ortsverbänden“

[84] Homepage der NPD-Wetterau vom 05.06.2008: „NPD-Ortsverband Altenstadt/Limeshain gegründet“

[85] Homepage der NPD-Wetterau vom 16.06.2008: „Neuer NPD-Ortsverband in Friedberg - Bad Nauheim gegründet“

Rückzug von Marcel Wöll

Am **06. April 2008** wurde auf dem Landesparteitag der hessischen NPD ein neuer Landesvorstand gewählt. Der bisherige Landesvorsitzende Marcel Wöll verzichtete „aus privaten Gründen“ auf eine erneute Kandidatur. Neuer Landesvorsitzender wurde der Frankfurter Jörg Krebs. Der Kreisverband Wetterau blieb aber weiterhin stark im Landesvorstand vertreten. Als Stellvertreter von Krebs wurde u.a. der Wetterauer Kreisvorsitzende und Kreistagsabgeordnete Daniel Lachmann und als Beisitzer Jan P. und Stefan Jagsch vom Kreisverband Wetterau gewählt

In seiner Antrittsrede beschreibt der neue Landesvorsitzende als sein Ziel für die hessische NPD: „Ich möchte zusammen mit dem neuen Landesvorstand erreichen, daß die hessische NPD im Jahre 2011 im Kreistag der Wetterau den Fraktionsstatus behält und im Lahn-Dill-Kreis sowie in meiner Heimatstadt Frankfurt erlangt…“.[86]

Auf der Jahreshauptversammlung des Ortsverbandes Butzbach im **April** gab der bisherige Landesvorsitzende Marcel Wöll „in seinem ausführlichem Bericht ein genaues Bild über seine bisherige geleistete Arbeit ab“ und kündigte an, nach seinem Verzicht auf das Amt des Landesvorsitzenden „nun sein Augenmerk auf die Arbeit im Butzbacher Stadtparlament und Kreistag“ zu legen.[87]

Im **August** jedoch löste Stefan Jagsch den inzwischen wegen seiner laufenden Strafverfahren und seines ungewöhnlichen und erfolglosen Landtagwahlkampfes stark angeschlagenen Marcel Wöll auch im Kreistag ab. Ersterer sei nachgerückt, nachdem Letzterer „sein Mandat wegen Verzug nach Mitteldeutschland zur Verfügung gestellt“ habe, hieß es in der Erklärung der Partei. Es deutete sich an, dass Wöll sich nicht nur von seinem Ämtern verabschieden, sondern der Wetterau gänzlich den Rücken kehren wolle.

Im Kreistag bekam nun Jagsch den Posten des Fraktionsschatzmeisters von Daniel Lachmann übertragen, der selbst zum stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden aufstieg. Vorsitzender der NPD-Fraktion blieb Volker Sachs.[88]

Gleichzeitig wurde bekannt, dass Wöll mit seiner Familie tatsächlich bereits nach Thüringen verzogen war. Das Haus in Butzbach Hoch-Weisel, welches drei Jahre lang als Treffpunkt der Rechtsextremen Szene gedient hatte, stand bereits seit längerem zum Verkauf. Wölls Mitbewohner in der braunen WG hatten den Ort schon Wochen vorher verlassen.[89]

[86] Homepage der NPD-Wetterau vom 08.04.2008: „Parteitag wählte neuen NPD-Landesvorstand“
[87] Homepage der NPD-Wetterau vom 24.04.2008: „Ortsverband der NPD führt Neuwahl durch“
[88] Homepage der NPD-Wetterau vom 25.08.2008: „Stefan Jagsch löst Marcel Wöll im Kreistag ab“
[89] Butzbacher Zeitung vom 07.08.2008; Frankfurter Rundschau vom 26.06.2008

Exkurs: Strafverfahren gegen Marcel Wöll

Marcel Wöll, damals bereits Stadtverordneter in Butzbach, wurde auf dem Parteitag der hessischen NPD am **27. Mai 2006** zum neuen Landesvorsitzenden gewählt und löste den bisherigen Vorsitzenden Hans Schmidt (Wiesbaden) ab. Schon damals kam der hessische Verfassungsschutz zu der Einschätzung, dass „mit ihm (…) ein Neonazi die Führung der NPD übernommen [hat]. Seit seinem Amtsantritt forciert Wöll die innere Neuformierung des Landesverbandes. Durch Schulungen versucht die NPD die Mobilisierungs- und Agitationsfähigkeit der Kreisverbände und Mitglieder zu verbessern.“[90]

Berits keine zwei Jahre später, am **06. April 2008** wurde ein neuer Landesvorstand gewählt. Marcel Wöll verzichtete diesmal „aus privaten Gründen“ auf eine erneute Kandidatur. Neuer Landesvorsitzender wurde der Frankfurter Jörg Krebs. Als Stellvertreter wurde u.a. der Wetterauer Kreisvorsitzende und Kreistagsabgeordnete Daniel Lachmann und als Beisitzer Jan P. und Stefan Jagsch vom Kreisverband Wetterau gewählt[91]

War Wöll noch bei Amtsantritt als Integrationsfigur aufgetreten, der es auch tatsächlich schaffte, weite Teile der rechtsextremen Szene Hessens an die NPD zu binden, wirkte sein Nachfolger eher farblos und keinesfalls charismatisch. Es entstand der Eindruck, der Rückzug Wölls würde eine Lücke hinterlassen, die keiner füllen konnte oder wollte. So wurde der neue Vorstand eher Notlösung als Neuanfang. Tatsächlich beschleunigte sich der schon begonnene Niedergang der hessischen NPD unter Jörg Krebs und setzt sich bis heute fort.

Die Gründe für Wölls Rückzug dürften vor allem in dem starken Image-Verlust liegen, den er der Partei beschert hatte. Zum einen durch einen Landtagswahlkampf, in dem Wöll als edler Retter auftritt, der Zwergen das geraubte Gold wiederbringt[92]. Dieser Wahlwerbespot war selbst vielen NPD Anhängern peinlich. Zum anderen aber waren es die Strafprozesse, die gegen den Landesvorsitzenden liefen und das Bild der bürgernahen „Kümmerer-Partei“ ins Wanken brachten.

Wahlwerbe-Video der hessischen NPD zur Landtagswahl 2008: Marcel Wöll als Retter der Zwerge (Quelle: Youtube)

So verurteilte das Amtsgericht Friedberg Wöll am **7. August 2007** zu vier Monaten Freiheitsstrafe ohne Bewährung wegen Volksverhetzung. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass der damals schon

[90] LfV 2007, S. 68

[91] Homepage der NPD-Wetterau vom 08.04.2008: „Parteitag wählte neuen NPD-Landesvorstand“

[92] In dem Wahlwerbespot werden drei Zwerge gezeigt, offensichtlich sollen sie allzu bildlich den „kleinen Mann“ darstellen. Ein Mann in Anzug, offenbar „der Staat“ nimmt ihnen die gerade gefundenen Goldklumpen ab, um es für Steuern, Diäten und „die Ausländer“ zu verwenden. Wöll kommt hoch zu Ross und bringt das Gold zurück…

mehrfach wegen Körperverletzung Vorbestrafte während einer Sitzung des Wetterauer Kreistages am 14. März den Holocaust geleugnet hatte. Von einer Bewährungsstrafe sah das Gericht vor allem wegen zweier noch laufender Bewährungen ab und stufte den Angeklagten als „Bewährungsversager“ ein. Die Staatsanwaltschaft hatte sechs Monate ohne Bewährung gefordert, die Verteidigung plädierte auf Freispruch.[93] [94]

Wöll hatte als Mitglied des Wetterauer Kreistages in dessen Sitzung am 14. März in seiner Rede zum Haushalt gefordert, die Kreisverwaltung solle die Zuschüsse für Schülerfahrten „zu Stätten des so genannten nationalsozialistischen Terrors, also Gehirnwäsche für Schüler“ streichen. In die Urteilsfindung floss auch ein Fernsehinterview ein. Darin hatte er erklärt, er könne zu der Frage, ob es den Holocaust gegeben habe „nichts sagen, weil ich mich sonst strafbar machen würde.“ Die Leugnung des Holocaust durch den hessischen NPD-Landesvorsitzenden lässt die revisionistischen Grundpositionen der NPD erkennen.[95]

Zum Zeitpunkt der Urteilsverkündung lief bereits das nächste Ermittlungsverfahren gegen Wöll, diesmal wegen Nötigung:[96]

Bei der Kreistagssitzung im **Juni 2007** wollten Jugendliche - mit Genehmigung des Kreistagsvorsitzenden - Flugblätter für ein Verbot der NPD verteilen. Zeugenaussagen zufolge soll Wöll daraufhin handgreiflich geworden sein.

Ein Mitglied der Jugendorganisation der Linken sagte der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, er habe Wöll beim Betreten der Zuschauertribüne des Plenarsaals fotografiert. Daraufhin habe Wöll ihn gepackt, die Herausgabe der Kamera verlangt und ihm Prügel angedroht. Ein 20-Jähriger berichtete, Wöll habe ihm mit mehreren Blättern Papier ins Gesicht geschlagen.[97]

Im **Juli 2007** folgte seine nächste Verurteilung. Bei einem Auftritt der NPD im März 2006 in Butzbach soll er Polizisten als „geisteskrank“ bezeichnet haben. In zweiter Instanz verurteilte ihn das Gießener Landgericht zu einer Geldstrafe von 900 Euro.[98]

2008 wurde er dann erneut angeklagt. Wie erst kurz nach seinem Rücktritt aus „Persönlichen Gründen“ bekannt wurde lief gegen ihn ein Ermittlungsverfahren wegen „gefährlicher Körperverletzung“. Wöll sollte demnach bereits am 29. August 2004 in Hünstetten-Görsroth (Rheingau-Taunus-Kreis) einen Mann niedergestochen haben.

Nach Angaben des Landgerichts Koblenz war es in Görsroth nach einem Grillfest zu einer Schlägerei zwischen verfeindeten Gruppen gekommen. Dabei soll Wöll einem Kontrahenten drei Stiche in den Rücken versetzt haben. Zwei davon trafen das Opfer im Nierenbreich, einer in der Höhe der Achsel, wie die Staatsanwaltschaft berichtete. Nach Angaben des Landgerichts Koblenz war wegen der

---

[93] Frankfurter Rundschau vom 08.08.2007

[94] Das Urteil wurde am 25. Juni 2008 im Berufungsverfahren vom Landgericht Gießen bestätigt, wiederum wurde von den Anwälten Wölls Revision angekündigt. Das Frankfurter Oberlandesgericht wies diese im Oktober 2009 zurück, das Urteil ist damit rechtskräftig; http://de.wikipedia.org/wiki/Marcel_W%C3%B6ll zuletzt eingesehen am 05.10.2014

[95] LfV 2008, S 83

[96] Frankfurter Rundschau vom 08.08.2007

[97] http://www.spiegel.de/politik/deutschland/hessen-npd-mann-droht-im-kreistag-mit-pruegel-a-489973.html, zuletzt eingesehen am 05.10.2014

[98] Wetterauer Zeitung vom 24.07.2007

Messerstecherei zunächst ein anderer Teilnehmer der Auseinandersetzung fälschlich verhaftet worden. Später erst sei ein Ermittlungsverfahren gegen Wöll eingeleitet worden.[99]

[99] http://www.giessener-allgemeine.de/Home/Nachrichten/Hessen/EX-NPD-Landeschef-M-Woell-soll-Mann-niedergestochen-haben-_arid,42306_regid,1_puid,1_pageid,11.html#null; http://www.focus.de/panorama/vermischtes/marcel-woell-ehemaliger-npd-vorsitzender-wegen-messerstecherei-vor-gericht_aid_307940.html, beide zuletzt eingesehen am 05.10.2014

Hessenkongress 2009

Nur wenige Wochen vor einem geplanten „Hessenkongress“ hatte die NPD noch vehement widersprochen, dass eine solche Veranstaltung möglicherweise in Wölfersheim geplant sei. Anfang Dezember 2008 berichtete die Frankfurter Rundschau[100], dass „in eine Gaststätte im Wölfersheimer Ortsteil Wohnbach von der NPD zu einem Hessenkongress am kommenden Samstag eingeladen wurde“. Da der Veranstaltungsort allerdings bekannt geworden sei, würde „die NPD (…) sich einen anderen Veranstaltungsort suchen. Der Kommentar vom damaligen NPD-Vorsitzenden und Landesgeschäftsführer der NPD-Hessen, Daniel Lachmann: „Der Hessenkongress findet nicht in Wölfersheim nicht statt, auch war nie geplant, dass dieser im Wetteraukreis stattfinden wird.“ (sic!)[101]

Am **10. Januar 2009** trafen sich Mitglieder der hessischen NPD dann doch in Wölfersheim zu einem „Hessenkongreß“. Die Veranstaltung, an der etwa 75 Personen teilnahmen[102], stand unter dem Motto „Ein soziales Hessen ist nur auf nationaler Grundlage möglich“.

Auf dem Programm standen die Rede des in Kassel ansässigen „französischen Aktivisten des Thule-Seminars, Dr. Pierre Krebs“, ein Grußwort des saarländischen NPD-Landesvorsitzenden Frank Franz, sowie der Auftritt der Rechtsrock-Band „Carpe Diem“. Außerdem sollte der „Ordnungsdienst“ der hessischen NPD vorgestellt werden.

Pierre Krebs wetterte in seiner Rede gegen die „volksfeindliche Politik der etablierten Multi-Kulti-Extremisten“: „Erstmals seit dem Neolithikum, so Dr. Krebs, sei die genetische Zusammensetzung der indigenen Bevölkerung des europäischen Kontinents durch den Massenzustrom von Fremden aus außereuropäischen Gefilden ernsthaft gefährdet.“[103]

Landtagswahl 2009

Bereits am **22.11.2008** fand in Wölfersheim ein außerordentlicher Landesparteitag zur Aufstellung einer Wahlliste für die vorgezogene Neuwahl des hessischen Landtages statt. Nach Parteiangaben waren rund 60 Delegierte und Gäste erschienen. Als Spitzenkandidat wurde erwartungsgemäß der neue Landesvorsitzende Jörg Krebs gewählt. Auf Platz vier folgte der Wetterauer Kreistagsabgeordnete und „Landesgeschäftsführer“ Daniel Lachmann, auf Platz neun der aus der Wetterau stammende Landesvorsitzende der hessischen Jungen Nationaldemokraten (JN) Stefan Jagsch und auf Platz 14 die Hirzenhainer NPD-Gemeindevertreterin Josephine Fröhlich.[104]

Bei der Wahl zum Hessischen Landtag am **18. Januar 2009** erhielt die NPD einen Zweitstimmenanteil von 0,9 Prozent. Sie blieb damit erneut unter einem Prozent. Mit diesem Wahlergebnis liegt sie prozentual gleichauf mit dem der Landtagswahl 2008. Bei der absoluten Stimmenzahl musste die NPD allerdings einen Verlust von 1.832 Stimmen verzeichnen. Bei den Wahlkreisstimmen konnten

[100] Frankfurter Rundschau vom 10.12.2008
[101] Homepage der NPD-Wetterau vom 10.12.2008: „Antifa dreht durch“
[102] nach Parteiangaben waren rund 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmer angereist; LfV 2009, S. 110
[103] Homepage der NPD-Wetterau vom 11.01.2009: „Erfolgreicher NPD-Hessenkongreß in Wölfersheim“
[104] Homepage der NPD-Wetterau vom 24.11.2008: „Jörg Krebs Spitzenkandidat der Hessen-NPD“; LfV 2009, S. 86

die Direktkandidaten landesweit einen leichten Zuwachs erreichen. Die NPD steigerte sich von 0,6 Prozent der Erststimmen bei der Wahl 2008 auf 0,7 Prozent im Jahre 2009.

Ihr bestes Ergebnis konnte die NPD, wie auch schon bei der Landtagswahl 2008, im Wahlkreis 26 (Wetterau II) erzielen. Hier erreichte sie ein Erststimmenergebnis von 2,6 Prozent und ein Zweitstimmenergebnis von 2,4 Prozent.[105]

Wahlkreisstimmen (Direktkandidaten) der NPD

Wahlkreis		Kandidat	Landtagswahl 2009	
Nr.	Name		Stimmen	%
25	Wetterau I	Jagsch, S.	666	1,3
26	Wetterau II	Lachmann, D.	1.053	2,6
27	Wetterau III	Sachs, V.	751	1,8

Wahlkreisstimmen für die NPD bei der Landtagswahl 2009 (LfV 2009, S. 111)

Listenstimmen (Zweitstimmen) der NPD

Wahlkreis		Landtagswahl 2009		Landtagswahl 2008	
Nr.	Name	Stimmen	%	Stimmen	%
25	Wetterau I	533	1,1	583	1,1
26	Wetterau II	966	2,4	1.281	3,0
27	Wetterau III	574	1,4	835	2,0

Listenstimmen für die NPD bei der Landtagswahl 2009 (ebd. S. 112f)

Auch der Landesparteitag fand in der Wetterau statt. In Ortenberg wurde am **08.02.2009** eine zehnköpfige Landesliste für die Bundestagswahl am 27. September 2009 gewählt. Der Frankfurter Stadtverordnete und Landesvorsitzende Jörg Krebs wurde, wie schon bei der vorangegangenen Landtagswahl, zum Spitzenkandidat bestimmt. Nach dieser hatte er wegen des enttäuschenden Ausgangs noch die Vertrauensfrage stellen müssen.

Auf Platz zwei der Landesliste folgt der Fraktionsvorsitzende der NPD im Wetterauer Kreistag, Volker Sachs. Platz drei besetzte Daniel Lachmann. Auf Platz fünf wurde der inzwischen kommissarische JN-Landesvorsitzende Stefan Jagsch gewählt.[106]

[105] LfV 2010, S. 108

[106] Homepage der NPD-Wetterau vom 08.02.2009: „Hessische NPD wählte Kandidaten für die Bundestagswahl“

Die Jahreshauptversammlung der Wetterauer NPD bestätigte im **Sommer 2009** Daniel Lachmann als Kreisvorsitzender. Er trat ohne Gegenkandidat an. Auch sein Stellvertreter Stefan Jagsch blieb im Amt.[107]

Bürgermeisterwahl in Büdingen 2009

Bei der Bürgermeisterwahl in Büdingen **2009** stellte die NPD erstmals einen eigenen Kandidaten. Diesmal war es der Frankfurter Stadtverordnete und neue hessischen NPD-Landesvorsitzende Jörg Krebs. Gleichzeitig war er hessischer Spitzenkandidat der NPD bei den parallel stattfindenden Bundestagswahlen.[108]

Im Rahmen des Wahlkampfes plante die NPD auch, die „Willi-Zinkann-Halle" in Büdingen anzumieten. Die Reservierung durch Daniel Lachmann wurde jedoch von Seiten der Stadt Büdingen storniert, da nicht wie angemeldet der „Kreisverband Wetterau", sondern die NPD als Gesamt-Partei tatsächlicher Veranstalter sei und somit die „Verwaltung getäuscht" worden wäre. Auswärtige Nutzer, wie es die Gesamt-Partei ja sei, hätten die doppelte Benutzungsgebühr an die Stadt entrichten müssen.

Schließlich einigte man sich doch noch auf einen möglichen Veranstaltungstermin im September. Dafür wurde seitens des Betreibers jedoch eine Kaution in Höhe von 10.000 € verlangt, da „mit Schäden am Gebäude sowie am Mobiliar" zu rechnen sei. Da kein Zahlungseingang der Kautionssumme verbucht werden konnte wurde der Termin schließlich für nichtig erklärt.

Der verhinderte Mieter der Halle Lachmann schrieb daraufhin den Betreibern einen Brief in denen er ihnen vorwarf, die Forderung einer solchen Kaution sei „ein antidemokratischer Akt sondergleichen".

„Sicherlich hätten Sie in der DDR für solch eine Leistung öffentlich einen Orden verliehen bekommen" (…) „Wir werden uns Gehör bei den Wählerinnen und Wähler verschaffen und die Fehler des Systems aufzeigen. Auch werden wir bei allen künftigen politischen Veranstaltungen in der Stadthalle präsent sein."[109]

Auch die Berichterstattung der regionalen Presse hierüber konterte Lachmann mit einem Leserbrief, in dem er klarstellte: „Ich möchte noch darauf hinweisen, dass ich künftig öffentlich in einem angemessen Ton bezeichnet werden möchte. Anstatt „NPD-Mann Lachmann" heißt es korrekt „NPD-Stadtverordneter Lachmann"."[110]

Nach der Wahl legte der schließlich gescheiterte Kandidat Jörg Krebs Einspruch gegen die Gültigkeit der Bürgermeisterwahl ein, da er „aufgrund einer überhöhten Kautionsforderung für die Büdinger Stadthalle nicht ausreichend für seine Person werben konnte". Die Forderung habe die Wahlveranstaltung „faktisch verhindert". Der Einspruch wurde vom Stadtparlament

[107] Homepage der NPD-Wetterau vom 02.07.2009: „NPD-Wetterau wählt neuen Vorstand"
[108] Homepage der NPD-Wetterau vom 29.05.2009: „NPD tritt erstmals zur Bürgermeisterwahl in Büdingen an"
[109] Homepage der NPD-Wetterau vom 27.07.2009: „Stadt Büdingen verweigert NPD die Nutzung der Stadthalle im Bürgermeisterwahlkampf"
[110] Homepage der NPD-Wetterau vom 07.08.2009: „Schreiben an den Kreis-Anzeiger"

zurückgewiesen.[111] Daraufhin klagte Krebs gegen die Gültigkeit der Bürgermeisterwahl vor dem Verwaltungsgericht in Gießen.[112]

Agitationsfeld Islamfeindlichkeit – Demonstrationen in Friedberg und Nidda 2009

Bereits auf der Gründung des NPD-Ortsverbandes in Friedberg/Bad Nauheim im Juni 2008 kündigte der frisch gewählte Vorsitzende Björn Einig an, „Aktionen gegen die Islamisierung der beiden Städte“ und ein „Flugblatt gegen den Moscheebau und gegen die schleichende Überfremdung“ zu entwickeln.[113] Tatsächlich sollte das Thema Islamfeindlichkeit die Agenda der NPD in der Wetterau für die nächsten Monate bestimmen.

So wurden unter anderem im Umfeld einer Info-Veranstaltung zum Thema „Islam und Integration“ der Ahmadiyya Gemeinde in Nidda **Anfang September 2008** von einigen NPD-Mitgliedern, darunter auch die Kreistagsabgeordneten der NPD Daniel Lachmann und Stefan Jagsch, Flugblätter „mit verschwiegenen Fakten über die Ahmadiyya Gemeinde“ an die beim Veranstaltungsort parkenden Autos gesteckt. Als die NPDler sich dann in die Veranstaltung begeben wollten, wurde ihnen ein Hausverbot erteilt.[114]

Am **7. September 2008** verteilten NPD-Aktivisten auf dem Herbstmarkt in Nidda Flugblätter mit den angeblich „verschwiegenen Fakten“ über die Ahmadiyya Gemeinde.[115]

Für den **1. August 2009** schließlich hatte der hessische Landesverband der NPD jeweils eine Demonstration in Friedberg und Nidda angemeldet. Die Doppeldemonstration sollte unter dem Motto „Deutsche wehrt Euch – gegen Islamisierung und Überfremdung!“ stehen und „die Bürgerinnen und Bürger der beiden Städte auf die schleichende Islamisierung unserer hessischen Heimat aufmerksam machen“. Aufhänger war wiederum die geplante neue Moschee in Nidda, gegen deren Bau die NPD bereits am 8. Dezember 2007 eine Demonstration durchgeführt hatte. In Friedberg richtete sich die Demonstration gegen die „Ayasofya-Moschee“.

Demonstrationsversuch in Nidda am 1. August 2009

[111] Homepage der NPD-Wetterau vom 03.02.2010: „Stadtparlament entscheidet über den Einspruch des NPD-Kandidaten zur Gültigkeit der Bürgermeisterwahl“

[112] Homepage der NPD-Wetterau vom 14.04.2010: „NPD-Kandidat Jörg Krebs klagt gegen die Gültigkeit der Bürgermeisterwahl in Büdingen“

[113] Homepage der NPD-Wetterau vom 16.06.2008: „Neuer NPD-Ortsverband in Friedberg - Bad Nauheim gegründet“

[114] Homepage der NPD-Wetterau vom 05.09.2008: „NPD-Abgeordnete wird der Einlass zu Islam-Veranstaltung verweigert“

[115] Homepage der NPD-Wetterau vom 08.09.2008: „Erfolgreiche Flugblatterverteilung beim Niddaer Markt“

BILD FRANKFURT * 3. AUGUST 2009

Friedberg stoppt die Nazis

RECHTSRADIKALE VON BÜRGERN AUSGETRICKST

Morgens auf dem Bahnhofsvorplatz: 1200 engagierte Friedberger stellen sich gegen die Neonazis. Mit einem riesigen 50-m-Banner protestiert auch die Nachbarschaft

FASCHISMUS IST KEINE MEINUNG SONDERN EIN VERBRECHEN

DAS VIDEO ZUR DEMO

www.frankfurt.bild.de

Von MAX SCHNEIDER

Friedberg – Am Ende blieb den Neonazis nur ein knallroter Sonnenbrand auf den Glatzen! Mit einer eindrucksvollen Aktion verhinderten Bürger der Wetterau und die Polizei zwei geplante NPD-Aufmärsche!

10.42 Uhr, Bahnhof Friedberg: An Gleis 11 treffen 180 Rechtsradikale im Sonderzug („Nicht einsteigen") ein. Skinheads, Alt-Nazis und kernige Scheitelträger müssen in ein grünes Polizeizelt und werden penibel auf Waffen und verbotene Tattoos untersucht. Am Vor-

wohner-Stadt gleiches Spielchen: Wieder besetzen Gegendemonstranten („Haut ab") Kreuzungen, wieder gibt's eine Ausweichroute, wieder lehnen die Rechten ab. Immerhin schaffen sie es, 160 m in Viererreihen zu „marschieren"...

Fotos: JÜRGEN MANINKE, MARKUS BOHL

Pressebericht zur verhinderten Doppeldemonstration am 1. August 2009 in Friedberg und Nidda (Bild Frankfurt vom 3. August 2009)

Als Redner wurden im Vorfeld angekündigt: Udo Voigt (NPD-Parteivorsitzender), Jörg Krebs (NPD-Landesvorsitzender in Hessen, Stadtverordneter in Frankfurt a. M.), Mario Matthes (stellv. NPD-Landesvorsitzender in Hessen), Stefan Jagsch (Landesvorsitzender der hessischen Jungen Nationaldemokraten [JN] und Mitglied des Wetterauer Kreistages), Daniel Knebel (Mitglied des hessischen NPD-Landesvorstandes).[116]

[116] Homepage der NPD-Wetterau vom 14.05.2009: „Hessische NPD meldet für den 1. August Demonstrationen in Friedberg und Nidda an"

Die NPD konnte am Tag der Demonstration etwa 180 Rechtsextremisten zur Teilnahme an der Veranstaltung mobilisieren. Sie selbst sprach auf der Internetseite ihres Landesverbandes von 250 Teilnehmern. Mehrheitlich kamen die Teilnehmer aus dem Rhein-Main-Gebiet und Mittelhessen, aber auch aus anderen Teilen Hessens und angrenzenden süddeutschen Bundesländern.

Etwa 150 Meter vom Bahnhof entfernt wurde der Aufzug der NPD in Friedberg von mehreren hundert Gegendemonstranten gestoppt, indem diese die Wegstrecke des NPD-Aufzuges blockierten. Eine vorgeschlagene Routenänderung wurde von dem Anmelder der NPD-Versammlung nicht akzeptiert; er erklärte die Veranstaltung für beendet, nachdem die NPD zuvor eine etwa einstündige Kundgebung mit den Rednern Udo Voigt, Jörg Krebs und Daniel Knebel durchgeführt hatte.

Etwa 150 der 180 rechtsextremistischen Demonstrationsteilnehmer fuhren im Anschluss mit dem Zug nach Nidda, um dort, wie angemeldet, die zweite Demonstration des Tages durchzuführen. In Nidda wurde der Aufzug der NPD ebenfalls unmittelbar am Bahnhof von Gegendemonstranten gestoppt. Auf Grund der erneuten Blockade fuhren die rechtsextremistischen Demonstrationsteilnehmer von Nidda nach Ranstadt, um hier eine Spontandemonstration durchzuführen.[117]

Demonstration in Friedberg 2009 – 2. Versuch

Für den **7. November 2009** meldete die NPD eine weitere Demonstration in Friedberg an. Das Motto lautete diesmal „Demonstrationsfreiheit auch für politisch Andersdenkende“ und sollte eine Reaktion auf die nach Meinung der NPD „rechtswidrig in Friedberg und Nidda verhinderten Willenskundgebungen der Hessen-NPD vom 01. August“ sein.[118]

Zweite Demonstration in Friedberg am 07. November 2009: „Demonstrationsfreiheit auch für politisch Andersdenkende“

An dem Aufmarsch, der auf Grund erneuter Gegendemonstrationen erst drei Stunden stehen blieb und dann auf einer Ausweichroute außerhalb der Innenstadt stattfand, beteiligten sich knapp 100 Rechtsextremisten. Damit blieb die Beteiligung an der Demonstration unterhalb der Erwartungen der Veranstalter. Der damalige NPD-

[117] LFV 2010, S. 95

[118] Homepage der NPD-Wetterau vom 21.09.2009: „Hessische NPD meldet Protestdemo in Friedberg an“

Bundesvorsitzende Voigt war erneut anwesend. Neben ihm sprachen auf der Veranstaltung Jörg Krebs und Daniel Knebel (ebenfalls ein Mitglied des hessischen Landesvorstandes).[119]

Die NPD sprach trotzdem von einem Erfolg.- An der unter den Erwartungen liegenden Teilnehmerzahl waren diesmal die „schlechten Wetterbedingungen“ schuld.[120]

Hessenkongress 2010

Am **27. Februar 2010** führte die hessische NPD in einem Landgasthof in Büdingen Orleshausen erneut einen sogenannten „Hessenkongress“ durch. Ursprünglich wollte man sich in Offenbach treffen. Dort hatten allerdings knapp 250 Menschen gegen das NPD-Treffen demonstriert, so dass die Veranstaltung von den Organisatoren kurzfristig verlegt wurde.

Laut Darstellung der hessischen NPD im Internet, hätten an dem Treffen mehr als 100 Besucherinnen und Besucher teilgenommen. Tatsächlich waren es jedoch deutlich weniger.[121] Ein inhaltlicher Schwerpunkt des „Kongresses“ waren Redebeiträge hessischer NPD-Funktionäre zum äußeren Erscheinungsbild der rechtsextremistischen Szene.

Hierbei bezogen die Redner deutlich gegen „subkulturelle Erscheinungsformen“ Stellung und mahnten ein seriöses Auftreten und „mehr Bürgernähe“ an. Neben den Protagonisten der hessischen NPD trat der Schweizer Rechtsextremist und Holocaustleugner Bernhard Schaub als Redner auf. Er widmete sich in seinem Beitrag der Frage des gesamteuropäischen Kontextes, in welchem der „Kampf der nationalen Opposition“ stehe.[122]

Vor allem das hessische NPD-Landesvorstandsmitglied Daniel Knebel betonte in seiner Rede, „daß es der NPD gelingen müsse, durch ein vollkommen anderes äußeres Erscheinungsbild mehr Bürgernähe für die nationale Opposition zu erzeugen. Subkulturelle Erscheinungsformen seien künftig abzulehnen und jene, die den politischen Kampf als reine "Spaßveranstaltung" ansähen, müßten gnadenlos aus den Reihen der nationalen Opposition entfernt werden.“

Peter Naumann einschlägig Vorbestraft[123] und vormals Parlamentarischer Berater für die NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag forderte, „die Reihen der NPD von solchen Elementen zu "säubern", die durch ein subkulturelles Erscheinungsbild ein weiteres Eindringen der nationalen Weltanschauung in die Herzen des Volkes verhinderten.“[124]

Zu dem für den **26. März 2010** stattfindenden „Mitternachtssport gegen Rechtsextremismus“ kündigte die NPD per Pressemitteilung eine „kritische Begutachtung“ an. Die Zielsetzung der Veranstaltung, Jugendlichen über das Thema Rechtsextremismus – insbesondere im Wetteraukreis –

[119] LfV 2010, S. 95

[120] Homepage der NPD-Wetterau vom 07.11.2009: „NPD-Protestdemo in Friedberg erfolgreich durchgeführt“

[121] LfV 2011, S.89

[122] LfV 2011, S.89

[123] Naumann ist seit langem in der rechtsextremistischen Szene aktiv. Er saß Ende der achtziger Jahre wegen der Herbeiführung eines Sprengstoffanschlages und der Verabredung zu Sprengstoffanschlägen in Haft. Dabei ging es unter anderem um die Sprengung von Fernsehmasten, mit der die bevorstehende Ausstrahlung der Fernsehserie "Holocaust" verhindert werden sollte; http://www.spiegel.de/politik/deutschland/eklat-im-landtag-schlaegerei-in-sachsens-npd-fraktion-a-590006.html, zuletzt eingesehen am 05.10.2014

[124] Homepage der NPD-Wetterau vom 27.02.2010: „NPD-Hessenkongreß 2010 erfolgreich durchgeführt“

zu informieren, wird kritisiert, da man hier versuche, „noch naive Kinder und Jugendliche zu beeinflussen und zu formen“. „Eine eigene Meinung sollen die Kinder und Jugendlichen sich erst gar nicht bilden dürfen“ lautet das Fazit der Rechtsextremisten.[125]

Da auf den Plakaten allerdings angekündigt war, dass „Rechtsextremisten keinen Zutritt zur Veranstaltung“ haben, konnte ein Hausverbot ausgesprochen werden. Die NPD drohte darauf, „wenn nicht möglich sei, dass die NPD-Kreistagsabgeordneten solche Veranstaltungen künftig besuchen können“ müsste „die NPD mit anderen Aktionen derartige Veranstaltungen begleiten“.[126]

Am **25. April 2010** fand erneut eine Delegiertenversammlung der hessischen NPD in der Wetterau statt. Im „östlichen Wetteraukreis“ traf man sich u.a. zur turnusmäßigen Neuwahl des Landesvorstandes. Redner der Veranstaltung war der damalige NPD-Bundesvorsitzende Udo Voigt.

Als stellvertretender Landesvorsitzender wurde erneut Daniel Lachmann gewählt. Beisitzer wurde u.a. Stefan Jagsch.[127]

Am **9. Juni 2010** fand in Butzbach eine Veranstaltung der Antifa-BI mit der Journalistin und renomierten Rechtsextremismus Expertin Andrea Röpke statt. Für die Regionale NPD ein Grund, zu einer Gegenkundgebung unter dem Motto „Gegen Linke Meinungsdiktatur – Frau Röpke bleiben Sie mit ihren Lügen zu Hause“ aufzurufen. Ca. 30 Rechtsextremisten nahmen an der Veranstaltung teil.

Neben dem Versammlungsleiter, Stefan Jagsch, sprachen der „nationale Aktivist und frühere Mitarbeiter der NPD-Fraktion im

Eselsmasken-Aktion am 3. Juli 2010 in Friedberg und Bad Nauheim (Homepage der NPD-Wetterau)

[125] Homepage der NPD-Wetterau vom 25.03.2010: „NPD-Fraktion wird auch dieses Jahr wieder beim Mitternachtssport gegen Rechts anwesend sein“

[126] Homepage der NPD-Wetterau vom 29.03.2010: „NPD-Kreistagsfraktion wird Zutritt verweigert“

[127] Homepage der NPD-Wetterau vom 25.04.2010: „Landesparteitag wählte neuen Landesvorstand für Hessen“

sächsischen Landtag, Peter Naumann“ und der stellvertretende Landesvorsitzende der NPD-Hessen, Daniel Knebel. Schließlich wurde die Veranstaltung wegen eines Auflagenverstoßes[128] aufgelöst. Worauf ca. 18 der Teilnehmer versuchten, in Bad Nauheim eine Spontandemonstration gegen die Auflösung durchzuführen. Auch diese Demonstration wurde aufgelöst.[129]

Am **3.Juli 2010** „trafen sich morgens im Rahmen eines bundesweiten Aktionswochenendes der NPD sechs Nationaldemokraten in Friedberg“. Sie verteilten Flugblätter gegen die „Verschwendungspolitik der Bundesregierung“. Als zusätzlicher „kreativen Charakter“ bezeichnet die NPD in ihrer Erklärung das Tragen von Eselsmasken durch „zwei der jungen Aktivisten“, dazu trugen diese ein Schild mit der Aufschrift „Ich dummer Esel glaube immer noch die Lügen der etablierten Versagerparteien“.[130]

Anschließend verteilten die NPDler Flugblätter in der Fußgängerzone von Bad Nauheim.[131]

Eine weitere „Eselsmasken-Aktionen“ fanden am **10. Juli 2010** in Bad Vilbel und Karben statt.[132]

Bei einer weiteren Veranstaltung zum Themenfeld Rechtsextremismus am **25. August 2010** in Echzell-Gettenau, wiederum mit der Journalistin Andrea Röpke, rief die NPD unter dem Motto „Meinungsvielfalt statt Linksfaschismus“ erneut zu Protesten auf.[133] Die JN konnten etwa 30 Personen mobilisieren.[134]

Banner zur Mobilisierung für eine Kundgebung am 28. August 2010 in Echzell: Informationsveranstaltung gegen Rechtsextremismus wird als „Linksfaschismus“ diskreditiert. (Homepage der NPD-Wetterau)

Bei der Jahreshauptversammlung im **Dezember 2010** wurde Daniel Lachmann erneut ohne Gegenkandidat zum Kreisvorsitzenden gewählt. Stellvertreter wurden wiederum Stefan Jagsch und der Altenstädter Daniel Knebel.[135]

---

[128] es wurde eine auf die Waffen-SS bezogene Parole gebrüllt, Frankfurter Rundschau vom 08.06.2010

[129] Homepage der NPD-Wetterau vom 09.06.2010: „JN führt Kundgebung in Butzbach und eine Spontandemonstration in Bad Nauheim durch“; LfV 2011, S. 91; Frankfurter Rundschau vom 08.06.2010

[130] Die Eselsmaskenaktionen haben eine lange Tradition in der Rechtsextremen Szene der Bundesrepublik. Vermutlich zu ersten Mal wurden sie im Sommer 1978 in Hamburg durchgeführt. Damals ging eine Gruppe junger Männer um den Neonaziführer Michael Kühnen, mit Lederjacken und Stahlhelmen bekleidet, mit Eselsmasken und von Hand gemalten Schildern durch Hamburg. Auf den Schildern stand „Ich Esel glaube immer noch, dass in deutschen KZ Juden vergast wurden“.

[131] Homepage der NPD-Wetterau vom 04.07.2010: „Aktion gegen etablierte Politversager in Friedberg und Bad Nauheim erfolgreich durchgeführt“

[132] Homepage der NPD-Wetterau vom 10.07.2010: „Weitere Esel-Aktion in Bad Vilbel und Karben mit großem Zuspruch der Deutschen Einwohner durchgeführt“

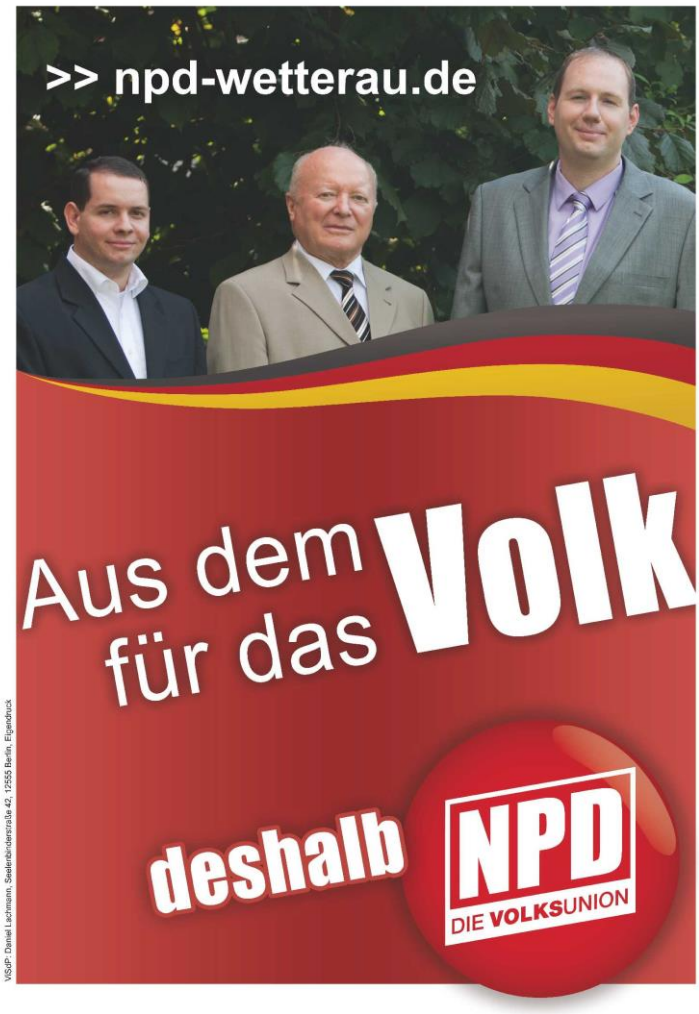
[133] Homepage der NPD-Wetterau vom 25.08.2010: „Meinungsvielfalt statt Linksfaschismus“

[134] LfV 2011, S. 91

[135] Homepage der NPD-Wetterau vom 09.12.2010: „Wetterauer Nationaldemokraten führten Jahreshauptversammlung durch“

Kommunalwahl 2011

Den Auftakt für die Wahl des Kreistages bildete eine „Wahlkampfauftakt-Veranstaltung“ in Büdingen am 19. Dezember 2010. Als Redner sprachen: Der Wetterauer NPD-Vorsitzende Daniel Lachmann und seine beiden Stellvertreter Stefan Jagsch und Daniel Knebel. Dazu Grußworte von dem Vorsitzenden der Wetterauer Kreistagsfraktion Volker Sachs und dem NPD-Landesvorsitzenden Jörg Krebs. Der damalige Fraktionsvorsitzende der NPD in Sächsischen Landtag, Holger Apfel, sollte ebenso sprechen, wie der Landesvorsitzende der NPD im Saarland Frank Franz, welcher aber nicht kam. Dazu sang Liedermacher „Fylgien“.[136]



„Aus dem Volk“: Kandidaten der NPD Wetterau für die Kommunalwahl 2011 (Homepage der NPD-Wetterau)

Insgesamt fanden schließlich ca. 70 (nach NPD-Angaben 100) Besucher den Weg in die Willi-Zinnkann-Halle in Büdingen.[137]

Die Anzahl der Kandidaten für die Kommunalwahl lag deutlich unter der von 2006. Erklärt wurde dies nicht mit der geringer werden Mobilisierungsfähigkeit der NPD nach dem Weggang von Marcel Wöll, sondern damit, dass man sich „nicht mit einer zeitaufwendigen Kandidatensuche aufhalten, sondern schon in der eingesparten Zeit (…) auf Verteilaktionen und andere organisatorische Aufgaben konzentrieren wolle“. Angeführt wurde die Liste von Daniel Lachmann und Volker Sachs.[138]

Mit einem landesweiten Ergebnis von 0,4% erreichte die NPD schließlich das gleiche Ergebnis wie bei den Kommunalwahlen im Jahr 2006. Auch wenn sie einzelne Mandate in der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung, in den Kreistagen des Lahn-Dill-Kreises, des Wetteraukreises sowie erstmals des Main-Kinzig-Kreises und in mehreren Stadt- und Gemeindeparlamenten errang, stellen diese Ergebnisse tatsächlich lediglich Minimalerfolge dar. Insgesamt verringerte sich die Zahl der

[136] Homepage der NPD-Wetterau vom 14.12.2010: „NPD führt Wahlkampfauftakt-Veranstaltung in Büdingen durch“

[137] http://www.fr-online.de/rhein-main/kommunalwahlkampf-schlappe-fuer-npd,1472796,5028498.html, zuletzt eingesehen am 05.10.2014; Homepage der NPD-Wetterau vom 20.12.2010: „Gelungener Wahlkampfauftakt der NPD in Büdingen“

[138] Homepage der NPD-Wetterau vom 15.12.2010: „Mitglieder wählen Kandidatenliste zur Kreistagswahl“

Mandate von bisher 18 auf elf. Außerhalb der ihr verbliebenen „Hochburgen“ Wölfersheim und Leun (Lahn-Dill-Kreis) erzielte die NPD überwiegend nur niedrige einstellige Prozentwerte.[139]

In einer Rede von Lachmann auf der Kreisverbandssitzung **September 2011** erklärte er, warum der Ausgang der Wahl für die NPD so ernüchternd gewesen sei:

Der „Verlust zweier Mandate im Kreistag und in der Gemeindeversammlung in Wölfersheim [komme] (…) durch den Rückgang der Wählerstimmen bei der Kommunalwahl im März, welche sehr geprägt war durch einen Unfall in einem Atomreaktor in Japan. Aber auch (…) die jahrelange Hetze und Verunglimpfungen durch die Medien gegen die NPD und allen nationaldenkenden Deutschen haben ihre Spuren bei den Bürgerinnen und Bürgern hinterlassen.“[140]

NPD-Funktionär auf „Bürgerliste“ in Büdingen-Wolf

Zur Wahl des Ortsbeirates am 27. März 2010 im Büdinger Stadtteil Wolf trat, wie auch schon bei der vorangegangenen Wahl, eine Gemeinschaftsliste an. Auf dieser fanden sich der neben Kandidaten von Freien Wählern und einem SPD-nahen Bewerber auch der hessische NPD-Landesgeschäftsführer und Kreisvorsitzende Daniel Lachmann. Diese sogenannte „Bürgerliste“ wurde in einer Bürgerversammlung aufgestellt. Lachmann kam auf den letzten Platz.[141]

Auf die Kritik an dieser gemeinsamen Liste wurde teilweise mit Unverständnis reagiert. Von der pragmatischen Sichtweise, durch eine gemeinsame Liste mit Rechtsextremen könne man sie „kaltstellen“ weil sie sonst „gute Chancen gehabt [hätten], in den Ortsbeirat einzuziehen“[142] über die Auffassung „so lange die Partei nicht verboten sei, müsse man sie als demokratische Partei akzeptieren“[143] bis zu offener Sympathie „so lange die in der Sache nichts anzetteln, kann ich mit denen arbeiten“ und „gelegentlich stelle die NPD durchaus vernünftige Anträge“[144] [145] reichten dabei die Meinungen. Schließlich habe es auch schon bei der Wahl 2006 eine solche Liste gegeben.

Vor allem von Außerorts gab es allerdings heftige Kritik von Seiten aller demokratischen Parteien an der aufgestellten Liste.

---

[139] LfV 2012, S. 69

[140] Homepage der NPD-Wetterau vom 15.09.2011: „Wetterauer NPD führte Jahreshauptversammlung durch“

[141] http://www.fr-online.de/rhein-main/bad-vilbel/npd-funktionaer-auf--buergerliste-/-/1472868/7171682/-/index.html, zuletzt eingesehen am 10.02.2011

[142] http://www.fr-online.de/rhein-main/bad-vilbel/npd-funktionaer-auf--buergerliste-/-/1472868/7171682/-/index.html, zuletzt eingesehen am 10.02.2011

[143] http://www.fr-online.de/rhein-main/bad-vilbel/npd-funktionaer-auf--buergerliste-/-/1472868/7171682/-/index.html, zuletzt eingesehen am 10.02.2011

[144] http://www.kreis-anzeiger.de/lokales/wetteraukreis/buedingen/10203679.htm, zuletzt eingesehen am 10.02.2011

[145] diese Sympathiebekundung brachte dem Erklärer, gleichzeitig Mitglied im Wetterauer Kreistag, seinen Ausschluss aus seiner dortigen Fraktion ein, http://www.fr-online.de/rhein-main/bad-vilbel/fwg-fraktion-schliesst-mitglied-aus/-/1472868/7178522/-/index.html, zuletzt eingesehen am 10.02.2011

Bei den Vorstandswahlen der Wetterauer NPD im **September 2011** wurde Daniel Lachmann erwartungsgemäß erneut zum Kreisvorsitzenden gewählt. Auch die beiden Stellvertreter Daniel Knebel und Stefan Jagsch wurden bestätigt.[146]

Am **22.10.2011** führten ca. 20 Aktivisten der NPD einen Infostand in Bad Nauheim durch., anschließend wurden Flugblätter zur „Raus aus dem Euro“ auf den Wochenmärkten in Friedberg und Butzbach verteilt.[147]

Bürgermeisterwahl in Altenstadt 2012

Bei der Bürgermeisterwahl in Altenstadt plante die NPD wiederum mit einem eigenen Kandidaten anzutreten. Gewählt wurde vom Ortsverband Altenstadt-Limeshain der damalige stellvertretende NPD-Landesvorsitzende und stellvertretende Kreisvorsitzende, Daniel Knebel.[148] Am 30.01.2012 wurde er vom Wahlausschuss als Bürgermeisterkandidat zugelassen.[149]

Der Bürgermeisterkandidat der NPD verteilt Werbematerial im Wahlkampf (Homepage der NPD-Wetterau)

Ein vermeintlich taktischer Schachzug im Vorfeld der Bürgermeisterwahl war ein offener Brief vom 27.02.2012, den NPD-Kandidat Knebel an den amtierenden Bürgermeister Norbert Syguda (SPD) geschrieben hatte. Darin bat er um eine Podiumsdiskussion, vorgeblich um „den Wählerinnen und Wählern in Altenstadt einen transparenten Wahlkampf zu bieten“

Die erwartungsgemäße Nicht-Reaktion versuchte die NPD propagandistisch auszuschlachten. Man wäre „nicht im Stande (…) eine Diskussion mit einem NPD-Herausforderer zu führen“ und bemüht, „unbequeme Meinungen auszuschließen“.[150]

Am **03.03. 2012** hatte die NPD im Rahmen der Bürgermeisterwahl in Altenstadt ein Infostand in Altenstadt durchgeführt.[151]

---

[146] Homepage der NPD-Wetterau vom 15.09.2011: „Wetterauer NPD führte Jahreshauptversammlung durch“
[147] Homepage der NPD-Wetterau vom 22.10.2011: „Raus aus dem Euro - Erfolgreicher Aktionstag in der Wetterau“
[148] Homepage der NPD-Wetterau vom 07.11.2011: „Daniel Knebel als Bürgermeisterkandidat für Altenstadt nominiert“
[149] Homepage der NPD-Wetterau vom 31.01.2012: „Knebel zur Bürgermeisterwahl am 01.04.2012 zugelassen“
[150] Homepage der NPD-Wetterau vom 12.03.2012: „Bürgermeister Norbert Syguda geht nicht auf offenen Brief ein“

Für den **24.03.2012** lud sie dann zu einer „Saalveranstaltung“ nach Altenstadt-Waldsiedlung ein. „Alle Bürgerinnen und Bürger“ seien zu „einem hochkarätigem Rednerprogramm“ (sic!) mit musikalischem Programm eingeladen.[152]

Vor der „Saalveranstaltung“ fand in den gleichen Räumlichkeiten der hessische NPD Landesparteitag statt. Der neu in die Wetterau zugezogene NPD-Aktivist und Altenstädter Bürgermeisterkandidat Daniel Knebel wurde von den rund 80 Delegierten[153] zum neuen Landesvorsitzenden gewählt. Zwei seiner drei Stellvertreter, Daniel Lachmann, Stefan Jagsch kommen ebenfalls aus dem Kreis.

Zum „öffentlichen“ zweiten Teil der Veranstaltung, kamen nach NPD Angaben rund 100 Besucher. Auf dem Programm standen u.a. der stellv. Parteivorsitzende Karl Richter, der Mitarbeiter der NPD-Landtagsfraktion in Mecklenburg-Vorpommern Peter Marx und der „Liedermacher Nico“.[154]

Daniel Knebel erreichte bei der Wahl zum Bürgermeister in Altenstadt schließlich 2,6 % der Stimmen. Er wurde hier von 109 Menschen gewählt. Das beste Ergebnis konnte er mit 25 Wählern und 4 % der Stimmen im Ortsteil Altenstadt-Waldsiedlung erzielen.

Parteitag 2012 in Büdingen

Der Landesparteitag der hessischen NPD 2012 fand **Mitte September 2012** in Büdingen statt. Dort wurden auch die Kandidatenlisten für die anstehende Landtags- und Bundestagswahl bestimmt. Die Wetterauer NPD war auf der Kandidatenliste zur Landtagswahl durch den Landesvorsitzenden Daniel Knebel auf Listenplatz 1 und Daniel Lachmann und Stefan Jagsch auf den Plätzen drei und vier vertreten. Die Landesliste zur Bundestagswahl bestand u.a. aus dem Wetterauer Kreistagsmitglied Volker Sachs auf Platz zwei.

Redner auf dem Parteitag waren der damalige Parteivorsitzende Holger Apfel und der NPD-Landesvorsitzenden von Hessen Daniel Knebel. Nach Parteiangaben erschienen 60 Teilnehmer.[155]

Am **3. Oktober 2012** fanden während des „Tag der offenen Moschee“ Kundgebungen der NPD in der Nähe von Moscheen in Friedberg und Bad Vilbel statt. Der damalige hessische NPD-Landesvorsitzende Daniel Knebel und der ehemalige hessische JN-Landesvorsitzende Martin Braun waren die Redner, insgesamt nahm nur ein knappes Dutzend Rechtsextremisten an den Kundgebungen teil. [156]

„In gemütlicher Atmosphäre“ fand am **9. Dezember 2012** die Weihnachtsfeier der hessischen NPD in der Wetterau statt. Referent war der langjährige rechtsextreme Aktivist Wolfgang Juchem als

---

[151] Homepage der NPD-Wetterau vom 03.03.2012: „Infostand zur Bürgermeisterwahl in Altenstadt“

[152] Homepage der NPD-Wetterau vom 19.03.2012: „Öffentliche Saalveranstaltung der NPD zur Bürgermeisterwahl“

[153] LfV 2012, S. 84

[154] Homepage der NPD-Wetterau vom 25.03.2012: „Daniel Knebel ist neuer hessischer NPD-Landesvorsitzender“

[155] Homepage der NPD-Wetterau vom 22.09.2012: „Hessische NPD führt Landesparteitage mit Aufstellung der Kandidaten zur Landtags- und Bundestagwahl in Büdingen durch“; LfV 2013, S. 84

[156] Wetterauer Zeitung vom 04.10.2012; Homepage der NPD-Wetterau vom 03.10.2012: „Anti-Islamisierungskundgebungen der Hessen-NPD in Friedberg und Bad Vilbel“

Repräsentant der "Aktion Freies Deutschland". Danach ließen die Anwesenden „bei Kerzenschein, selbstgemachten Plätzchen und Stollen den schönen Nachmittag gemeinsam ausklingen“.[157]

Im Jahr **2013** waren die Aktivitäten der NPD deutlich zurückgegangen. Außenwirkung erreichte sie erst wieder im Wahlkampf zu anstehenden Bundestags- und Landtagswahl.

Am **12.09.2013** fanden im Rahmen der sogenannten „Deutschlandfahrt“ der NPD eine Wahlkampfkundgebung in Friedberg und am 14.09.2013 eine solche in Butzbach statt.[158]

Den 15 Rechtsextremen mit ihrem damaligen Bundesvorsitzenden Holger Apfel als Redner standen jeweils ca. 150 Gegendemonstranten gegenüber.[159] Am Abend war für den Ortsteil Büdingen-Orleshausen eine interne Parteiveranstaltung mit “Prominenz” in einem Landgasthof angekündigt, zu der etwa 30 Rechtsextremisten gekommen waren.[160]

Bei der im **Januar 2014** stattfinden Landratswahl im Wetteraukreis und der Bürgermeisterwahl in Wölfersheim trat die NPD schließlich wieder mit eigenen Kandidaten an.[161]

Bei der Landratswahl erhielt der NPD-Kandidat Stefan Jagsch 2,0% der Stimmen[162]. Bei der Bürgermeisterwahl in Wölfersheim erhielt der NPD-Kandidat Daniel Lachmann 4,3% der Stimmen.[163]

Auftakt zum Wahlkampf für die Europawahl 2014 war eine „Rednerveranstaltung“ am **31. März 2014** in den schon mehrfach erwähnten Landgasthof in Büdingen-Orleshausen, zu der nach Parteiangaben 60 Personen erschienen waren. Die tatsächliche Teilnehmerzahl dürfte laut Beobachtern eher 30 betragen haben. Die Eröffnungsrede hielt der derzeitige Landesvorsitzende Stefan Jagsch in der er das Wahlkampfkonzept der NPD zur Europawahl vorstellte. Es folgte eine Rede des stellvertretenden Landesvorsitzenden der NPD-Bayern, Sascha Roßmüller, über „die Politik der EU“ und „musikalische Begleitung“ des Liedermachers „Fylgien“.[164]

---

[157] Homepage der NPD-Wetterau vom 09.12.2012: „Weihnachtsfeier der NPD-Hessen“

[158] Ziel der „Deutschlandfahrt“ waren über mehrere Wochen Städte im gesamten Bundesgebiet, die in einer Rundreise mit meist ein oder zwei Stationen pro Tag besucht wurden. Hier fanden dann ca. ein bis zweistündige Kundgebungen statt, regelmäßig begleitet durch lautstarke Proteste. Der Tross der NPD bestand aus einem alten Lastwagen mit NPD-Schriftzug (von der NPD als „Flaggschiff“ bezeichnet) und ein oder zwei Kleinbussen, insgesamt um die zehn Personen festes Personal mit wechselnden Rednern aus der Bundesprominenz der NPD.

[159] http://www.fr-online.de/vilbel--/wetterau-pfeifen-und-troeten-gegen-nazis,1472868,24303444.html, zuletzt eingesehen am 05.10.2014

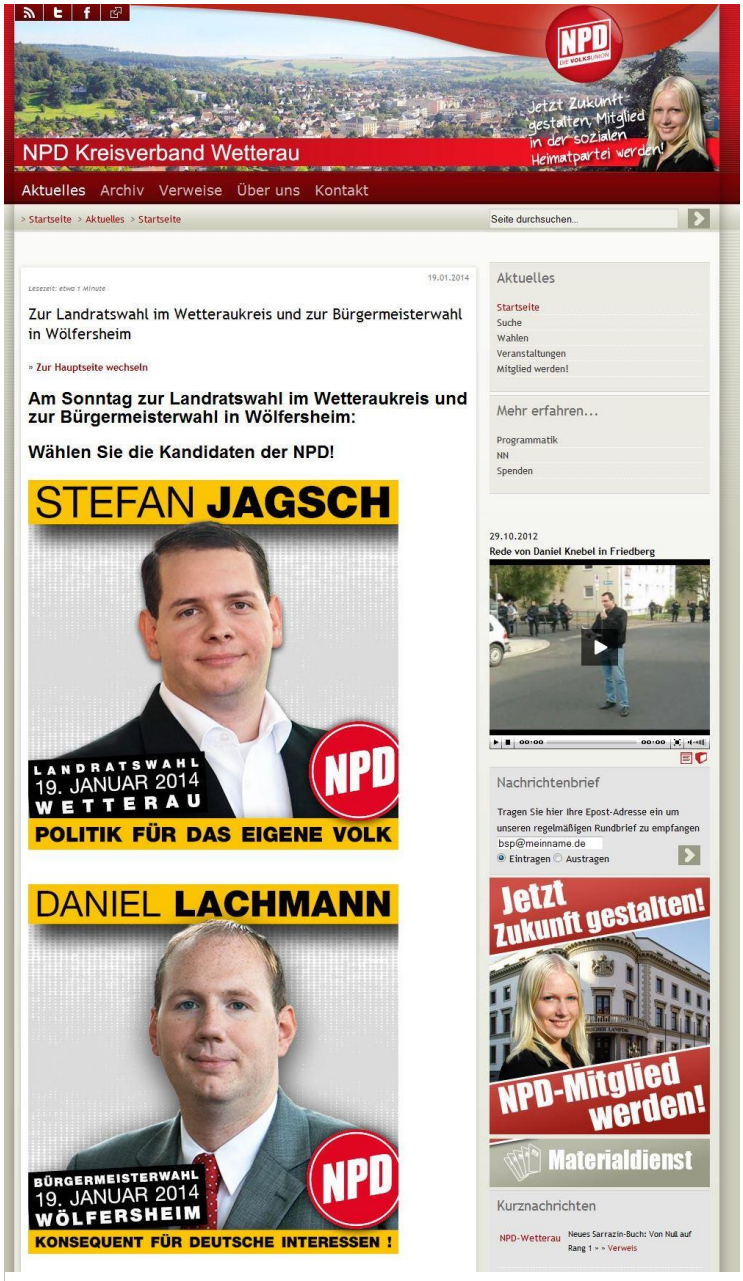
[160] Homepage der Antifa-BI vom 13.09.2013: „Samstag: Die NPD in der Wetterau – Butzbach und Büdingen“

[161] Homepage der NPD-Wetterau vom 19.01.2014: „Zur Landratswahl im Wetteraukreis und zur Bürgermeisterwahl in Wölfersheim“

[162] http://www.fr-online.de/rhein-main/joachim-arnold-bleibt-landrat-im-wetteraukreis,1472796,25933928.html, zuletzt eingesehen am 05.10.2014

[163] http://www.fr-online.de/rhein-main/spd-kandidat-koetter-bleibt-buergermeister-in-woelfersheim,1472796,25933440.html, zuletzt eingesehen am 05.10.2014

[164] http://www.npdhessen.de/index.php/menue/24/thema/939/id/2772/anzeigemonat/04/anzeigejahr/2014/infotext/Erfolgreiche_Auftaktveranstaltung_der_hessischen_NPD_zur_Europawahl/Aktuelles.html, zuletzt eingeshen am 03.05.2014



Kandidaten für die Landratswahl und die Bürgermeisterwahl in Wölfersheim 2014 (Homepage der NPD-Wetterau)

Ausblick

Die NPD ist in der Wetterau auch heute noch deutlich aktiver als in den meisten anderen Landesteilen. Aber die Schwäche der Partei in Hessen und auch bundesweit ist auch hier spürbar geworden. Führungs-streitigkeiten, Personalquerelen aber auch die Unsicherheiten über den zukünftigen Kurs der Partei und das drohende Verbotsverfahren haben nahezu zu einem erliegen der Parteiaktivitäten in Hessen geführt.

In der Wetterau ist dabei allerdings noch ein Personenpotential vorhanden, das neben einem knappen Dutzend Aktivisten auch ein nicht zu unterschätzendes Umfeld bietet. Dieses könnte bei Überwindung der o.g. Schwierigkeiten schnell wieder mobilisierbar sein. Schließlich hat der Wetteraukreis für die hessische NPD eine wichtige Bedeutung. Nicht nur die historisch gewachsene, einst starke Struktur der NPD und die zentrale Lage in Hessen als Aufmarsch und Versammlungsort spielen eine wichtige Rolle. Auch hat eine große Zahl der hessischen NPD Aktivisten zumindest einen zeitweiligen persönlichen Bezug in die Wetterau.

Aktivitäten der NPD im Kreistag

Seit **März 2001** ist die NPD im Wetterauer Kreistag vertreten. Mit einem Ergebnis von 3,3% konnte sie sich zwar nur leicht gegenüber den vorhergegangenen Wahlen steigern. Da aber bei dieser Wahl keine 5%-Hürde mehr zu überspringen war, schaffte die NPD den Einzug in Fraktionsstärke (3 Mandate).

Landkreise	%		Sitze	
	2001	1997	2001	1997
Wetterau	3,3	3,1	3	-

Broschüre LfV 2001, S. 17

Bei den Kommunalwahlen 2006 erreichte sie mit 3,6% der abgegebenen Stimmen ebenfalls drei Sitze. 2011 fiel sie auf 2,5%, was einen Sitz weniger bedeutete.

Wie andernorts auch zu beobachten, nutzt die NPD ihre Mandate auch in der Wetterau vielfach, um sich öffentlich als „Kümmerer“ oder als Sprachrohr einer angeblich „schweigenden“ oder „verblendeten“ Mehrheit darzustellen.[165] Vor allem aber geht es ihr darum, Aufmerksamkeit zu erregen und so öffentlich wahrgenommen zu werden. Der sogenannte „Kampf um die Parlamente“ ist zentraler Bestandteil der politischen Strategie der NPD. Zusammenfassen beschrieben ist er in einer Untersuchung über die Rolle der NPD in den Kommunalparlamenten in Rheinland-Pfalz, deren Strategische Überlegungen durchaus übertragbar sind:

> „Der „Kampf um die Parlamente“ dient dazu, über den Einzug in die verschiedenen Volksvertretungen an gesellschaftlicher Relevanz zu gewinnen. Wahlkämpfe stellen eine Möglichkeit dar, neonazistisches Gedankengut zu verbreiten, und dienen als Bühne zur Vermittlung von Inhalten. Dabei wird vielfach zielgerichtet Stimmung gegen Migrant_innen gemacht. Durch Wahlkampfkostenerstattung oder Mittel der Parlamentsfraktionen bessert die Partei außerdem ihre Finanzen wesentlich auf.“[166]
>
> Wichtiges Instrument ist das Mittel der Provokation und des inszenierten Skandals, das auch in der Wetterau immer wieder zum Einsatz kommt. Dass dies kein Einzelfall ist, zeigt ein Ergebnis der oben genannte Studie: „Die Strategie der NPD zielt jedoch nicht auf Profilierung

[165] „Trotzdem bemühen sich die Nationaldemokraten, stets bürgernah und bodenständig daherzukommen, das Lokalkolorit zu betonen und sich der Nöte der „kleinen Leute“ zu befleißigen, so dass sozialpopulistische Leitmotive bei der Themenauswahl klar dominieren. Die sporadischen Beiträge erschöpfen sich aber nicht in diesem einen Bereich, sondern decken normalerweise eine stattliche Bandbreite ab. So gibt man zum Teil ausgiebige Stellungnahmen zu Interna wie Satzungsänderungen und Tagesordnungen ab und greift auch Nischenfragen wie Infrastrukturprojekte, Tourismus und Naturschutz auf. Prinzipiell scheint entscheidend zu sein, Probleme vor den anderen Parteien zu erkennen, für sich einzunehmen und symbolpolitisch aufzuladen – was später einmal daraus wird, erweist sich wiederum als sekundär.“ Missy 2013, S. 433

[166] Caballero/Diehl 2014, S. 15

durch konstruktive parlamentarische Arbeit – zumal sie Parlamente ideologisch ohnehin eher ablehnt –, sondern auf den propagandistischen Nutzen.“[167]

Verschiedene Facetten der parlamentarischen „Arbeit“ der NPD fallen dabei besonders auf. Sie lassen sich anhand von Beispielen zeigen:

1) Beantragung sachfremder Themen

Dabei werden häufig bundespolitische Themen instrumentalisiert, die fernab der kommunalen Verantwortung liegen. Werden diese dann durch Mehrheitsbeschluss nicht behandelt, sieht die NPD regelmäßig die Demokratie in Gefahr.

Beispiel sind etwa die Anträge vom Sommer 2006, dass sich der Kreistag in zwei Anträgen:

- „für eine sofortige Auflösung des US-KZ auf Guantanamo, in dem seit Jahren über 500 Nicht-Amerikaner ohne Anklage, ohne das Recht auf Verteidigung und unter menschenunwürdigen Umständen inhaftiert sind“
- „gegen eine Entsendung deutscher Soldaten in den Kongo“

aussprechen sollte[168]

2) Gezielte Provokation

Oft werden Anträge bewusst so formuliert, dass sie entweder beleidigend wirken, den Staat verächtlich machen oder die Demokratie als solche in Frage stellen. Manchmal wird dies aber auch erst in mündlicher Begründung getan, was durch die folgende emotionale Empörung der demokratischen Vertreter den Eklat noch größer werden lässt:

Beispielhaft ist hierfür ein Antrag ebenfalls aus dem Jahr 2006:

„Die Stadtverordnetenversammmlung (sic!) möge beschließen, dass auf sämtlichen öffentlichen Versammlungen der Stadt Butzbach zum Ausklang das Lied der Deutschen in allen 3 Strophen gespielt und gesungen wird.

Begründung: In einer Zeit der Überfremdung, sowie der Kultur und Identitätslosigkeit, sollte die Stadt Butzbach mit gutem Beispiel voran gehen und alte Traditionen pflegen.“[169]

Mündlich begründet wurde dieser Antrag dann mit der „Verwahrlosung unserer Kultur“[170] dem das Absingen aller drei Strophen entgegenwirken würde. Die Rede vom „Schuldkult den Juden gegenüber“, der Vorwurf „nur an den eigenen Profit und an das eigene kleine Dasein zu denken“ und

[167] Caballero/Diehl 2014, S. 5

[168] Homepage der NPD-Wetterau vom 27.06.2006: „Wieland seltsames Demokratieverständnis“

[169] Antrag zur Butzbacher Stadtverordnetenversammlung am 16.11.06; Homepage der NPD-Wetterau vom 04.12.2006: „Antrag der NPD in Butzbach“

[170] Homepage der NPD-Wetterau vom 04.12.2006: „Antrag der NPD in Butzbach“

„vaterlandslose Gesellen [zu sein], die über Straßen und Radwege debattieren“ vollendet den EKlat.[171]

Das der Versuch, das rechtlich zulässige bis zum Maximum auszuschöpfen und sich an der Grenze des Strafbaren zu bewegen manchmal misslingt, zeigen die Äußerungen von Marcel Wöll im Kreistag aus dem März 2007.

Wöll hatte als Mitglied des Wetterauer Kreistages in dessen Sitzung am 14. März 2007 in seiner Rede zum Haushalt gefordert, die Kreisverwaltung solle die Zuschüsse für Schülerfahrten „zu Stätten des so genannten nationalsozialistischen Terrors, also Gehirnwäsche für Schüler“ streichen. Daraufhin wurde er vom Amtsgericht Friedberg zu vier Monaten Haft wegen Volksverhetzung verurteil.[172]

Im Januar 2011 berichtet die NPD von ihrer Ablehnung, weiterhin Bildungsfahrten für Schulklassen nach Auschwitz zu fördern:

Der NPD-Fraktionsvorsitzende Volker Sachs und der Abgeordnete Stefan Jagsch (…) verwiesen in ihren Gegenreden darauf „dass es derzeit sicherlich wichtigere Probleme zu lösen gibt, als die Wetterauer Schülerinnen und Schüler nach Auschwitz zu schicken (…).“ Jagsch führte weiter aus, „dass im Schulunterricht doch eher zeitnahe Verbrechen der US-Kriegstreiber in Afghanistan oder dem Irak behandelt werden sollten. Auch wären die Verbrechen des Staates Israel an den Palästinensern ein interessantes Unterrichtsthema oder die weltweiten Morde des israelischen Geheimdienstes Mossad.“ „…die Mehrheit des deutschen Volkes hat kein Interesse daran, dass für solche Fahrten weiter Steuergelder hinausgeworfen werden“[173]

3) Tatsachenverdrehende Unterstellung bei Ablehnung von NPD Anträgen

Die gemeinsame Haltung der demokratischen Parteien, NPD Anträge ohne Rücksicht auf ihren Inhalt abzulehnen, nutzt die NPD ihrerseits für Propaganda. Regelmäßig wird unterstellt, dass es bei der Ablehnung um Inhalte gegangen wäre, die demokratischen Parteien also das Gegenteil des geforderten unterstützen würden.

Beispielhaft kann das an den folgenden Anträgen gezeigt werden:

- Antrag der NPD-Fraktion am 01.07.2009 auf „Unterstützung des heimat- und volkstreuen Protestes gegen den Bau weiterer Moscheen“. Nach der Ablehnung lautete die Überschrift der Pressemeldung der NPD: „Wetterauer Kreistag spricht sich für weitere Moscheen aus“

- Antrag im September 2009 um „künftig deutsche Aussiedler besser zu ´integrieren´“. Es sollte „unseren Deutschen Volksgenossen aus Russland gezeigt werden, dass sie in unserem Land herzlich willkommen sind.“ Nachfolgende Pressemitteilung der NPD: „Stadtparlament will keine bessere Integration von Deutsch-Russen“[174]

[171] Homepage der NPD-Wetterau vom 04.12.2006: „Antrag der NPD in Butzbach“
[172] LfV 2008, S 83
[173] Homepage der NPD-Wetterau vom 16.01.2011: „Kreistag beschließt weitere teure KZ-Fahrten“
[174] Homepage der NPD-Wetterau vom 20.09.2009: „Stadtparlament will keine bessere Integration von Deutsch-Russen“

4) Beschimpfung und Abwertung demokratischer Parteien

Ein anderes Mittel einen Skandal zu provozieren ist die Beschimpfung oder Verächtlichmachung von demokratischen Politikern und Parteien. An der Grenze zur strafbaren Beleidigung wird über sie gesprochen oder geschrieben:

- „schändlichen Verhaltens der antideutschen Einheitsparteien“[175]
- „die vaterlandslosen Gesellen der selbsternannten „demokratischen“ Parteien“[176]
- „offensichtlich gegen das eigene Volk und dessen Interessen gerichtete Politik der Blockparteien“[177]
- „etablierte Systemfaschisten“[178]
- „etablierte Volksverräter“[179]
- „antideutsche Politik im Parlament“[180]
- „Bonzen im Parlament“[181]

Jüngstes Beispiel einer solchen gezielten Entgleisung ist ein Vorfall aus dem Februar 2013.

Als im Kreistag beantragt wurde, zwei NPD-Anträge von der Tagesordnung zu nehmen, da sie thematisch nicht in diesen passten, hielt Lachmann dazu eine Gegenrede, in der er Landrat Joachim Arnold mit einem NS-Gauleiter verglich.[182]

Die Kreistagsvorsitzende forderte den NPDler umgehend auf, sich zu entschuldigen, was dieser verweigerte. Daraufhin unterbrach sie die Sitzung, um mit ihrer Stellvertreterin und Lachmann das Sechs-Augen-Gespräch zu suchen. Die Bemühung war vergeblich. Bei Wiederaufnahme der Sitzung erteilte sie dem NPD-Mann Saalverbot mit sofortiger Wirkung, was auch für die zwei nächsten Sitzungen wirken sollte.

Lachmann weigerte sich zu gehen, worauf die Sitzung erneut unterbrochen und die Polizei gerufen wurde, um den NDPler aus dem Saal entfernen zu lassen. Inzwischen spannten zwei Jung-Rechtsextreme auf der Zuschauergalerie ein mitgebrachtes Banner auf, was zeigt, dass der Eklat

[175] Homepage der NPD-Wetterau vom 02.07.2009: „Wetterauer Kreistag spricht sich für weitere Moscheen aus“
[176] Ebd.
[177] Ebd.
[178] Homepage der NPD-Wetterau vom 11.06.2008: „Falschinformationen über NPD-Stadtverordneten“
[179] Homepage der NPD-Wetterau vom 05.06.2008: „NPD ist sehr wohl in den Parlamenten aktiv“
[180] Ebd.
[181] Ebd.
[182] http://www.fr-online.de/bad-vilbel/wetterauer-kreistag-npd-chef-sorgt-fuer-eklat,1472868,21694232.html, zuletzt eingesehen am 07.10.2014

offensichtlich geplant war. Noch bevor die Polizei das Kreisgebäude betrat war Lachmann aus dem Sitzungssaal verschwunden.[183]

[183] Frankfurter Rundschau vom 08.02.2013

Juristische Auseinandersetzungen: Klagen von Seiten der NPD

Wird in Erklärungen der NPD die bundesdeutsche Justiz gern als „Gesinnungsjustiz“ verunglimpft[184], nutz die Partei den Klageweg trotzdem recht häufig um zu ihrem, tatsächlichen oder vermeintlichen Recht zu kommen. Auch in der Wetterau hat es in den letzten Jahren eine Reihe von Verfahren gegeben, die von der NPD angestrengt wurden.

Klage gegen Wölfersheimer Bürgermeister wegen Schulhof-CD

Ein Beispiel ist eine Klage, die die NPD-Kreistagsabgeordneten Volker Sachs und Daniel Lachmann im Jahr **2007** gegen den Bürgermeister von Wölfersheim und damaligen SPD-Landratskandidaten Joachim Arnold beim Verwaltungsgericht in Gießen eingereicht hat. „Arnold solle es unterlassen zu behaupten, dass das Verteilen der so genannten Schulhof-CD vor der Singbergschule eine Sondernutzung gewesen sei und hierfür eine Erlaubnis der Straßenbaubehörde vorliegen müsse.“[185]

„Die Behauptungen Arnolds würden zudem den NPD-Abgeordneten unterstellen, in rechtswidriger Weise und gegen geltende Gesetze ihre politische Meinung zu vertreten. Dies stelle überdies eine Beleidigung nach § 185 Strafgesetzbuch dar und sei geeignet, das Ansehen der Kläger in der Öffentlichkeit herabzusetzen.

Schließlich stelle die Androhung Arnolds, im Wiederholungsfall ein Ordnungswidrigkeitsverfahren einzuleiten nach Auffassung der Kläger möglicherweise sogar eine strafbare Nötigung nach § 240 Strafgesetzbuch dar.

Wer weder die in diesem Land geltenden Gesetze noch die Freiheitsrechte unseres Grundgesetzes kenne, sei, so Lachmann, weder als Bürgermeister und schon gar nicht als Landrat geeignet.“ [186]

Allein dieses Statement in der bereitwillig berichtenden Lokalzeitung zu platzieren ist schon ein propagandistischer Erfolg, der das Stellen von dergleichen Anzeigen zu einer erfolgreichen Strategie macht.

„Rechtliche Schritte“ gegen die Grünen wegen „ehrenrührigen Behauptungen“

Ebenfalls im Jahre **2007** wollte die NPD „prüfen, ob sie rechtliche Schritte gegen den Kreisverband der Grünen einleiten wird“.[187] Grund war eine Pressemitteilung der Wölfersheimer Grünen, in der behauptet worden wäre, „die NPD [würde] zum Fremdenhass und zum gewaltsamen Umsturz der Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland aufrufen“. Darin sah die Partei eine „ehrenrührige,

[184] Homepage der NPD-Wetterau vom 09.08.2007: „Gesinnungsjustiz in Deutschland immer dreister“
[185] Homepage der NPD-Wetterau vom 26.09.2007: „NPD verklagt Arnold“
[186] Wetterauer Zeitung vom 28.09.2007
[187] Homepage der NPD-Wetterau vom 11.10.2007: „NPD prüft Klage gegen Grüne“

falsche, mithin strafbare Behauptung, die die Beschuldigten beleidigt, im Ansehen der Öffentlichkeit herabsetzt und schädigt."[188]

Anzeige wegen „Verleumdung" und „übler Nachrede" gegen Justizminister Hahn

Im **Sommer 2009** erstattet Daniel Lachmann u.a. Anzeige gegen den damaligen hessischen Justizminister Hahn. Grund waren mehrere Anträge, die NPD-Fraktion in der März-Sitzung des Wetterauer Kreistages gestellt hatte. Hahn habe in einer Gegenrede zu den Anträgen gesagt, dass die Ausführungen des NPD-Kreistagsabgeordneten in der mündlichen Begründung der Anträge „ungezogen" und „beleidigend" seien. Auch habe er die NPD als „Schande für den Kreistag" bezeichnet. Für die NPD sei dies „ganz klar u.a. eine üble Nachrede und Verleumdung gegen Personen des politischen Lebens".[189]

Anzeige wegen der Bürgermeisterwahl in Büdingen 2009

Zur letzten Sitzung des Stadtparlamentes vor der Bürgermeisterwahl in Büdingen 2009 beantragte der NPD-Abgeordnete Daniel Lachmann ein Verfahren gegen den amtierenden Bürgermeister Spamer wegen des Verdachts auf Amtsmissbrauch bei der Staatsanwaltschaft einzuleiten.

Begründet wurde der Antrag damit, dass anlässlich des Bürgermeisterwahlkampfes die NPD die Will-Zinnkann-Halle für eine Veranstaltung anmieten wollte. Dies sei mit „undemokratischen Tricks" durch den Bürgermeister verhindert worden(es ging um eine Kautionsforderung für die Anmietung der dortigen Willi-Zinnkann-Halle) und somit ein Fall „von Amtsmissbrauch". Die NPD wolle mit der Anzeige „ein klares Zeichen gegen antidemokratisches Handeln" setzen.

Der Antrag wurde erwartungsgemäß vom Büdinger Stadtparlament abgelehnt.[190]

Weil sich die NPD mit der Ablehnung nicht abfinden wollte wurde kurz nach der Ablehnung des Antrages eine Anzeige in gleicher Sache bei der Staatsanwaltschaft eingereicht.[191]

Erst eine ganze Zeit nach der Wahl, im Februar 2010 erging die Antwort der Staatsanwaltschaft. Die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens wegen des Verdachts auf Amtsmissbrauch gegen den Büdinger Bürgermeister wurde ablehnt, da sich „aus der Strafanzeige keine zureichenden tatsächlichen Anhaltspunkte für eine Straftat ergeben".[192]

---

[188] Homepage der NPD-Wetterau vom 11.10.2007: „NPD prüft Klage gegen Grüne"

[189] Homepage der NPD-Wetterau vom 26.07.2009: „Lachmann erstattet Anzeige gegen Justizminister Hahn und SPD-Abgeordnete Schönfeld"

[190] Homepage der NPD-Wetterau vom 21.09.2009: „Antrag auf Einleitung eines Verfahrens wegen Verdacht auf Amtsmissbrauch gegen Spamer abgelehnt"

[191] Homepage der NPD-Wetterau vom 24.09.2009: „Verfahren gegen Spamer wegen Verdachts auf Amtsmissbrauch bei der Staatsanwaltschaft eingeleitet"

[192] Homepage der NPD-Wetterau vom 25.02.2010: „Staatsanwaltschaft lehnt die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens wegen des Verdachts auf Amtsmissbrauch gegen Spamer ab"

Für die NPD war diese Entscheidung „eine Schande“ und sie kündigte an, „weitere Schritte mit der Rechtsabteilung der NPD [zu] besprechen“.[193] Diese weiteren Schritte ließen, vermutlich wegen der offensichtlichen Aussichtslosigkeit in der Sache, auf sich warten. Erst Ende 2010 gab es erneut eine Reaktion, diesmal wurde der Büdinger Bürgermeister wegen „Beleidigung und übler Nachrede“ angezeigt.[194]

In einem Artikel einer Internet-Zeitung habe folgendes Zitat gestanden: „Seit der Kommunalwahl 2006 sitzt NPD-Landesgeschäftsführer Daniel Lachmann im Büdinger Stadtparlament. Die demokratischen Parteien hätten sich darauf geeinigt, sämtliche Anträge von ihm abzulehnen, (…). Wenn es nur «Gelaber» sei, gebe es darauf gar keine Reaktion.“

Die Verwendung des Wortes „Gelaber“ sah der Büdinger Stadtverordnete Daniel Lachmann „als Beleidigung und Herabwürdigung“ seiner Person an, da es ausdrücken würde, dass er angeblich „öfters seichtes Gerede oder unüberlegt Dahergesagtes“ von sich geben würde.[195]

Anzeige gegen „Demo-Verhinderer“ in Friedberg 2009

Bereits im Vorfeld der geplanten Demonstration am 7. November 2009 erstattete die NPD Anzeige gegen die „Demo-Verhinderer“. Gegen „insgesamt fünf natürliche und juristische Personen wegen des Verdachtes auf Verstoß nach § 21 (Versammlungssprengung) des Versammlungsgesetzes, sowie weiterer in Frage kommender Straftaten bei der Staatsanwaltschaft Gießen gestellt.“[196] Unter diesen fünf Angezeigten waren der Landrat des Wetteraukreises, das „Bündnis gegen Rechts“, sowie die Stadtverwaltungen von Florstadt und Butzbach. Grund für die Anzeige war, dass sie laut „Pressberichten“ versuchen wollten „die nicht verbotene Versammlung der NPD [zu] verhindern“.[197]

Kurz nach der Demonstration am 7. November 2009 reichte die NPD Klage wegen der vorausgegangenen Demonstrationen am 1. August desselben Jahres in Friedberg und Nidda ein. Diese Demonstration sei „durch ein offenkundiges Zusammenspiel von Polizei, Stadt Friedberg und gewaltbereiten linken Gegendemonstranten verhindert worden“. Man wolle erreichen, „daß gerichtlich festgestellt wird, daß die Verhinderung der Demonstrationszüge rechtwidrig war“.[198]

Einen Zwischenerfolg konnte die NPD diesmal erreichen. Das Verwaltungsgericht Gießen gab der Fortsetzungsfeststellungsklage statt und stellte in seinem Urteil fest, dass die polizeilichen Maßnahmen rechtswidrig gewesen wären.[199] Später stellte der Verwaltungsgerichtshof in Kassel

[193] Homepage der NPD-Wetterau vom 25.02.2010: „Staatsanwaltschaft lehnt die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens wegen des Verdachts auf Amtsmissbrauch gegen Spamer ab“

[194] Homepage der NPD-Wetterau vom 17.12.2010: „Strafanzeige gegen Spamer wegen Beleidigung und übler Nachrede gestellt“

[195] Homepage der NPD-Wetterau vom 17.12.2010: „Strafanzeige gegen Spamer wegen Beleidigung und übler Nachrede gestellt“

[196] Homepage der NPD-Wetterau vom 04.11.2009: „Demo am 7. November in Friedberg: NPD-Rechtsabteilung erstattet Strafanzeige gegen potentielle Demo-Verhinderer“

[197] Homepage der NPD-Wetterau vom 04.11.2009: „Demo am 7. November in Friedberg: NPD-Rechtsabteilung erstattet Strafanzeige gegen potentielle Demo-Verhinderer“

[198] Homepage der NPD-Wetterau vom 12.10.2009: „Rechtswidrig verhinderte Demos am 01.08.2009: Hessische NPD reicht Klage ein“

[199] Homepage der NPD-Wetterau vom 21.09.2010: „NPD-Hessen siegt vor Gericht: Verhalten der Polizei am 1. August 2009 war rechtswidrig!“

allerdings fest, dass es an dem polizeilichen Handeln rechtlich nichts zu beanstanden gab und hob damit das erstinstanzliche Urteil wieder auf.[200] Die NPD berichtete darüber auf ihrer Homepage allerdings nicht.

Anzeige gegen Landrat wegen Aufruf zu Gegendemonstrationen 2009

Die Demonstration in Friedberg im November 2009 hatte noch ein weiteres juristisches Nachspiel: Die NPD-Fraktion im Wetterauer Kreistag stellte beim Landgericht Gießen eine Strafanzeige wegen des Verdachts der Untreue gegen den Landrat Joachim Arnold.

Grund für die Anzeige war, dass Arnold in einem Schreiben an die Schulen im Landkreis zur Teilnahme an der Gegendemonstration aufgerufen hatte. In einem Ermittlungsverfahren sollte geprüft werden, „ob der Landrat die Portokosten für die Schreiben aus seinem Privatvermögen beglichen hat oder die Kosten aus Geldern der öffentlichen Hand bestritten wurde". Dies wäre nach Ansicht der NPD „eine Untreuehandlung und eine Neutralitätspflichtverletzung."[201]

Die Staatsanwaltschaft prüfte, ob ein Ermittlungsverfahren eingeleitet werden müsste, lehnte dies jedoch schließlich ab. Landrat Arnold ließ daraufin mitteilen, er werde sich „trotz solcher Einschüchterungen nicht davon abbringen lassen, [sich] weiterhin und jederzeit gegen Faschismus und für ein friedliches und tolerantes Zusammenleben der Menschen in der Wetterau einzusetzen".[202]

Die NPD kündigte an, Beschwerde gegen die Entscheidung der Staatsanwaltschaft einzulegen, damit „Arnold´s widerliches Verhalten Konsequenzen für ihn haben wird und er hierfür bestraft wird" hieß es in einer Erklärung der Partei.[203]

In manchen Fällen gelingt er NPD neben dem propagandistischen Erfolg, mit den Anzeigen und Strafverfahren in den Medien präsent zu sein, auch noch ein juristischer Sieg.

So wurde den NPD-Vertretern Lachmann und Jagsch im März 2010 ein Schadensersatz in Höhe von 3000,-€ zugesprochen, weil ein Mitarbeiter der Stadt Nidda die beiden Funktionäre daran gehindert hatte an einer Diskussionsveranstaltung der Islam Gemeinde in Nidda teilzunehmen. Das Verwaltungsgericht Gießen gab den Klagenden Recht.[204]

Ähnlich verlief eine Auseinandersetzung um die Teilnahme von NPD Kreistagsabgeordneten am einer Fachtagung zum Thema „Rechtsextreme Strukturen: Wie gehen wir mit ihnen um?" im November 2012. Vier Funktionäre der NPD wollten hierzu ihre Teilnahme anmelden, worauf ihnen per Brief für diese Veranstaltung Hausverbot erteilt wurde.

---

[200] Wetterauer Zeitung vom 07.09.2010

[201] Homepage der NPD-Wetterau vom 18.02.2010: „NPD-Fraktion stellt Strafanzeige gegen Landrat Arnold"; Wetterauer Zeitung vom 15.02.2010

[202] Wetterauer Zeitung vom 17.02.2010

[203] Homepage der NPD-Wetterau vom 23.02.2010: „Strafanzeige gegen Landrat Arnold eingestellt"

[204] Homepage der NPD-Wetterau vom 02.03.2010: „Stadt Nidda zahlt 3000,-€ Schadensersatz an die Wetterauer NPD"

Die beiden Kreistagsabgeordneten der NPD klagten vor dem Gießener Verwaltungsgericht, das zu ihrem Nachteil entschied. In der nächsten Instanz jedoch entschied der Kasseler Verwaltungsgerichtshof, dass ein Ausschluss für die Veranstaltung nicht rechtmäßig wäre und die beiden Abgeordneten an der Veranstaltung teilnehmen können.[205]

[205] Homepage der NPD-Wetterau vom 15.11.2012: „Landrat Arnold beugt das Recht und die Presse schweigt“

Junge Nationaldemokraten (JN)

Die „Jungen Nationaldemokraten“ (JN) sind laut Satzung „integraler Bestandteil“ der NPD. (…) Die JN sind bestrebt, eigene Akzente und Agitationsschwerpunkte zu setzen sowie entsprechende Kampagnen zu initiieren. Während die Mutterpartei sich u.a. als parlamentarischer Arm der „nationalen Opposition“ versteht, arbeitet die Jugendorganisation in der Hauptsache im „vorpolitischen Raum“: „Aktivismus heißt, den Kampf um die Straße zu führen.“

Die JN verstehen sich als Avantgarde und Korrektiv der Partei. Die Aktionsformen sollen unkonventionell sein; dem Aktionismus seien keine Grenzen gesetzt. (VS Bund 2013 S 104)

In Hessen war der Landesverband der Jungen Nationaldemokraten lange Jahre inaktiv und galt als de facto nicht mehr existent. Erst im **Frühjahr 2009** wurde er in Wölfersheim wieder gegründet. Neuer Landesvorsitzender wurde der Altenstädter Stefan Jagsch. Nach der Gründung kam es zu mehreren Aktivitäten unter dem Label der JN. Verschiedene Aktionen wurden durchgeführt und Ortsgruppen (sog. Stützpunkte) gegründet. Insgesamt wurde von einem Personenpotential von 30 Mitgliedern und Anhängern ausgegangen. Wegen des insgesamt geringen Mobilisierungpotentials von JN und NPD in Hessen ist eine genaue Unterscheidung der Mitgliedschaft jedoch kaum möglich. Zu sehr ist man auf die jeweils andere Organisation angewiesen, dass es klar abgegrenzte einzelne Aktionen geben könnte.

Im **November 2009** wurde unter anderem der Stützpunkt Wetterau gegründet. Auf der Gründungsversammlung kündigte JN-Landesvorsitzender Jagsch an, in Zukunft „mehrere Schulhof-Offensiven mit dem Verteilen von CDs und Flugblättern durchführen“ zu wollen.[206]

Bereits im Dezember wollten die JN dies in die Tat umgesetzt haben und an insgesamt fünf Schulen in Friedberg, Büdingen und Ortenberg „über 500 Schulhof-CDs“ verteilt haben.[207]

Im Februar 2012 kandidierte Jagsch nicht mehr für den Landesvorsitz und wurde von einem Rechtsextremisten aus Bad Hersfeld abgelöst.[208]

[206] Homepage der NPD-Wetterau vom 23.11.2009: „JN-Hessen: Vier Stützpunkte gegründet!“

[207] Homepage der NPD-Wetterau vom 09.12.2009: „JN-Hessen startet Schulhof-Offensive“

[208] Homepage der NPD-Wetterau vom 26.02.2012: „Neue Führung der hessischen JN) Seitdem ist die JN in der Wetterau kaum noch in Erscheinung getreten“

Die NPD und die neuen Medien

Das Internet dient Extremisten als Kommunikations- und Propagandamedium. Sie nutzen es zur Koordinierung von Aktionen und zur Rekrutierung neuer Anhänger.

Extremisten erreichen mit dem Internet eine Breitenwirkung, die auf herkömmlichen Wegen niemals gelingen könnte. Das Medium garantiert eine schnelle Verbreitung und enorme Reichweite bei einem minimalen finanziellen Einsatz. Es bietet eine weitgehende Gestaltungsfreiheit ohne die Gefahr inhaltlicher Beschränkungen: Propagandaseiten informieren über Aktionen und Veranstaltungen der jeweiligen Szene, mit Mailinglisten werden Newsletter, Terminhinweise und Mobilisierungsaufrufe versandt, Taterklärungen zu Gewaltaktionen werden zumeist unkommentiert veröffentlicht.[209]

Die Neuen Medien wurden von der NPD in der Wetterau schon sehr früh als ideale Plattform zur Verbreitung ihrer Propaganda entdeckt. Auch die NPD im Wetteraukreis berichtete schon 2001 von ihrer neu entstandenen Internetseite:

„In dem festlich geschmückten Saal“ der Weihnachtsfeier fand im Dezember 2001 eine „imposante Präsentation der neuen Internet-Seiten der Wetterauer Nationaldemokraten“ statt.[210]

Dieser Präsentation folgte aber in den nächsten Jahren zunächst wenig Inhalt. Bis zum Jahr 2005 war die Internetseite der NPD-Wetterau ohne „nennenswerte Aktivitäten“.[211] Dies nahm in den folgenden Jahren erheblich zu. Waren es bis dahin jeweils unter zehn Artikel, die auf der Seite eingestellt wurden, stieg die Zahl im Jahr 2006 auf über 50, davon knapp 30 mit einem regionalen Bezug zur Wetterau.

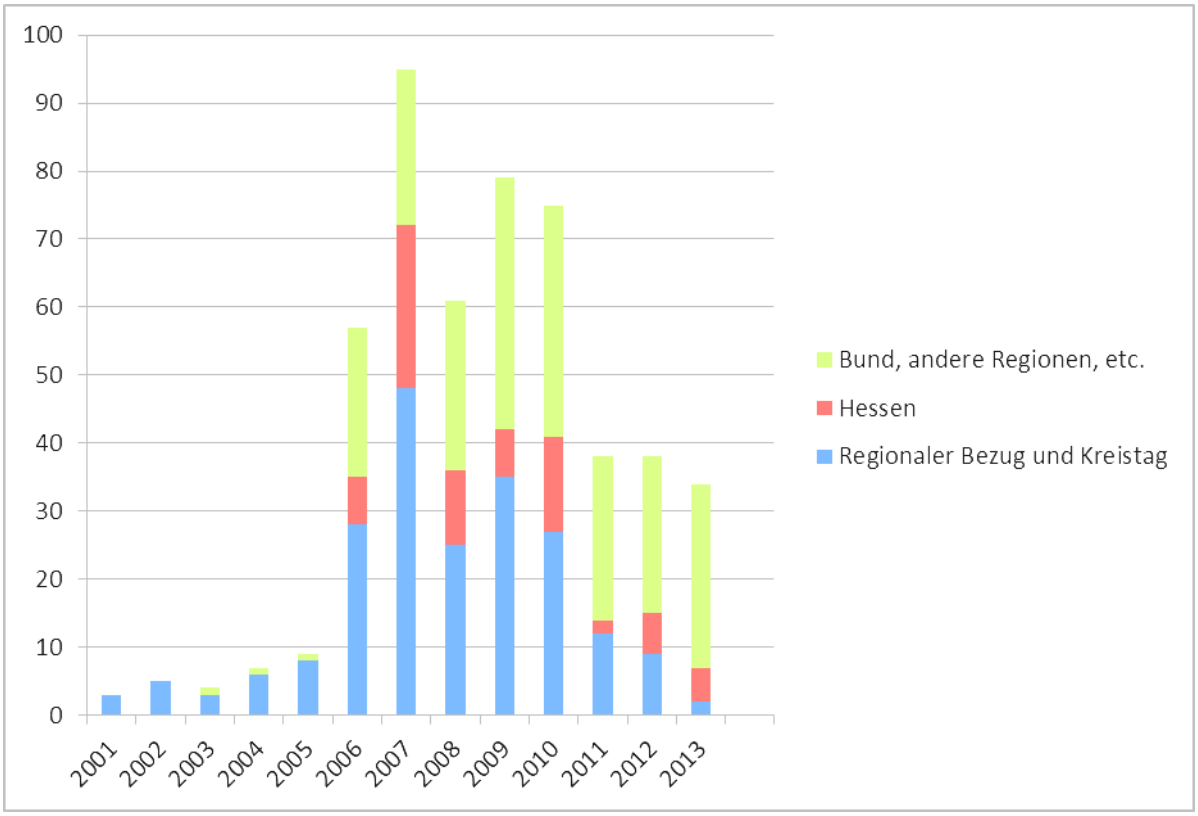
Jahr	Regionaler Bezug und Kreistag	Hessen	Bund, andere Regionen, etc.
2001	3	0	0
2002	5	0	0
2003	3	0	1
2004	6	0	1
2005	8	0	1
2006	28	7	22
2007	48	24	23
2008	25	11	25
2009	35	7	37
2010	27	14	34
2011	12	2	24
2012	9	6	23
2013	2	5	27

2007 wurden sogar einzelne Ortsverbände mit Domains ausgestattet. So konnte die NPD im Oktober 2007 berichten „unsere Ortsverbände in Wölfersheim und Büdingen sind jetzt auch im Weltnetz mit

[209] BfV 2014, S. 50
[210] Homepage der NPD-Wetterau vom 22.12.2001: „Weihnachtsfeier der Wetterauer Nationaldemokraten“
[211] LfV 2007, S. 96

einer eigenen Seite vertreten, um hier über ihre Arbeit in der Stadt/Gemeinde die Bürgerinnen und Bürger aus erster Hand informieren zu können".[212]

In den nächsten Jahren pendelte die Zahl der geposteten Beiträge zwischen 61 und 95, bis sie dann im Jahr 2011 erheblich einbrach. Nur noch deutlich unter 40 Beiträge pro Jahr folgten bis 2013.



Gesamtzahl der Beiträge auf der Internetseite der NPD-Wetterau

Noch deutlicher wird der Trend erkennbar, wenn man die Gesamtzahl der Beiträge nach Themen aufschlüsselt:

In den ersten Jahren seit Einrichtung der Seite 2001 und nur wenigen Artikeln, betrug der Anteil von Postings mit Bezug zur Wetterau regelmäßig über 70%.

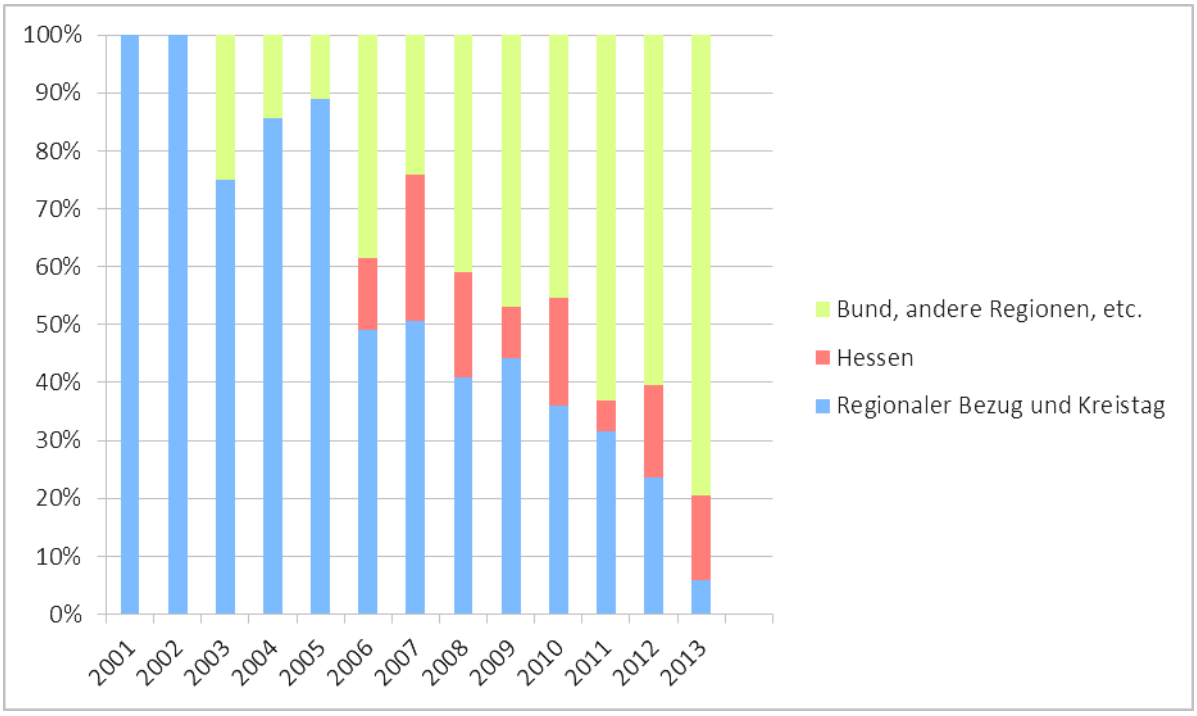
2006 änderte sich nicht nur die Zahl der Beiträge, sondern auch ihr Bezug. Zwar waren es deutlich mehr Beiträge mit regionalem Bezug, aber gemischt mit einer Vielzahl von solchen, die lediglich einen landesweiten oder sogar eine bundesweiten Bezug hatten. Oftmals hatten die Inhalte wenig bis keinen Bezug zur Region, wie man es auf einer Internetseite eine Kreisverbandes erwarten könnte.

Seit 2011 fiel dann nicht nur die Gesamtzahl der Beiträge, was mit einer schwierigeren Lage der Gesamtpartei und einer sich insgesamt verschlechternden Außendarstellung zusammenhängen dürfte. Die Zahl der Beiträge mit Regionalbezug sank sogar überdurchschnittlich auf unter einem

[212] Homepage der NPD-Wetterau vom 14.10.2007: „NPD Ortsverbände mit eigenen Seiten im Netz erreichbar"

Drittel der Gesamtbeiträge, 2013 waren es nur noch knapp über 5%, nämlich gerade einmal zwei Beiträge mit regionalem Bezug im gesamten Jahr.

Dieser Trend, auch landesweit zu beobachten zeugt von der nur noch sporadisch vorhandenen Außenwirkung regionaler NPD-Strukturen in Hessen, der auch die Wetterau nicht verschont.



Prozentuale Verteilung des regionalen Bezugs der einzelnen Beiträge auf der Internetpräsenz der NPD-Wetterau

Web 2.0 Aktivitäten mit NPD-Bezug - Neue „Bürgerinitiativen“

> *Das Social Web ist für den modernen Rechtsextremismus das wichtigste Mittel, um Jugendliche anzusprechen und mit menschenverachtenden Ideologien zu beeinflussen. (…) Für Jugendliche ist hier eine Konfrontation mit Beiträgen, die zum Hass anstacheln, leicht gegeben. (…) Der Verbreitungsgrad der Propaganda im Social Web ist immens: Das Prinzip des Teilens und gegenseitigen Verknüpfens von Beiträgen führt häufig dazu, dass rechtsextreme Inhalte tausende Zugriffe oder „Gefällt-mir“-Bekundungen erhalten.*[213]

Auch die NPD-Wetterau unterhält eine Präsenz der im Web 2.0. Die eigene Facebook-Seite unterliegt jedoch dem gleichen Trend wie die Homepage der Parteigliederung. Die Mehrzahl der Beiträge sind entweder Nachrichten ohne regionalen Bezug oder schlichte Mitgliederwerbung.

> *Auf knapp 40 Facebook-Seiten entlädt sich in den letzten Monaten die geballte Menschenverachtung gegen Flüchtlinge in Deutschland – unter Titeln wie "Nein zum Heim"*

[213] jugendschutz.net 2014, S. 3

oder "Asylflut stoppen" finden sich zahlreiche Gruppen und Seiten, auf denen gegen Flüchtlingsunterkünfte gehetzt wird. Die Diskussionen scheinen einem Muster zu folgen: Nachdem bekannt wird, dass im sächsischen Schneeberg Flüchtlinge in einer ehemaligen Kaserne untergebracht werden, gründet sich die Facebook-Gruppe „Schneeberg wehrt sich“, in der gegen die verfolgten und oft traumatisierten Menschen gehetzt wird. Wenig später ruft die NPD zu Demonstrationen auf, der sich mehrere Tausend Bürgerinnen und Bürger anschließen.

Was auf den ersten Blick wie eine willkürliche Ansammlung von Protestseiten wirkt, deutet bei genauerem Hinsehen auf eine abgestimmte Strategie hin. NPD-Kader diskutieren an vorderster Front mit, die Parolen der vermeintlichen Bürgerinitiativen sind identisch mit NPD-Slogans. [214]

Seit dem Jahr 2013, verbunden mit dem Aufkommen einer Debatte um steigende Zuwanderungszahlen ist in vielen Städten und Regionen die Bildung von Bürgerinitiativen zu beobachten gewesen, die meist eine Präsenz im Web 2.0 besitzen. Meist stehen sie in unmittelbarem Zusammenhang mit der Einrichtung von Aufnahmeeinrichtungen von Asylbewerbern in der näheren Umgebung.

Bei mehreren dieser Initiativen gibt es den begründeten Verdacht, dass sie unmittelbar mit Strukturen der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) zusammenhängen oder von anderen Kreisen aus der extremen Rechten initiiert wurden. Dies gilt auch für die Facebook-Seite „Keine weiteren Asylantenheime und Moscheen im Wetteraukreis“.

Darüber hinaus bietet das Web 2.0 einzelnen Aktivisten oder Sympathisanten der Szene die Möglichkeit, sich zu vernetzen und auszutauschen.

Facebook –Präsenz von „Keine weiteren Asylantenheime und Moscheen im Wetteraukreis

[214] http://www.netz-gegen-nazis.de/artikel/viraler-hass-rechtsextreme-kommunikationsstrukturen-im-web-20-9178, zuletzt eingeshen am 10.10.2014

Die Rechte

Die Rechte (…) ist eine neonazistische Kleinpartei in Deutschland. An der Gründung der Partei am 27. Mai 2012 waren hauptsächlich ehemalige Mitglieder der inzwischen aufgelösten rechtsextremen Deutschen Volksunion, die im Mai 2012 mit der NPD fusioniert hatte, beteiligt. Eine führende Rolle bei der Gründung spielte außerdem der aus Kameradschaftskreisen bekannte Neonazi Christian Worch. Wegen dieser und anderer personeller Überschneidungen wird ihr von verschiedenen Gruppen vorgeworfen, im Ruhrgebiet eine Nachfolgeorganisation des verbotenen neonazistischen NWDO zu sein.[215]

Der lokalen Ableger der Partei „Die Rechte“ gründete sich in der Wetterau Februar 2013. Wie der Homepage des im November 2012 in Sinntal gegründeten hessischen Landesverbandes unter der Überschrift „Einzug in der Wetterau“ zu entnehmen ist, hat die rechtsextreme Partei am 23. Februar „ihre Strukturen erweitert“[216] und in Büdingen den Kreisverband Wetterau gegründet. Die Postadresse des Landesverbandes befand sich seit Gründung ebenfalls in Büdingen

Nach der Auflösung des hessischen Landesverbandes Anfang 2014 gab es auch in der Wetterau keine Aktivitäten der Partei mehr.

Facebook –Präsenz der Pertei „Die Rechte“ in Hessen; Meldung über die Gründung des Ortsverbandes Büdingen

[215] http://de.wikipedia.org/wiki/Die_Rechte, zuletzt eingesehen am 10.10.2014

[216] Homepage die Rechte Hessen (www.die-rechte-hessen.de) am 23.02.2013, zuletzt eingesehen am 24.02.3013

Rechtsextreme Strukturen II: Der „Schlitzer“

Der „Old Brothers“ Tattoo Shop in Wölfersheim

Bereits vor seinem Umzug nach Echzell machte er in der Wetterau Schlagzeilen: der Rechtsextremist Patrick W., der sich selbst „Der Schlitzer“ nennt. Angeblich, weil er als Jugendlicher einen Migranten mit dem Messer niedergestochen habe.[217]

Er traf dabei auf ein rechtsextremes Millieu, das jenseits von Parteien und Organisationen bereits länger existierte. Bescheinigte das Landesamt für Verfassungsschutz der Wetterau schon seit längerer Zeit der Wetterau, ein regionaler Schwerpunkt der rechtsextremistischen Skinhead-Szene zu sein.[218] In diesem Millieu suchte und fand „Der Schlitzer“ eine breite Anhängerschaft, die von Beobachtern auf mehrere Hundert beziffert wurde.[219]

Im Oktober 2008 eröffnete in der Södeler Straße in Wölfersheim das Tattoo-Studio „Old Brothers Inc.“. War der Besitzer, der ursprünglich aus Florstadt kam und später unter anderem in Dieburg wohnte, zunächst weitgehend unbekannt im Ort, sprach sich schnell herum, dass sich hier die Rechte Szene die Klinke in die Hand geben würde. Untermauert wurde dies durch das Angebot des Online-Shops auf der ansonsten bemüht seriös aufgemachten Homepage des Studios:

Screenshot mit einem Beispiel aus dem damalig en Angebot von „Old Brothers“ (Quelle: Archiv Anitfa-BI)

Hier wurden auch einschlägig rechtsextreme Kleidungsstücke angeboten, wie beispielsweise solche mit dem Aufdruck „Combat 18“, eine Organisationen die u.a. in Großbritannien rechtsextrem motivierte Paketbomben-Anschläge verantwortet, oder Kleidung mit Symbolen und Emblemen der Waffen-SS und der Wehrmacht in nur leicht veränderter Form.[220]

---

[217] Anti-Nazi-Koordination Frankfurt a.M., http://antinazi.wordpress.com/2010/08/23/echzell-und-seine-nazis-patrick-schlitzer-wolf-die-old-brothers-und-eine-gaskammer-als-partygag/

[218] LfV 2005, S. 66 und LfV 2006, S. 84

[219] Homepage der Antifa-BI, Kommentar “Old Brothers” vom 26.04.2009: „… jedoch wirbt der Laden in dutzenden Branchenbüchern sowie bei “Wer kennt wen”, einem sozialem Netzwerk im Internet. Hier sind ca. 450 Personen, die meisten davon aus dem Wetteraukreis, über eine Mitgliedschaft dieser Gruppe zuzuordnen. Das alles, nachdem der Bericht in der WZ veröffentlicht wurde.“

[220] Wetterauer Zeitung vom 18.03.2009

In ersten Reaktionen beschreibt sich Patrick W. hingegen noch als politisch „relativ neutral“, er hätte Freunde bei den Linken wie den Rechten und „er sei vom rechten ins linke Lager gewechselt und werde aus dem Aussteigerprogramm bezahlt.“[221]

Bereits im Vorfeld der ersten Presseveröffentlichungen war von Seiten der Stadt Wölfersheim Kontakt zu dem bis dahin ahnungslosen Vermieter des Geschäftes in der Södeler Straße aufgenommen worden. Nach einer Prüfung durch seinen Anwalt war der jedoch der Meinung, rechtlich gegen den Mietvertrag nichts ausrichten zu können. Doch eine weitere Verlängerung für den am 1. Oktober 2009 auslaufenden Vertrag werde es nicht geben.[222]

Kurz darauf wurde zusätzlich bekannt, dass neben dem Tattoo-Studio, ein Inkasso-Büro, eine Firma für Auto-Beschriftungen und besonders brisant: eine Sicherheitsfirma, von Patrick W. betrieben wurde. Diese Sicherheitsfirma trug den gleichen Namen wie das Tattoo-Studie, „Old Brothers“. Sie war bei verschiedenen Veranstaltungen und Konzerten eingesetzt worden, darunter auch eine Abiturfeier in Büdingen.[223] Der Sitz der Firma sei allerdings in Echzell, wo Patrick W. sich bereits im Jahr 2007 einen alten Bauernhof gekauft habe.[224]

Die Hofreite in der Echzeller Wiesengasse

Dieser Bauernhof, eine Hofreite in der Wiesengasse in Echzell-Gettenau, war es, in dem Patrick W. auch wohnte und vor allem, weithin hörbar seine zahlreichen Partys feierte. Eine davon, eine „Tattoo-Party“, fand beispielsweise am 18. April 2009, zwei Tage vor dem Geburtstag Adolf Hitlers, im Haus des Rechtsextremisten statt. Ca. 80 Personen feierten lautstark.[225]

Nachdem W. im Juni 2009 zu einer sechsmonatigen Bewährungsstrafe wegen Körperverletzung verurteilt wurde,[226] kündigte er im August über die damals noch existierende Internetplattform „wer kennt wen“ an, sein Tattoo Studio nach der Schließung in Büdingen jetzt in seiner Hofreite in Echzell-Gettenau neu zu eröffnen.[227]

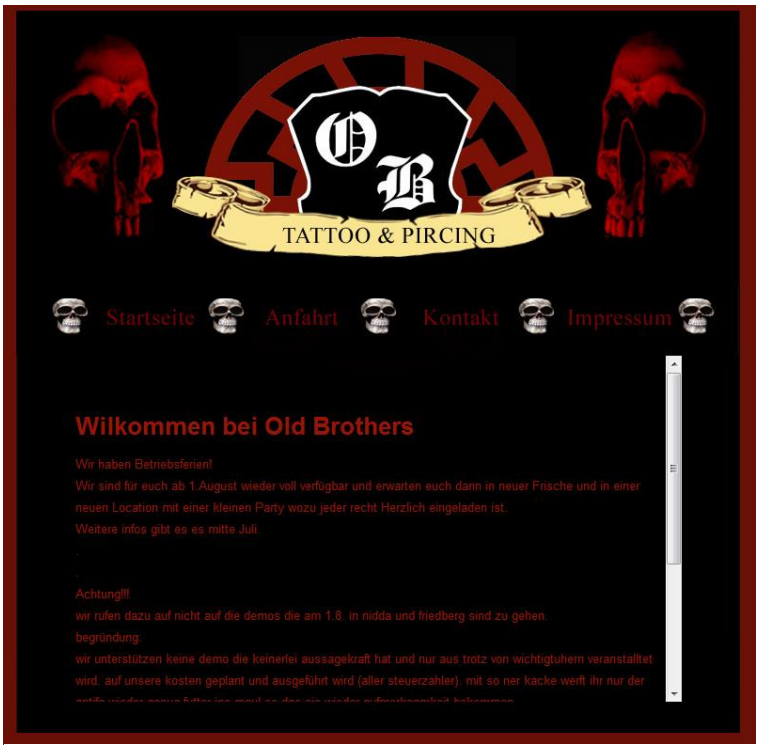
Dort eskalierte die Situation in der Folgezeit sichtbar. Erste Hinweise gingen beim Ordnungsamt ein, es gab Beschwerden über Lärm, bellende Hunde, laute Partys. Auch in der Nacht zum 31. Oktober fand wieder eine solche Partie in der Wiesengasse statt.

Um kurz nach zwei Uhr am Samstagmorgen hätten die Partygäste dabei auf der Straße herumgebrüllt. Eine Anwohnerin forderte sie schlielich auf, nun endlich Ruhe zu geben. Die Antwort

[221] Wetterauer Zeitung vom 18.03.2009
[222] Wetterauer Zeitung vom 18.03.2009
[223] Aber auch nach Bekanntwerden der Old Brothers Strukturen war der Ordnerdienst noch gut im Geschäft. Beispielsweise auf einer Abi-Party Im Bürgerhaus Reichelsheim am 10. Oktober 2009. (Homepage der Antifa-BI, Artikel vom 10.10.2009: „Wetterau: Rechtsextreme Aktivitäten“)
[224] Wetterauer Zeitung vom 18.03.2009; Anti-Nazi-Koordination Frankfurt a.M., http://antinazi.wordpress.com/2010/08/23/echzell-und-seine-nazis-patrick-schlitzer-wolf-die-old-brothers-und-eine-gaskammer-als-partygag/
[225] Wetterauer Zeitung vom 30.04.2009
[226] Frankfurter Rundschau vom 05.12.2012
[227] Frankfurter Rundschau vom 05.12.2012

kam prompt: „Halt´s Maul, du alte Sau“ wurde ihr entgegengeworfen. Es wurde gedroht „300 Liter Benzin zu ordern“ um ihr Haus „in die Luft zu jagen“. Von der Anwohnerin wurde die Polizei gerufen.

Nachdem ein Streifenwagen vor- und auch wieder weggefahren war, gingen die Partygäste von W. zum Angriff über. Es wurde „heftig gegen das Hoftor gesprungen“ dass der Eindruck entstand sie wollten die Tür eintreten. Als der Hausbesitzer nun auf seinen Hof lief wurde er sofort von den bereits dorthin vorgedrungen Rechtsextremisten attackiert. „Von hinten hat mich jemand angesprungen und festgehalten (…) die anderen haben zugeschlagen und getreten“ schildert er später das Geschehen der Frankfurter Rundschau. Als seine damals 16-jährige Tochter, die mit ansehen musste, wie ihr Vater mit dem Kopf gegen das Auto geschlagen wurde, die Angreifer aus dem Fenster heraus anbrüllte, wurde auch sie angegriffen. Sie wurde angebrüllt, angespuckt und man versuchte am Fenster hochzuspringen und schließlich wurde ihr eine brennende Zigarette ins Zimmer geworfen.[228]



Screenshot der Homepage von „Old Brothers: Eindeutige Symbolik wie die „Schwarze Sonne“ verweist auf die enge Verknüpfung mit der extremen Rechten

Welcher Art die Partys waren, die in der Hofreite des Rechtsextremisten gefeiert wurden, sollte allerdings erst später bekannt werden:

Patrick W. beschrieb die Partys ein Jahr später in einem Interview mit der Frankfurter Rundschau[229]: „Im Normalfall haben wir ein paar Stripperinnen und anderen Krempel dabei oder bestellen ein paar Nutten, die Live-Sex-Shows machen. Da gehen schon mal 60 Jacky-Flaschen weg“. Gefeiert wird dann in der Partyscheune oder auf dem Hof. Anmelden konnte man sich unter anderem über die „Old Brothers“ Gruppe in dem sozialen Netzwerk „wer kennt wen“, aber tatsächlich Einlass erhielten nur persönliche Bekannte des „Schlitzers“.

An der Eingangstür zum Diskoraum mit einer Bar und einer Gogo-Stange in der Ecke stand in dicken Lettern das Wort „Brausebad“. Das Wort fand sich im Nationalsozialismus auch an den Gaskammertüren in Konzentrationslagern, um deren wahren Zweck zu verschleiern. Von der Decke des Raumes in Patrick W.s Hofreite hingen vier blanke Duschköpfe, aus denen weißer Partynebel austrat. Auch dieses Detail ist den Gaskammern aus den Vernichtungslagern des Dritten Reiches

[228] Frankfurter Rundschau vom 03.11.2009

[229] siehe auch FR-online vom 20.10.2010, http://www.fr-online.de/rhein-main/neonazis-in-echzell--vergasung---als--partygag,1472796,4758316.html

nachempfunden. Schließlich trugen die Feiern den Namen „Kammerpartys“, was jeden Zweifel beseitigt, dass hier der Massenmord als Party-Gag dient.[230]

Während sich in der Wiesengasse nach der ersten deutlichen Eskalation ein Klima der Angst breit machte, gingen die Feiern, der Lärm und die Bedrohungen weiter. Ende April 2010, nur wenige Tage nach Hitlers Geburtstag, kamen im "Old Brothers Castle", wie der Patrick W. seine Hofreite inzwischen nannte, ca. 70 Leute unter dem Motto "Wir feiern nach" zusammen. Diesmal löste die Polizei die Versammlung gemeinsam mit dem Ordnungsamt auf.[231]

Aber auch Widerstand gegen die Bedrohung formierte sich. Anfang 2010 gründete sich die "Bürgerinitiative Grätsche gegen Rechtsaußen", von der Gemeinde unterstützt. Einmütig hat das Gemeindeparlament eine "Resolution gegen Rechtsextremismus" beschlossen. "Hass und Gewalt, Rassismus, Ausländerfeindlichkeit und Antisemitismus dürfen in unserer Gemeinde keine Chance haben", heißt es dort. .[232] Für den 28. August 2010 wurde ein großes Festival unter dem Motto "Gemeinsam gegen Rechtsaußen" geplant.

Doch zu vor gab es eine weitere Eskalation der Lage. Es geschah während einer weiteren Party auf dem Anwesen von Patrick W. am 8. Mai 2010: Ein Anwohner stellte an diesem Abend fest, dass eine Überwachungskamera an dem Haus von Patrick W. offenbar auf sein eigenes Haus gerichtet war. Er holte eine Leiter, geht zu W.s Haus und versucht, die Kamera eigenhändig zu verstellen. Daraufhin stürmten mehrere Partygäste aus W.s Hoftor auf die Straße, zerrten ihn von der Leiter, schlugen ihn zu Boden und rissen ihm Schuhe und Hose herunter. Halbnackt flüchtete das Opfer unter obszönen Bemerkungen der Schläger in sein Haus zurück.

Nur wenige Tage später ist ein Video von dem Überfall auf der Internetplattform Youtube zu sehen. Patrick W. hat es unter dem Pseudonym „pauldeprinz“ eingestellt, versehen mit Kommentaren, die das Opfer des Übergriffes verhöhnen.[233]

Nachdem das Ordnungsamt bereits im Oktober 2010 die Fortsetzung der Feiern in Patrick W. Hofreite untersagt hatte, und es nach Aussagen von Anwohner in den nächsten Monaten „sehr, sehr leise“ auf der Hofreite wurde[234], folgte in der Nacht zum 15. Mai 2011 ein weiterer Höhepunkt der Übergriffe gegen die Nachbarschaft des „Old Brothers Castle“.

Das Haus eines Nachbarn, der sich gegen die Rechtsextremen engagierte, wurde von Unbekannten mit einer Luftdruckwaffe beschossen. Zweimal sei eine Fensterscheibe getroffen worden, erklärte damals ein Polizeisprecher. In diesem Zusammenhang berichtete eine weitere Anwohnerin, dass der „Schlitzer“ zuvor versucht habe, mit seinem Auto ihren Sohn zu überfahren.[235]

---

[230] ebd.

[231] Frankfurter Rundschau vom 07.07.2010., http://www.fr-online.de/vilbel--/rechtsextreme-gewalt-in-hessen-mann-nackt-ueber-strasse-gejagt,1472868,4450376.html

[232] Frankfurter Rundschau vom 07.07.2010., http://www.fr-online.de/vilbel--/rechtsextreme-gewalt-in-hessen-mann-nackt-ueber-strasse-gejagt,1472868,4450376.html

[233] http://www.nh24.de/index.php/component/content/article/34292-streit-mit-vermeintlich-rechtsextremem-nachbarn-in-der-wetterau-

[234] Wetterauer Zeitung vom 07.07.2011

[235] FR-online vom 17.05.2011, http://www.fr-online.de/vilbel--/-schlitzer--von-echzell-rechtsextreme-bedrohen-nachbarn,1472868,8456124,view,asFirstTeaser.html

Die Feiern gingen indes weiter, wurden schließlich sogar wieder lauter, als Patrick W. im November 2011, nach mehreren Monaten, aus der Untersuchungshaft entlassen worden war. Ein Ende fanden sie erst mit seiner erneuten Inhaftierung im März 2012.

Umzug nach Büdingen-Düdelsheim

Anfang 2011 versuchte Patrick W. mit seinem Tattoo Studio nach Büdingen-Düdelsheim umzuziehen, dafür wollte er ein ehemaliges Apothekengebäude in der dortigen Hauptstraße anmieten. Bereits am 19. Januar 2011 war der Mietvertrag unterschrieben worden. Die Eigentümer des Hauses, eine Erbengemeinschaft, wussten scheinbar nichts über den Hintergrund ihres neuen Mieters. Als sie davon erfuhren, wollten sie den Mietvertrag annullieren lassen.[236]

Einer der Eigentümer kritisiert den Makler, der den Vertrag vermittelte, in der Wetterauer Zeitung: »Uns ist dieser Mieter untergejubelt worden«.[237]

Auch der Bürgermeister von Büdingen sah in der Anmietung ein „erhebliches Konfliktpotenzial" - gerade vor dem Hintergrund der Probleme, die es in Echzell gegeben hat. Aber auch, weil direkt neben dem geplanten Tattoo Shop einem Döner-Imbiss liege. Ein türkischer Supermarkt einen Eingang weiter habe inzwischen zwar geschlossen, stattdessen werde dort aber ein Thai-Kickbox-Studio einziehen.

Der Anwalt von Patrick W. hingegen sah keine Schwierigkeiten. Letzten Endes habe W. in Echzell auch bewiesen, dass es keine Probleme gibt. Es habe keine Zwischenfälle, die mit seinem Tattoo-Studio in Zusammenhang stünden, gegeben, so der zynische Kommentar…[238]

Juristische Aufarbeitung

Die Auseinandersetzungen in Wiesengasse blieben nicht ohne juristisches Nachspiel. War Patrick W. auch schon vorher strafrechtlich in Erscheinung getreten, gab es nun eine Reihe von weiteren Strafverfahren, die anhängig wurden. Nicht alle hatten dabei allerdings etwas mit den Übergriffen auf die Nachbarn oder seinen rechtsextremen Aktivitäten zu tun.

Bereits am 7. September 2010 saß Patrick W. auf der Anklagebank des Amtsgerichts in Nidda. Der Vorwurf lautete gefährlicher Körperverletzung. Es handelte sich um den Vorfall im Oktober 2009, als er bei einem Nachbarn, der sich über den Partylärm beschwert hatte erst die Tür eintrat und in dann mit mehreren anderen Partygästen schwer verprügelte. Acht Monate Haft lautete das Urteil, die Strafe wurde allerdings auf Bewährung ausgesetzt. Zwei weitere Männer, ebenfalls angeklagt, wurden freigesprochen.[239]

[236] Wetterauer Zeitung vom 21.01.2011, Frankfurter Rundschau vom 21.01.2011
[237] Kreis Anzeiger vom 22.01.2011
[238] Wetterauer Zeitung vom 24.01.2011
[239] Wetterauer Zeitung vom 08.09.2010

Am Morgen des 13. Januar 2011 stand die Polizei vor Patrick W.s Haustür, zur Hausdurchsuchung wegen des „Verdachtes der Volksverhetzung“. Hierbei ging es um die bereits beschriebenen „Kammerpartys“, die bei ihm stattgefunden haben sollen.[240]

Am 11. April 2011 kam die Polizei wider. Diesmal ging es bei der Durchsuchung um Waffen und Drogen. Rund 30 Polizisten durchsuchten dafür die Hofreite mit Metalldetektoren und Suchhunden.[241]

Am 07. Juli 2011 berichtet die Pressestelle der Polizeidirektion Wetterau schließlich:

„Echzell: Drogendealer festgenommen

Den Drogenfahndern der Polizei in Friedberg gelang es einen 25-jährigen Echzeller und einen 21-jährigen Mann aus dem Kreis Limburg-Weilburg in der Nacht zum 07.07.2011 in Echzell festzunehmen. Beide sind wegen verschiedener Rauschgiftdelikte bereits polizeilich bekannt. Da Anhaltspunkte für den Handel mit illegalen Drogen vorlagen, wurden die beiden Männer überprüft. Bei dem 25-Jährigen in Echzell fanden die Fahnder ca. 4 kg Amphetamin, 600 g Marihuana und Bargeld. Geld und Rauschgift wurden sichergestellt. Beide Tatverdächtige wurden vorläufig festgenommen, der Echzeller wird heute auf Antrag der Staatsanwaltschaft Gießen dem zuständigen Ermittlungsrichter vorgeführt. Die Ermittlungen dauern an.“

Bei dem 25-jährigen Echzeller handelte es sich um Patrick W.

Wie die Wetterauer Zeitung berichtet[242], habe es um kurz nach 4 Uhr am Morgen des 7. Juli „einen Riesenschlag und Geschrei“. Doch diesmal war es nicht ihr exzessiv und laut feiernder Nachbar, sondern die Polizei. Beim Blick aus dem Fenster konnten sie erst nur sehen, dass das Hoftor aufstand, schildert eine Anwohnerin. Da jedoch die meisten der 15 bis 20 Einsatzkräfte in Zivil unterwegs gewesen seien, hätten sie erst nicht realisiert, dass das was mit der Polizei zu tun hat. Erst als der Ruf „Polizei, Hände hoch“ zu hören gewesen sei, herrschte Klarheit.

Der Zugriff sei erfolgt, nachdem W. gerade von einer mutmaßlichen Drogenfahrt nach Hause kam. Deswegen habe der 25-Jährige die Drogen noch im Rucksack gehabt, die er sich wohl in den Niederlanden beschafft hatte. Die Menge würde auch darauf hin deuten, dass er damit handeln wollte, erklärte die Polizei.

Zwei Wochen später wurde die Hofreite noch einmal durchsucht, zum vierten Mal in diesem Jahr. Neben einer Pistole, einem Revolver und einem Schießkugelschreiber wurde auch eine Maschinenpistole gefunden. Wie sich später herausstellen sollte, waren die Waffen jedoch alle nicht Verwendbar.

Scharfe Waffen des „Schlitzers“ tauchten erst im Oktober 2012 auf. Ein 24-jähriger Freund von W. hatte sie für Patrick W. versteckt. Er hatte sich ihrer an dem Tag angenommen, als W. mit mehreren Kilo Drogen ertappt und festgenommen worden war.[243]

---

[240] Frankfurter Rundschau vom 14. Januar 2011

[241] Frankfurter Rundschau vom 12.04.2011

[242] Wetterauer Zeitung vom 07.07.2011

[243] Wetterauer Zeitung 08.05.2013; Im Jahr 2013 wurde der 24-jährige deswegen von dem Amtsgericht Friedberg zu einer Bewährungsstrafe verurteilt.

Zu dem Zeitpunkt der vierten Durchsuchung saß Patrick W. bereits in Untersuchungshaft. Dort blieb er bis Mitte November 2011, dann wurde er unter Auflagen und mit einer sogenannten elektronischen Fußfessel entlassen. Zudem habe er eine Kaution „in beträchtlicher Höhe“ stellen müssen.[244]

Im März 2012 schließlich wurden zwei noch ausstehende Bewährungen aus vorangegangenen Verfahren widerrufen. Patrick W. musste zurück ins Gefängnis. Die Anklageschrift für das Verfahren wegen unerlaubten Handels und Einführens von Betäubungsmitteln ging im noch im gleichen Monat zu. Das Verfahren sollte mit anderen, gegen ihn laufenden zusammen verhandelt werden. Dabei ging es um den Verdacht der Volksverhetzung, der Körperverletzung, des Verstoßes gegen das Waffengesetz und des gefährlichen Eingriffs in den Straßenverkehr, der Verbreitung von Propagandamaterial verbotener Organisationen, des Widerstand gegen die Staatsgewalt, und des Verstoßes gegen das Urheberrecht.[245]

Aber auch in einem weiteren Verfahren wurde nun gegen ihn ermittelt:

Im März 2012 hatte es bei Facebook eine Bombendrohung gegen den Vorsitzenden der Antifaschistischen Bildungsinitiative e.V. gegeben. Er solle sich nicht „wundern wenn sein Auto mit ihm in die Luft fliegt weil ein wenig zu viel Sprengstoff unterm Auto deponiert wurde“. Auch seine Mobiltelefonnummer und Adresse waren auf der facebook-Seite veröffentlicht, verbunden mit dem Aufruf, man können ja „mal etwas Terror machen“. Die Nachricht kam von einem Profil, das unter dem Namen „Patrick Paul W.“ angemeldet war. Der „Schlitzer“ bestritt jedoch, die Nachricht verfasst zu haben.[246]

Am 17. August 2012 begann schließlich der Prozess gegen Patrick W. vor dem Landgericht in Gießen. Angeklagt war er nun wegen der Partys in seiner Hofreite, auf denen in einem Raum mit dem Türschild „Brausebad“ Kunstnebel aus Duschköpfen an der Decke waberte. Weiter wegen der Erstellung von Vorlagen für rassistische und neonazistische T-Shirt-Aufdrucke und Tattoos die er vertrieben haben sollte , dem Drogenhandel und dem Besitz von Waffen. Auch dass er mit dem Auto auf den Sohn einer Nachbarin losgefahren sein soll und der Angriff auf einen Nachbarn, der von seinen Partygästen malträtiert und entkleidet wurde, und wovon er ein Video ins Internet gestellt haben soll, gehörte zu den Anklagepunkten.[247]

Am 3. Dezember 2012 fiel schließlich das Urteil. Nach einem mehrmonatigem Prozess verurteilte ihn die siebte Strafkammer am Landgericht Gießen wegen Drogenhandel, Beleidigung, Volksverhetzung und Verstößen gegen das Waffengesetz zu sechs Jahren und drei Monaten Haft. Das Strafmaß lag nur geringfügig unter der Forderung der Staatsanwaltschaft.[248]

Die siebte Strafkammer hat den „Schlitzer“ wegen insgesamt 40 Drogendelikten, zwei Fällen von Volksverhetzung, Verstoß gegen das Waffengesetz und Beleidigung verurteilt.

Ein „regelrechtes Drogenimperium“ habe sich der inzwischen 27-jährige innerhalb kürzester Zeit in seiner Hofreite aufgebaut, so die Urteilsbegründung. Zwar habe er bis zu seiner Festnahme im Juli

[244] Wetterauer Zeitung vom 19.11.2011
[245] Wetterauer Zeitung vom 14.03.2012, Frankfurter Rundschau vom 11.05.2012
[246] Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 08.03.2012; Frankfurter Rundschau vom 11.05.2012
[247] Frankfurter Rundschau vom 16.08.2012
[248] Wetterauer Zeitung vom 04.12.2012

2011 nur knapp ein Jahr mit Drogen gehandelt, in dieser Zeit – unter Bewährung stehend – jedoch eine Vielzahl unterschiedlicher Straftaten begangen. Besitz, Handel, Abgabe, Einfuhr, Beihilfe: Unter den 40 nachgewiesenen Taten findet sich fast jede mögliche Art von Verstößen gegen das Betäubungsmittelgesetz.

Hinzu kommt ein Verstoß gegen das Waffengesetz: Wolf hat nicht nur ein Schrotgewehr, eine Maschinenpistole mit Schalldämpfer, eine halbautomatische Pistole sowie einen Schießkugelschreiber besessen, er hat sie auch benutzt. „Er hantierte mit ihnen ständig herum, schoss mit ihnen im Beisein seiner Freunde in einem nicht renoviertem Zimmer, im Partykeller und in der Scheune“, hieß es in der Urteilsbegründung. Bauteile für weitere Schusswaffen hat Wolf demnach besessen, nämlich für eine weitere Maschinenpistole und den Lauf eines Maschinengewehrs – womit er zweimal gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz verstoßen hat.

Der 27-Jährige hatte den Besitz der Waffen lange geleugnet und zudem versucht, den Besitz „anderen in die Schuhe zu schieben“, sagte der Vorsitzende Richter. „Erst nachdem die zahlreichen Waffen weitestgehend sichergestellt wurden, hat der Angeklagte notgedrungen ein umfassendes Geständnis abgeliefert.“

Als „gänzlich uneinsichtig“ bezeichneten die Richter den Angeklagten in Bezug auf seine politischen Straftaten, für die er wegen Volksverhetzung verurteilt wurde. In den Augen der Richter ist Wolfs Gesinnung eindeutig: „Zwar ist er aus der NPD ausgetreten, von der rechten Szene gelöst hat er sich aber nicht“. Das lasse sich schon an Wolfs Tätowierung erkennen, die er sich nicht entfernen lassen will. Sie zeigt einen am Galgen hängenden Davidstern, der ein blutgerändertes Einschussloch aufweist. Daneben ein Soldat, der darauf schießt, darunter zahlreiche Totenköpfe, darüber ein Reichsadler. Der Richter bezeichnete die Tätowierung als „antisemitisch und rassistisch“. Von einem Ausstieg aus der rechten Szene könne keine Rede sein.

Der Angeklagte habe vielmehr in Echzell „ein regionales Zentrum für seine Gesinnungsgenossen und seine menschenverachtende Ansichten zum Holocaust aufgebaut“. Trauriger Höhepunkt seien die „Gaskammerpartys“ gewesen, bei denen Wolf laut Steinbach „auf Knopfdruck“ Kunstnebel aus an den Decken montierten Duschköpfen in seinen Partyraum ausströmen ließ, an dessen Tür der Schriftzug „Brausebad“ geprangt hätte. „Es handelte sich unverkennbar um eine Anspielung auf Beschriftungen, die an den Gaskammern der nationalsozialistischen Vernichtungslager gestanden haben“, sagte der Richter. W. habe den Völkermord der Nazis auf diese Weise „gebilligt und verharmlost“. Bei einer dieser Veranstaltungen habe der 27-Jährige zudem den Leiter des Ordnungsamtes als „Zecke“ beleidigt.

Zu W. Gunsten legte das Gericht aus, dass er sich letztlich in vielen Anklagepunkten geständig gezeigt und durch seine Aussagen gegen Abnehmer sowie Lieferanten Aufklärungshilfe geleistet habe. Auch deshalb blieb das Gericht unter der von der Staatsanwaltschaft geforderten Strafe von sieben Jahren und vier Monaten. Allerdings, gaben die Richter in der Urteilsbegründung zu bedenken, stamme W. aus gutem Hause und sei überdurchschnittlich intelligent. Daher habe er „seine kriminelle Entwicklung selbst zu verantworten“. Auch seine vielen Vorstrafen und die Tatsache, dass Wolf die Taten während einer Bewährungszeit begangen hat, führten dazu, dass die Strafe trotzdem deutlich über der von W.s Anwalt geforderten Strafe von vier Jahren und fünf Monaten lag.[249]

[249] Wetterauer Zeitung vom 04.12.2012

Drogenschmuggel

HESSENS OBER-NAZI IN HAFT

Da lacht er noch: Patrick Wolf schießt grinsend Handy-Fotos auf einer Neonazi-Demo

Von MAX SCHNEIDER und PETER JÜLICH

Echzell – **Er ist knallharter Neonazi! Ein Rassist, der Hemden mit dem Aufdruck „Arier" trägt. Jetzt sitzt der braune Brandstifter in U-Haft! Hessens führendem Glatzkopf drohen mehrere Jahre Knast: Weil er einen Riesenbatzen Drogen schmuggelte!**

Patrick Wolf (25) ist DER Mann fürs Grobe bei den Neonazis. Trägt den Spitznamen „Schlitzer", weil er schon in der Jugend einen Ausländer mit einem Messer traktiert haben soll. Wolf marschiert auf rechten Demos vorneweg. Züchtet Kampfhunde, betreibt ein Tattoostudio mit Nazi-Versandhandel.

Jetzt wird der 25-Jährige für die nächsten Jahre wohl selbst „abgeschoben"!

Staatsanwältin Ute Sehlbach-Schellenberg (Gießen): „Wir werfen dem Beschuldigten vor, dass er Betäubungsmittel in nicht geringer Menge unerlaubt eingeführt hat."

Der rechte Brandstifter ein Drogendealer? Fakt ist: Morgens um 4 Uhr passt ein Polizei-Kommando Patrick Wolf ab. Als er mit seinem Wagen aus Holland zurückkehrt, stürzen sich 20 Zivilbeamte auf das Fahrzeug: Polizei, Hände hoch! Im Wagen 4500 Gramm Amphetamin („Speed"), 600 Gramm Marihuana.

Wolf sitzt in U-Haft – und schweigt! Der Einfuhrschmuggel „kostet" ihn bei Verurteilung mindestens 2 Jahre Haft. Weil der Neonazi-Schläger noch unter Bewährung stand, dürfte diese jetzt widerrufen und auf die Gesamtstrafe obendrauf geschlagen werden...

Nazi-Codes auf dem Shirt

Patrick Wolf im Nazi-Shirt: „88" ist ein Code für „Heil Hitler" („H" ist der 8. Buchstabe im Alphabet). Die „14 words" (14 Worte) sind ein spinnertes Nazi-Bekenntnis zur weißen Rasse

Die Berichterstattung zur Festnahme vom „Schlitzer" fiel entsprechend reißerisch aus (Bild Zeitung vom 11.07.2011)

Nachspiel zum Schlitzer

Bereits kurz nach Prozessbeginn wurde bekannt, dass die Hofreite Patrick W.s, das „Old Brothers Castle“, Zwangsversteigert werden würde. Der Termin war für den 15. Oktober 2012 angesetzt.[250] Allerdings wurde zu diesem Termin kein Gebot abgegeben. Schließlich fand sich ein Nachbar um die Hofreite zu kaufen.

Das Schild „Old Brother’s Castle“ über dem Eingang wurde abmontiert, die gegen die rechtsextremen Aktivitäten gegründete Initiative „Grätsche gegen Rechtsaußen“ sollte hier Räume bekommen, der Rest sollte vermietet werden, auch an ehemalige Nachbarn, die unter dem Terror der Old Brothers gelitten hatten.[251]

Unterdessen haben sich die Aktivitäten des Umfeldes des ehemaligen Old Brothers Castle verlagert. Es handelt sich dabei um einen fester Kern aus ca. 50 Personen und ein weiteres Umfeld, das auf etwa 300 beziffert wird.

In politischen Zusammenhängen traten beispielsweise zwei vermeintliche Mitbegründer und Aktivisten der Gruppe „Old Brothers“ auf. Jan K. (Spitzname “Schinken”) aus Echzell war Anmelder der Kundgebung der extrem rechten Partei „Pro Deutschland“ im Februar 2013 in Butzbach. Mit dabei auch Denis S. aus Florstadt, ebenfalls ehemaliger „Old Brother“.[252]

[250] Frankfurter Rundschau vom 16.08.2012

[251] FR-online vom 31.01.2013, http://www.fr-online.de/vilbel--/schlitzer-von-echzell-in-der-nazi-burg

[252] Homepage der Antifa-BI, Artikel vom 25.02.2013: „“Pro Deutschland” in Butzbach – “Old Brothers” in neuer Mission“

In die Mitte der Gesellschaft

Anhand von zwei Vorfällen lässt sich zeigen, dass Rechtsextremisten und ihre Strukturen auch bis in die Mitte hineinwirken können.

2012 - Rechtsextremist in der Friedberger Stadtverwaltung

Im Januar 2012 wurde öffentlich bekannt, dass eine Person mit mutmaßlich enger Verbindung zur rechtsradikalen Szene bereits seit Juni 2000 in der Stadtverwaltung Friedberg arbeitet. Der Stadt Friedberg war dies offenbar seit dem Jahr 2005 bekannt, da er sich jedoch „unauffällig" verhalte, war man der Meinung nichts unternehmen zu können.

Schließlich hatte es damals bei der Stadtverwaltung Friedberg ein Gespräch über das Auftreten bei dem Arbeitgeber gegeben und durch Seminare über rechtsextreme Erkennungszeichen wurde sensibilisiert.[253]

Nach Veröffentlichungen in der Presse wurde der Rechtsextremist zumindest in eine andere Abteilung versetzt.[254]

2012 – Rechtsextremisten bei Reservistenkameradschaft

Wie die Frankfurter Rundschau im Februar 2012 berichtete, konnten in der Reservistenkameradschaft Wetterau zwei bekannte Neonazis unbehelligt an verschiedenen Reservisten-Wettkämpfen teilnehmen. Die beiden kamen aus Aschaffenburg und Friedberg, letzterer stand kurz zuvor im medialen Interesse, da er bei der Friedberger Stadtverwaltung arbeitet. Er sei nach Informationen der Zeitung „tief in die Wetterauer Neonazi-Szene verstrickt", habe an mehreren Demonstrationen teilgenommen und zu einer NPD-Vorstandssitzung in sein Haus geladen.

Der Aschaffenburger war vor der NPD bereits in der inzwischen verboteten Wiking-Jugend und im bayerischen Landesvorsitz der ebenfalls verbotenen Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP) aktiv.

Gegen beide wurden vom Verband der Reservisten Ausschlussverfahren eingeleitet, da es seit 2011 einen Unvereinbarkeitsbeschluss des Verbandes mit einer Mitgliedschaft in der NPD gibt. . Hier

[253] FNP vom 17.01.2012, http://www.fnp.de/lokales/wetterau/Friedbergs-Stadtverwaltung-ist-hilflos-bei-Neonazi-Problem;art677,421198; Wetterauer Zeitung vom 17.01.2012, http://www.wetterauer-zeitung.de/Home/Kreis/Staedte-und-Gemeinden/Friedberg/Artikel,-Keine-Handhabe-gegen-Rechte-im-Friedberger-Rathaus-_arid,314242_costart,1_regid,3_puid,1_pageid,80.html#null; Frankfurter Rundschau vom 17.01.2012, http://www.fr-online.de/rhein-main/friedberg-npd-mann-im-buergerbuero,1472796,11461456.html

[254] Wetterauer Zeitung vom 11.02.2012, http://www.wetterauer-zeitung.de/index.php?Artikel=-Keller-Rechtsextremer-Mitarbeiter-im-Rathaus-versetzt-&arid=319824&print=true&regid=3&puid=1&pageid=19

wurde bereits die Gefahr, dass Neonazis über die Reservistenkameradschaften versuchen könnten, sich an den Schusswaffen ausbilden zu lassen, gesehen.[255]

[255] FR vom 15.12.2012; http://www.fr-online.de/rhein-main/neonazis-in-reservistenkameradschaft-rechtsradikale-an-der-waffe

Chronologie weiterer Vorkommnisse

Weitere Aktionen, Übergriffe oder andere Vorfälle, die weder im direkten Zusammenhang zu parteilichen oder den dargestellten subkulturellen Erscheinungsformen stehen, sind im Folgenden in chronologischer Reihenfolge dargestellt:

17.06.2006 Auf dem Griedeler Pendlerparkplatz an der A5 wurden zwei junge Menschen von einer Gruppe Rechtsextremisten angegriffen. An der Autobahnunterführung seien sie von vier Skinheads angegriffen worden, die aus einem schwarzen Kleinwagen ausgestiegen und maskiert gewesen seien. Als die beiden fliehen konnten wurde ihnen „Scheiß Zecken“ nachgerufen. Hauptverdächtiger ist ein 24-jähriger aus Rockenberg.[256]

23.07.2006 Eine Gruppe von sechs jungen Menschen wurde am Butzbacher Bahnhof von drei Rechtsextremisten mit einschlägigen Parolen angepöbelt. Schließlich seien sie geschubst, geschlagen und mit Steinen beworfen worden. Die Tatverdächtigen kommen vermutlich aus Friedberg.[257]

07.06.2007 Eine Gruppe junger Menschen ist auf dem Gelände des Hessentages angegriffen worden. Als sie Flugblätter gegen Rechtsextreme Aktivitäten verteilt hatten, seien sie von sechs Personen mit den Worten „Scheiß Antifa“ beschimpft und angegriffen worden. Nach Stiefeltritten gegen den Kopf mussten sie im Krankenhaus behandelt werden.[258]

Juli 2007 An einem ehemaligen Bahngebäude in Friedberg sind der Schriftzug „Sieg Heil“ und die Initialen der SS entdeckt worden.[259]

25.08.2007 Auf dem „Düdelsheimer Markt“ in Büdingen werden zwei junge Männer verletzt, als sie zusammen mit anderen das Volksfest besuchten. Als sie dabei auf eine Gruppe von der Rechtsetxremisten trafen sprühte einer von ihnen ohne Vorwarnung mit Reiszgas auf die Männer. Nach Meldung der Wetterauer Zeitung handelte es sich bei dem Angreifer um den NPD Kreisvorsitzenden Daniel Lachmann.[260]

08.09.2007 An der Johann-Philipp- Reis-Schule in Friedberg wurden Slogans mit rechtsextremem Hintergrund gesprüht. An Wänden und Fenstern wurde der Schriftzug „Arbeit macht frei“ hinterlassen, darunter die Adresse einer den Holocaust leugnenden Internetseite.[261]

12.11.2007 An der Ernst-Ludwig-Schule und der Kaufmännischen Berufsschule in Bad Nauheim werden an etwas 60 Stellen der schon in der Vergangenheit in Friedberg an ein er

[256] Wetterauer Zeitung vom 01.08.2006
[257] Wetterauer Zeitung vom 01.08.2006
[258] Frankfurter Rundschau vom 06.06.2007, Frankfurter Rundschau vom 14.06.2007; Butzbacher Zeitung vom 14.06.2007
[259] Wetterauer Zeitung vom 12.09.2007
[260] Wetterauer Zeitung vom 27.08.2007; Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 28.08.2007
[261] Wetterauer Zeitung vom 12.09.2007

Schule aufgetauchte Slogan „Arbeit macht frei“ und er verweis auf eine Holocaust leugnenden Internetseite gesprüht.[262]

20.04.2008 In der Nacht zum Jahrestag des Geburtstags von Adolf Hitler wurden am Butzbacher Jugendbahnhof mehrere rechtsextreme Parolen gesprüht. Eine weitere Sprüherei tauchte in der Wetzlarer Straße auf.[263]

10.10.2009 In der Ranstädter Diskothek “Black Inn” waren am Abend etwa 15 Personen aus der rechten Szene. Diese sollen der verbotenen HDJ (Heimattreue Deutsche Jugend), der NPD sowie der rechtsextremen Skinheadszene zuzuordnen gewesen sein.[264]

21.10.2009 Bei der Verlegung von 14 weiteren Stolpersteinen in Büdingen filmte ein „stadtbekannter Büdinger Neonazi“ die Anwesenden Teilnehmer der Gedenkveranstaltung.[265]

28.11.2009 In einer Friedberger Gaststätte pöbelten sechs Personen aus der rechtsextremen Szene mehrere Gäste an. Nachdem der Wirt Ihnen konsequenterweise Hausverbot gegeben hatte, bedrohten sie auch diesen. Nach dem Anruf bei der Polizei, versuchten die Rechtsextremisten zu fliehen, wurden jedoch auf der Friedberger Kaiserstr von der Polizei gestellt.[266]

27.02.2010 Zwei Jugendliche wurden von zwei älteren Rechtsextremisten von Nidderau in Richtung Altenstadt verfolgt. Als sie eingeholt wurden, wurde einer von ihnen gewürgt und sein Handy zerstört. Ob es einen Zusammenhang mit dem am selben Wochenende in Altenstadt stattfindenden NPD-Parteitag gab, ist unklar.[267]

30.05.2010 Bewaffnet mit Schlagringen und mit Sand gefüllten Handschuhen, sollen in der Nacht zu Sonntag gegen 1.30 Uhr ca. 15 Personen der rechtsextremen Szene einen Farbigen und drei junge Frauen, die ihn begleiteten, in Büdingen bedroht haben. Die Angegriffenen seien in eine Gaststätte geflüchtet und hätten die Polizei alarmiert.[268]

05.05.2011 Bei der Eröffnung des Kelten-Museums auf dem Glauberg sind zwei mutmaßliche Mitglieder der NPD als Wachmänner eingesetzt worden. Die Männer seien bei einem privaten Sicherheitsdienst beschäftigt und - nachdem sie von Pressevertretern erkannt worden waren - noch während der Eröffnungsveranstaltung von ihrem Posten abgezogen worden.[269]

01.06.2011 Ein Büdinger Rechtsextremist wurde vom dortigen Amtsgericht zu einer Geldstrafe in Höhe von 80 Tagessätzen je 30 Euro sowie der Übernahme der Gerichtskosten

---

[262] Wetterauer Zeitung vom 15.11.2007

[263] Butzbacher Zeitung vom 24.04.2008 und vom 23.04.2008

[264] Homepage der Antifa-BI, Meldung vom 10.10.2009: „Wetterau: Rechtsextreme Aktivitäten“

[265] Homepage der Antifa-BI, Meldung vom 21.10.2009: „Nazi stört Stolpersteinverlegung in Büdingen“

[266] Homepage der Antifa-BI, Meldung vom 30.11.2009: „Friedberg: Nazis on tour“

[267] Kreis Anzeiger vom 03.03.2010

[268] Homepage der Antifa-BI, Meldung vom 31.05.2010: „Rechtsextremer Angriff in Büdingen“; FR-online vom 31.05.2010, http://www.fr-online.de/vilbel--/nachrichten,1472868,4468398.html)

[269] Bild.de vom 06.05.2011; n-tv.de vom 06.05.2011, http://www.n-tv.de/reise/Keltenfuerst-laedt-zur-Zeitreise-article3259066.html

verurteilt. Der Gerichtstermin wurde ursprünglich wegen rassistischen Beleidigungen und 2-facher-Körperverletzung an Jugendlichen am Büdinger Altstadtfest im Jahr 2010 angesetzt wurde jedoch mit einem weiteren laufenden Verfahren wegen der „Verwendung und Verbreitung von Kennzeichen verfassungsfeindlicher Organisationen“ zusammengefasst. Er soll vom 01.01.2007 bis zum 27.10.2010 knapp 800 Buttons mit Hakenkreuzen, NSDAP-Logos, Hitler-Bildern, Totenköpfen und SS-Runen hergestellt und vertrieben haben.

Schlagzeilen hatte der Rechtsextremist zuvor gemacht, als er als Security des Glauburger Keltenfürsten gearbeitet hatte.[270]

15.09.2011 Vor dem Friedberger Amtsgericht sollte sich ein Mann verantworten, der im Juni letzten Jahres vor einer Butzbacher Bar eine Frau mit rassistischen Sprüchen beschimpft hatte, dazu hatte er den Hitlergruß gezeigt. In der Bar schließlich habe er anschließend mit einem Freund einen Besucher zusammengeschlagen. Das Verfahren wurde eingestellt, da der Angeklagte in einem anderen Fall bereits eine Haftstrafe von sieben Jahren abzusitzen hatte, gegen seinen Kumpel wurde ein Strafbefehl über sieben Monate Haft zur Bewährung erlassen.[271]

08.12.2011 Vor dem Friedberger Amtsgericht musste sich ein 49-jähriger Wölfersheimer verantworten. Er hatte im Juli bereits in einer Wölfersheimer Kneipe rechtsextreme Lieder gesungen und nach Schließung auf der Straße strafbare Parolen gebrüllt. Eine Anwohnerin beobachtet, wie dabei auch der Hitlergruß gezeigt wurde. Zu seiner Verteidigung wusste er zu berichten, dass er öfter „unbewusst“ rechtsextreme Lieder singen würde.[272]

08.12.2011 Weil er ein Hakenkreuz und die strafbare Parole „Meine Ehre heißt Treue“ auf den Arm tätowiert hat musste sich ein 25-jähriger ebenfalls vor dem Friedberger Amtsgericht verantworten. Er habe das Tattoo abgeklebt, in einem Kaufhaus habe sich diese aber gelöst, so dass die Tätowierungen sichtbar geworden wären.[273]

03.07.2012 In den Boden des jüdischen Friedhofes in Florstadt-Nieder-Mockstadt wird ein Hakenkreuz geritzt. Außerdem werden mehrere Grabsteine mit Apfelbrei beschmiert. An einem Grab wurde zudem Erde ausgehoben. Vermutet wird, dass es einen Zusammenhang mit Hakenkreuzschmierereien an einem ehemaligen Einkaufsmarkt in Nieder-Florstadt gibt, der zudem Treffpunkt einer rechtsaffinen Gruppe sei.[274]

---

[270] Homepage der Antifa-BI, Meldung vom 01.06.2011: „Büdinger Neonazi verurteilt – Bezug zum Glauberg – Skandal“; FR-online vom 01.06.2011, http://www.fr-online.de/rhein-main/wetterau-kelten-nazi-verurteilt,1472796,8517700.html; Wetterauer Zeitung vom 04.06.2011)

[271] Wetterauer Zeitung vom 17.09.2011

[272] Wetterauer Zeitung vom 09.12.2011

[273] Wetterauer Zeitung vom 09.12.2011

[274] Wetterauer Zeitung vom 05.07.2012

25.02.2013 Die extrem rechte Partei „Pro Deutschland“ hatte ihren ersten öffentlichen Auftritt in Butzbach, an einem Infostand wollen sie Unterschriften sammeln. Wohl auch wegen der starken Proteste, wurde der Stand bereits nach einer Stunde wieder abgebaut.[275]

27.04.2013 Am Sport- und Kulturforum Bad Vilbel haben Unbekannte um den 27. April einen Schaden von etwa 4.000 Euro hinterlassen. Sie schmierten unter anderem mehrere Hakenkreuzsymbole mit schwarzer Farbe auf die Fassade des Gebäudes. Zusätzlich beschädigten sie einen dort abgestellten LKW und versuchten eine Plane des LKW in Brand zu setzen.[276]

01.05.2013 Am Abend es ersten Mai rief in einer Gaststätte in der Hanauer Straße in Friedberg eine Person verbotene rechtsextreme Parolen. Zu dem „Trinkspruch“ »auf Führer, Volk und Vaterland« soll er zudem den Hitlergruß gezeigt heben. Im Oktober 2013 wurde er dafür vom Friedberger Amtsgericht zu einer Freiheitsstrafe von zwei Monaten verurteilt.[277]

08.09.2014 Am Abend des 8. September 2014 fand im Hungener Ortsteil Villingen im Landkreis Gießen ein Rechtsrock-Konzert statt. Die Neonazis hatten als Vorab-Treffpunkt eine Tankstelle in Wölfersheim eingerichtet. Es waren etwa 60 Neonazis aus Hessen und NRW anwesend, die sich dort sammeln konnten.[278]

[275] Frankfurter Rundschau vom 25.02.2013, FR-online vom 24.02.2013, http://www.fr-online.de/vilbel--/partei-pro-deutschland-rechte-werben-in-butzbach,1472868,21931842.html

[276] http://www.polizeipresse.de/p_story.htx?firmaid=43647, Meldung vom 27.04.2013

[277] Homepage der Antifa-BI, Meldung vom 06.05.2013: „01. Mai – Antisemitischer Hassgesang in Friedberg“; Homepage der Antifa-BI, Meldung vom23.10.2013: „Friedberg: Wirt wegen zeigen des Hitlergrußes verurteilt“; Wetterauer Zeitung vom 22.10.2013, online: http://www.wetterauer-zeitung.de/Home/Kreis/Staedte-und-Gemeinden/Friedberg/Artikel,-Wirt-zeigt-Gaesten-den-Hitlergruss-_arid,453763_regid,3_puid,1_pageid,80.html

[278] Homepage der Antifa-BI, Meldung vom 09.09.2014: „Rechtsrock-Konzert in Mittelhessen“

Literaturverzeichnis

Caballero, Luis / Diehl, Stefan: Die NPD in rheinland-pfälzischen Kommunalparlamenten. Aus- und Wechselwirkungen 2009-2013: Analyse und Empfehlungen Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz; Mainz, März 2014

Forum für soziale Innovation GmbH: Struktur- und Situationsbewertung zum Lokalen Aktionsplan „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZEN STÄRKEN“ in der Mittleren Wetterau, 2012

Hessisches Landesamt für Verfassungsschutz: Kommunalwahlen 2001. Agitation und Ergebnisse rechts-und linksextremistischer Parteien und Bündnisse; Wiesbaden 2001

Missy, Stefan Das politische Profil der „neuen“ NPD: Organisatorischer Wandel, ideologische Radikalisierung und strategisches Konzept einer „systemfeindlichen“ Partei; Inaugural-Dissertation zur Erlangung des Doktorgrades der Philosophie an der Ludwig-Maximilians-Universität München, 2013

jugendschutz.net: Rechtsextremismus online - beobachten und effektiv bekämpfen. Bericht 2013 über Recherchen und Maßnahmen, Mainz 2014

Jahresberichte des Hessischen Landesamtes für Verfassungsschutz:

LfV 2005: Hessisches Ministerium des Innern und für Sport: Verfassungsschutz in Hessen. Bericht 2004; Wiesbaden 2005

LfV 2006: Hessisches Ministerium des Innern und für Sport: Verfassungsschutz in Hessen. Bericht 2005; Wiesbaden 2006

LfV 2007: Hessisches Ministerium des Innern und für Sport: Verfassungsschutz in Hessen. Bericht 2006; Wiesbaden 2007

LfV 2008: Hessisches Ministerium des Innern und für Sport: Verfassungsschutz in Hessen. Bericht 2007; Wiesbaden 2008

LfV 2009: Hessisches Ministerium des Innern und für Sport: Verfassungsschutz in Hessen. Bericht 2008; Wiesbaden 2009

LfV 2010: Hessisches Ministerium des Innern und für Sport: Verfassungsschutz in Hessen. Bericht 2009; Wiesbaden 2010

LfV 2011: Hessisches Ministerium des Innern und für Sport: Verfassungsschutz in Hessen. Bericht 2010; Wiesbaden 2011

LfV 2012: Hessisches Ministerium des Innern und für Sport: Verfassungsschutz in Hessen. Bericht 2011; Wiesbaden 2012

LfV 2013: Hessisches Ministerium des Innern und für Sport: Verfassungsschutz in Hessen. Bericht 2012; Wiesbaden 2013

Bericht des Bundesamtes für Verfassungsschutz

BfV 2014: Bundesministerium des Inneren: Verfassungsschutzbericht 2013, Berlin 2014

Zeitungsartikel:

Für die Zusammenstellung wurden u.a. folgende Zeitungen ausgewertet:

- Frankfurter Rundschau
- Wetterauer Zeitung
- Kreis-Anzeiger
- Frankfurter Allgemeine Zeitung

jeweils in der Print und wo verfügbar evtl. auch in der Online-Ausgabe

Gesichtete Internetseiten

Ausgewertet wurde die Internetseite der NPD Wetterau (www.npd-wetterau.de), letzter Zugriff auf die angegebenen Seiten war der 28.02.2014

Weiter wurden viele Informationen und Hinweise der Internetpräsenz der Antifaschistischen Bildungsinitiative e. V. (antifabi.eu) entnommen, letzter Zugriff war der 05.10.2014